This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD
LIBRARIES

GEORG RITTER VON SCHÖNERER . REDEN
DB85 S36 1898

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Reden

des

Reichsrathsabgeordneten

Georg Ritter von Schönerer.

(Nach den stenografischen Aufzeichnungen.)

Nebst einem Anhange

enthaltend:

Die Vertheidigungsrede des Abgeordneten R. v. Schönerer, gehalten in dem wider ihn angestrengten Processe am 5. Mai 1888; und das Urtheil vom 5. Mai und vom 27. Juni 1888, wodurch R. v. Schönerer auch des Reichsrathsmandates für verlustig erklärt wurde.

Das Programm der deutschnationalen Antisemiten (Linzer Programm).

Die Beschlüsse des deutschen Bauerntages.

Zwei Anträge des Abgeordneten Ritter v. Schönerer, betreffend die Erlassung von Gesetzen gegen die Juden.

Zur Sprachenfrage.

Horn 1898.

Druck und Verlag von Ferdinand Berger in Horn, Niederösterreich.

I.

Rede

des

Reichsrathsabgeordneten

G. Ritter von Schönerer

gehalten

am 2. Mai 1884 im Abgeordnetenhause

in der Debatte über die der

Kaiser Ferdinands-Nordbahn

zu ertheilende neue Concession.

Abgeordneter Ritter von Schönerer: Obwohl ich, der ich ja mit manchem Andern schon über 10 Jahre dem hohen Hause als Mitglied angehöre, schon manche peinliche Ueberraschungen hier miterleben mußte, so ist doch eine der peinlichsten diejenige des heutigen Tages, die dadurch statthatte, daß in einer so hochwichtigen Angelegenheit, wie die gegenwärtige ist, die wir jetzt besprechen, die Wortführer der großen politischen Parteien gerade so schweigen, wie die Zeitungen von Wien und den Provinzen. Es hat allerdings mein Herr Vorredner Dr. Menger als hervorragendes Mitglied, wie ich glaube, seiner Partei gesprochen; er hat sich aber sehr behutsam in seinen Ausführungen gehalten und nicht durchblicken lassen, welcher Anschauung eigentlich er und seine Partei sind und er hat sich zumeist darauf beschränkt, es sei ihm die Anschauung der Regierung nicht klar oder sie habe vielmehr gar keine Anschauung. Was aber ich und vielleicht Andere gerne gehört hätten, welche positive Anschauung er und seine Partei, seine Clubgenossen in dieser Angelegenheit haben, darüber habe ich aus seiner Rede gar keine Auskunft erhalten. (Abgeordneter Dr. Foregger: Schönerer'sche Verdächtigungen!) Ich bitte sich zum Worte zu melden, wenn sie etwas entgegnen wollen; ich habe übrigens nichts gegen Zwischenrufe (Heiterkeit); wenn sie fortfahren wollen, bin ich ganz damit einverstanden. Woher kommt nun diese auffallende Zurückhaltung in dieser hochwichtigen Angelegenheit? Das ist eine Frage, die Sie sich hier wahrscheinlich leicht beantworten können, die aber das Volk, die gesammte Bevölkerung außer dem Hause durchaus nicht zu beantworten vermag.

Der Herr Vorredner hat von einer Zwangslage gesprochen: Ich muß ihm auch in dieser Beziehung entgegentreten: Ich sehe gar keine Zwangslage in diesem Falle. Die Regierung hat eine Vorlage gemacht. Die Herren, namentlich im Club der Vereinigten Linken und auch auf der rechten Seite, haben ja so tüchtige Mitglieder und Capacitäten, auch in Bezug auf das Eisenbahnwesen und so hervorragende Juristen, daß sie sich doch zum mindestens in zwei bis drei Wochen klar werden können, ob sie diese Vorlage acceptiren können, ob sie sie für verbesserungsfähig halten oder ablehnen können. Ich als Nichtjurist und als Wortführer heute der überaus großen Mehrheit der gesammten Bevölkerung Oesterreich . . . . . (Gelächter und Widerspruch!)

Meine Herren! Jeder dieser Ohorufe, die auch wohl noch später kommen werden, jeder Ausdruck ihrer Heiterkeit hat mir und meinem Standpunkt jedesmals Tausende von Anhängen verschafft. (Erneuertes Gelächter.) Ich möchte Sie daher recht sehr bitten, auch heute wieder in diesem System fortzufahren. Nach der heutigen Sitzung wird die Zahl meiner Anhänger in Folge dessen wieder weiter wachsen. Also ich glaube, daß die Herren von rechts und links, die ja so bewandert in dieser Frage sind, wohl in der Lage sein werden, gründlich und genügend studiren, um zur Meinung kommen zu können, ob sie diese Vorlage für annehmbar oder für nnannehmbar ansehen. Es ist auch einigermaßen auffallend, daß der Herr Vorredner über den Begriff, um den sich heute in dieser Frage Alles dreht, nämlich über die Verstaatlichung, kein Wort gesprochen hat, nicht darauf hingewiesen hat, welche Anschauung er oder seine Partei darüber hat, sondern zum Schlusse, wenn ich nicht irre, gesagt hat: „Es ertönen Rufe, welche die Verstaatlichung verlangen." Wenn man den Herrn Vorredner in seiner Eigenschaft als Referent der sogenannten Majorität des Gemeinderathes in dieser Frage ins Auge faßt — es war nämlich keine Majorität, da nicht die Hälfte der gesammten Mitglieder des Gemeinderathes von Wien für diesen Majoritätsbeschluß gestimmt hat und nur 50 gegen 41 gestimmt haben — wenn man seine Stelle als Referent in dieser Frage ins Auge faßt, so sage ich und meine Genossen, daß die von ihm vorgeschlagene und von diesen 50 Wiener Gemeinderäthen angenommene Resolution in dieser Angelegenheit, die zu einer Petition auffordert, auf uns den Eindruck gemacht: „Wasch' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß!"

Man spricht sich nicht entschieden für die Verstaatlichung aus, in der Begründung theilweise gegen die Verstaatlichung, wenn sie aber eintritt, würde man billige Tarife und noch andere Wünsche erfüllt haben wollen.

Der Herr Vorredner hat auch in seiner kurzen, auffallend kurzen Rede heute viel Formelles vorgebracht; über die Sache selbst hat er eigentlich verhältnismäßig wenig gesprochen. Er hat von Vorfragen gesprochen, Auskunfts-Ertheilungen 2c. Nun, es geht doch nach meiner Auffassung — und ich habe mich auch bemüht, mich in dieser Frage zu informiren — aus der Regierungsvorlage ganz klar und deutlich hervor,

welche Ansichten und welche Interessen die Regierung vertritt. Darüber brauche ich wenigstens keine Auskünfte mehr; mir ist das klar und ich werde später darauf zurückkommen, welche Ansichten und welche Interessen die Regierung in der Vorlage zum Ausdrucke bringt. Der Herr Vorredner sprach weiter von Rechtsverhältnissen.

Nun, ich will auf diese Frage, über die bekanntlich fünf Juristen sechserlei Meinungen haben (Heiterkeit) können, nicht weiter eingehen. Ich will nur sagen, daß mir Eines vollständig klar ist, daß das Privilegium für gewisse Linien der Nordbahngesellschaft am 4. März 1886 unter allen Umständen erlöschen wird. Das ist, glaube ich, ein sehr acceptabler Rechtsstandpunkt, eine klare Situation, wie man sie sich eigentlich in der jetzigen Zeit, wo die Verstaatlichung einmal zum Durchbruche und zur Durchführung kommen soll, nicht besser wünschen kann, und das ist eben auch das wichtigste für uns in dieser Frage, daß das Erlöschen des Privilegiums so klar und deutlich in demselben selbst ausgesprochen ist. Ich will also nicht die Anschauungen von Andern in dieser Frage vertreten, sondern ich habe es mir in dieser Frage, wie jederzeit zur Pflicht gemacht, meine selbständige Meinung zu vertreten, gefaßt auf Grund des Studiums und auf Grund von Informationen, die ich mir mit Mühe zu verschaffen getrachtet habe.

Die Ansicht der Regierung kennen wir aus der Vorlage. Man kann füglich sagen, sie habe keine. Die Ansicht der Vereinigten Linken kennen wir nicht, denn der Herr Vorredner hat, so viel ich mich erinnere, nicht im Namen der Partei gesprochen; die Anschauung der Herren Vertreter der hier befindlichen großen politischen Parteien kennen wir nicht.

Immerhin wäre es möglich, das sich nach mir noch ein Herr zum Worte meldet, ein Ereignis, welches bis jetzt bekanntlich sehr selten eingetreten ist. Man hat mich in der Regel lieber todtgeschwiegen und nicht bekämpft und sich nicht bemüht, meine Gründe mit Gründen zu widerlegen.

Ich sage also, der Herr Vorredner hat mir kein wesentliches Material geboten, ich kann mich daher mit ihm nicht weiter beschäftigen. Er hat in seinen Worten eigentlich eine Kritik, eine theilweise scharfe Kritik an dem vorliegenden Uebereinkommen geübt; eine positive Meinung hat er, der in dieser Frage mehr gearbeitet hat, als vielleicht irgend ein Mitglied des hohen Hauses, nicht bekannt gegeben.

Er hat nach meiner Auffassung sozusagen mehr als Jurist, als Advocat gesprochen und weniger als Volksvertreter.

Es leuchtet auch aus anderen Emanationen, die bekanntlich in dieser Frage sehr spärlich in den öffentlichen Blättern zu Tage getreten sind, überhaupt das Bestreben von allen Seiten hervor: wir wollen Zeit gewinnen, vielleicht bringt die Zeit irgend etwas Neues, eine gute Idee oder ein Compromiß, oder vielleicht wird die Bevölkerung eher ein Pactiren begreifen, wenn einige Wochen über diese Angelegenheit verflossen sind, oder man denkt sich, betrachten wir die Sache als einen Proceß, die Bevölkerung ist in Oesterreich gewohnt,

daß die Fristen unendlich erstreckt werden. Erstrecken wir die Fristen, im Laufe der Zeit wird vielleicht ein Wechsel des Ministeriums oder sonst ein Ereignis eintreten, und es kann dies dann den Anlaß geben zu einer Aenderung der Situation in Bezug auf diese Angelegenheit.

Ich werde — und da will ich gleich einen Vorwurf zurückweisen, der mir vielleicht gemacht werden wird — heute nicht das ganze Material besprechen, welches ich in dieser Frage gesammelt habe, weil ich Gelegenheit haben werde und Gelegenheit haben muß, bei der Begründung meines Antrages auf Verstaatlichung der Nordbahn darüber noch ausführlicher sprechen zu können.

Ich werde mich so kurz fassen, als es überhaupt die Wichtigkeit der Sache erlaubt.

Meine Herren! Am 4. März 1886 erlischt also das dem Wechselhause S. M. Rothschild am 4. März 1836 verliehene ausschließliche Privilegium zum Bau und Betrieb der Bahnlinie zwischen Wien und Bochnia und einiger Nebenlinien, und durch das Erlöschen dieses Privilegiums werden thatsächlich der Staat und das Volk sozusagen von einem Alp, der auf ihnen lastet, befreit werden, und ich sage schon jetzt, weil ich klare Situationen liebe, nach meiner Ansicht und der Ansicht meiner Genossen kann nur auf dem Wege der Verstaatlichung der betreffenden Nordbahnlinien den Wünschen und Beschwerden der Gesammtbevölkerung in dieser Frage volle Rechnung getragen werden. Es ist Thatsache, daß die Nordbahngesellschaft seit ihrem Bestande den Staat und die Bevölkerung systematisch ausgebeutet hat — und Niemand, ich werde die Ausnahmen, so weit sie mir bekannt sind, gleich nennen — ist heute für die Ertheilung irgend einer neuen Concession mit Ausnahme von wen? Mit Ausnahme von Rothschild und Genossen, mit Ausnahme des Ministeriums, mit Ausnahme sehr vieler Abgeordneten von beiden Seiten des hohen Hauses! Und dieser Umstand tritt schon dadurch zu Tage, daß Sie den von mir und Abgeordneten Fürnkranz gestellten Resolutionsantrag auf Verstaatlichung der Nordbahn nur zu 24 Mann unterstützt haben; nicht einmal die Unterstützung, daß er geschäftsordnungsmäßig behandelt und besprochen werden darf, haben Sie diesem äußerst wichtigen Antrage in bedeutendem Maße gewährt, das mag doch beweisen, daß Sie schon im ersten Stadium der Berathung sich gegen die Verstaatlichung auszusprechen willens sind.

Weiters kommen die bekannten 50 Gemeinderäthe der Stadt Wien dazu, worunter sich die unbedingtesten Anhänger der Nordbahngesellschaft finden, dann kommt, wie ich gelesen habe, ich weiß nicht ob es wahr ist, der Bürgerverein in Troppau und der irgend einer anderen Stadt; das sind nur Einzelnerscheinungen.

Endlich kommen, namentlich in Wien, einige Dutzend Doctoren juris, Advocaten, Juristen, dann sind wir meiner Ansicht nach fertig mit Denjenigen, die gegen die Verstaatlichung der Nordbahn Stellung nehmen. Die Gesammtbevölkerung, geben Sie sich darüber keiner Täuschung hin, ist unbedingt für die Verstaatlichung und so einig waren die Völker Oesterreichs gar nie und werden es auf die Dauer

in längeren Zeitperioden nicht mehr werden, als gerade in dieser Frage. (Sehr richtig.) Ja wie kommt es, daß entgegen dieser Einigkeit in der Bevölkerung hier im Hause bis heute wenigstens nur eine ganz kleine sichtbare Minorität sich den Gedanken der unbedingten Verstaatlichung kaum auszusprechen erlaubt.

Nach meiner Ansicht soll nun endlich, und die glückliche Gelegenheit ist auch geboten, entschieden Stellung genommen werden gegen die Macht und gegen die Vertreter des internationalen Capitales, und ich meine es da ernst in dieser Frage, jedenfalls viel ernster als die Regierung in Bezug auf die Sache, denn ich bin der Meinung, der Staat soll endlich trachten, Herr zu werden im eigenen Hause und wenn die Minister, wenn vielleicht noch höhere Factoren im Staate sich beugen wollen vor der Macht Rothschilds und Genossen, der Kern des Volkes und die wirklichen Volksvertreter werden sich dieser Macht nun und nimmer freiwillig fügen, und eine gewaltsame Unterwerfung in einem solchen Falle würde in Zukunft ganz colossale gewaltsame Umwälzungen zur Folge haben. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Wenn wir, ich und meine Genossen, uns überhaupt beugen vor einer Persönlichkeit, so ist es vor jenem gewaltigen Manne vor dem größten Manne des Jahrhunderts, der alle seine Zeitgenossen dadurch überragt, daß er an maßgebender Stelle ernsthaft und entschieden Stellung genommen hat gegen eine Ausbeutung des Volkes, namentlich in den sogenannten unteren Schichten, und der eine volksthümliche Wirthschaftspolitik auch praktisch in Angriff genommen hat. Für uns ist der Name Bismarck der Leitstern in Bezug auf die Wirthschaftspolitik, dem wir unbedingte Gefolgschaft leisten.

Wir sind also dafür, daß alle Anstalten, die dem allgemeinen Interesse zu dienen haben, in die Verwaltung des Staates, respective in die Verwaltung der öffentlichen Behörden übergehen müssen, und dem von Bismarck aufgestellten Grundsatze der Verstaatlichung der Eisenbahnen stimmen wir rückhaltslos auch in Oesterreich zu. Wie kommt denn die Bevölkerung in Oesterreich dazu, daß nur nothleidende Bahnen verstaatlicht werden sollen? (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Und wie kommt die Regierung dazu, eine Bahn, die thatsächlich colossale Erträgnisse abwirft, einfach einer Privatgesellschaft nach Ablauf des Privilegiums unter einigen Bedingungen, die nicht sehr ins Gewicht fallen, was ich später nachweisen werde, weiter zu belassen?

Meine Herren! Das Betriebsrecht der Nordbahn erlischt bekanntlich am 4. März 1886 unter allen Umständen. Der Staat besitzt dann unwidersprochen gegenüber der Bahn das Expropriationsrecht und kann somit am 5. März 1886 die Bahn einlösen, welche Einlösung nach dem angenommenen Werth der Real- und Mobilarzugehörungen geschehen kann, und das Erfreuliche würde dann sein, daß diese Gesellschaft ihr Ausbeutungssystem dann nicht mehr fortbetreiben könnte. Die Generalversammlung der Nordbahn am 7. April war einfach — und da wird mir Niemand widersprechen können — eine lächerliche Comödie. In der Nordbahn und der Regierung, wie

man sagt, nahestehenden Blättern kann man unter Anderem über das neue Uebereinkommen, welches angeblich die armen Actionäre so sehr drücken soll wie in dieser comödienhaften Generalversammlung gesagt worden ist, lesen (liest):

„Es werden eben mit dem Inkrafttreten der Concession alle Refactien aufgehoben werden, was wohl einigen Großindustriellen und Spediteuren unangenehm, aber für die Nordbahn sehr vortheilhaft sein wird. Hiezu kommt noch das wesentliche Moment, daß, wie die Erfahrung lehrt, mit der Verwohlfeilung der Fracht der Verkehr steigt" — warum hat das die Nordbahn bis jetzt noch nicht gethan? — „ganz abgesehen davon, daß mit dem Baue der Localbahnen dem Unternehmen neue, sehr betriebsame Industriebezirke erschlossen werden. Berücksichtigt man noch den Umstand, daß der Nordbahn nach wie vor das Monopol über das beste Kohlenrevier Mitteleuropas bleibt, da ja die Gruben Privateigenthum der Gesellschaft sind, und daß außerdem die anläßlich der Neugestaltung des Unternehmens durchzuführende Conversion der Prioritäten eine beträchtliche Ersparnis mit sich bringen wird, so ergibt sich mit logischer Nothwendigkeit der Schluß, daß die Annahme des mit der Regierung abgeschlossenen Vertrages seitens des Reichsrathes vorausgesetzt, die Actien der Nordbahn durch die Concession nur an Werth gewinnen und für den Curs derselben eine respectable Erhöhung in Aussicht steht, welche auch sofort nach definitiver Ratificirung des neuen Vertrages platzgreifen wird."

So spricht ein Organ der armen, bemitleidenswerthen Actionäre, wenn das neue Uebereinkommen zu Stande kommt.

Unbestritten ist, daß die Nordbahn am 3. März 1886 kein Recht mehr auf den Bahnkörper auf ein Privilegium, auf eine neue Concession hat, daß dieses Uebereinkommen der Regierung mit der genannten Gesellschaft unbedingt abgelehnt werden muß, daß aber, und das setze ich hinzu, auch die Bahn verstaatlicht werden muß, das sagt das gesammte Volk Oesterreichs, mit Ausnahme der bekannten Ausnahmen, die ich schon früher bezeichnet habe. Wie beleidigend muß es wirken, wenn man den Vertretern der slavischen Bezirke zuruft, und es ist das ja direct und indirect in manchen Organen geschehen: Wir geben Euch für Eure Zustimmung zu diesem Uebereinkommen die Doppelsprachigkeit auf den Fahrkarten und Stationen; in slavischen Bezirken darf sogar der Name der Station in slavischer Sprache zuerst ausgerufen werden. Ist es nicht beleidigend, ist es nicht empörend, wenn man durchblicken läßt: Wir geben Euch Abgeordneten und Euren Freunden, Familien und Journalisten, die Euch vertreten, Freikarten auf allen unseren Bahnen, wie es ja theilweise schon der Fall ist, votiren Sie aber zu unseren Gunsten dieses dem Staate und Volke abträgliche und feindliche Gesetz.

Meine Herren, mit dem Real- und Mobilarzugehörigen des am 4. März 1886 erlöschenden Privilegiums kann die Nordbahngesellschaft schalten und walten nach ihrem Belieben, mit dem Bahnkörper aber, mit der Bahnlinie kann sie es nicht, denn dieser fällt offenbar ohne

Entgelt dem Staate zu, was ja auch die Regierungsverordnung aus dem Jahre 1838 ausspricht.

Uebrigens ist ja — ich erwähne es nochmals, weil es wichtig ist — dem Staate für alle Fälle das Expropriationsrecht unbestritten gewahrt. Es kann daher bei der Werthbemessung nicht das Ergebnis des erloschenen Betriebsrechtes und nicht die Dividende der Actionäre zur Grundlage der Bemessung angenommen werden, sondern der gemeine Werth der Gegenstände muß maßgebend sein. Die Nordbahn selbst gibt den Werth ihrer Hauptlinien, respective den fundus instructus mit cirka 106¾ Millionen an, das Bruttoerträgnis beläuft sich auf ungefähr 27 Millionen, das Reinerträgnis auf ungefähr 19 Millionen. Schon aus diesen Ziffern ist ja ersichtlich und muß einleuchten, daß, wenn man diese Bahn verstaatlicht wenn auch unter schweren Opfern, durch die Verstaatlichung ein großer Schritt zur Ordnung unserer Staatsfinanzen im Laufe der Zeit gemacht werden wird. Der Staat verwaltet heute unbedingt besser als Privatgesellschaften, und was die Gesammtheit zahlt, soll nach meiner Ansicht dieser und nicht Einzelnen zugute kommen.

Die Tariffrage läßt sich auch nur im Wege der Verstaatlichung in einer dem Interesse des Volkes und des Staates entsprechenden Weise regeln. Das Monopol mit der Kohle, wie es jetzt besteht, muß aufhören, weil dem einstimmigen Wunsche der gesammten Bevölkerung gegenüber diese Aufrechterhaltung des Monopols ein Faustschlag wäre, den die Völker Oesterreichs niemals sich gutwillig gefallen lassen werden. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Diese Bewucherung der Bevölkerung durch das Monopol, welche die Bevölkerung, namentlich in Wien, arm, Einzelne aber zu Millionären macht und neuerdings machen soll (Bravo! auf der äußersten Linken), muß aufhören und auch deshalb die unbedingte Verstaatlichung platzgreifen.

Es würde überhaupt bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen keinem Anstande unterliegen, und es wird geschehen müssen, darüber ist kein Zweifel, daß die Länder, Bezirke und Gemeinden in Betreff der bisherigen Umlagen vom Staate werden entschädigt, oder daß ihnen andere Einnahmsquellen vom Staate überlassen werden müssen.

Wie wohlthätig war eine Maßregel der Regierung, bezw. der niederösterreichischen Statthalterei, durch welche der Fahrpreis der Wiener Pferdebahngesellschaft, Tramwey genannt, herabgesetzt wurde.

Warum nun plötzlich bei der Nordbahn die Sache nur mit Sammtpfoten angreifen, wo man doch bei der Pferdebahngesellschaft bis jetzt noch nicht die vollgesättigten Millionäre in dem Maße zu finden hat, als man sie bei der Nordbahn tagtäglich finden kann.

Ich will dadurch die Pferdebahngesellschaft in Wien, ich verwahre mich dagegen, in keiner Weise in Schutz genommen haben (Heiterkeit) auch nicht eine Persönlichkeit, inclusive den Herrn Abgeordneten Dr. Granitsch, welcher auch im Verwaltungsrathe derselben sitzt. (Heiterkeit.)

Graf Taaffe soll vor kurzer Zeit, wie Zeitungen, auch officiöse berichten, dem Bürgermeister von Wien, der in der Viehmarktfrage

bei ihm Audienz nahm und mit ihm darüber conferirte, ganz aufgeregt gesagt haben, die Regierung habe erwartet, die Bevölkerung werde sie selbst bei ihren Bestrebungen, bei ihren volksthümlichen Bestrebungen, Ordnung in die Viehmarktverhältnisse zu bringen, unterstützen.

Er hat sich somit beklagt, daß die Regierung in diesem Falle von der Bevölkerung nicht in entsprechend ausgiebiger Weise unterstützt worden ist.

Nun, meine Herren — ich meine die Herren auf der Regierungsbank — in dem Falle bezüglich der Nordbahn würde, wenn Sie eine Vorlage auf die Verstaatlichung derselben einbringen würden, die gesammte Bevölkerung mit in Oesterreich noch nie dagewesener Entschlossenheit Sie unbedingt nach jeder Richtung unterstützen und alle Uebergriffe dieser Gesellschaft unbedingt zurückweisen, und Ihnen helfen, eine entschiedene Stellung zu nehmen und zu trachten, daß Sie eine Majorität der Volksvertretung finden, die Ihnen da zustimmt.

Da tritt man aber zurück, da spricht man nichts von einer Unterstützung von Seite der Bevölkerung, da beklagt man sich nicht, sondern was thut man? Ich werde auch darauf später zurückkommen. Man greift ein, setzt den Polizeiapparat in Bewegung, und trachtet, daß die Bevölkerung in dieser Beziehung ihr staatsbürgerliches Petitionsrecht nicht ausüben könne (Hört! Hört! links), wie ich noch ausführlich beweisen werde.

Nun tauchte in neuerer Zeit bei Gelegenheiten, wo die Nordbahnangelegenheit, die ja die weitesten Kreise der Bevölkerung so tief erregt, zur Sprache kam, ein Schlagwort auf, das in gewissen Blättern breitgetreten wird: „Man muß keinem Druck von Unten nachgeben, man muß sich dagegen entschieden und mit allen Kräften wehren." Ich will dabei nur bemerken, daß das in denselben Organen gesagt wird, die damals, als der unglückselige Rector Maßen in einer für ihn jedenfalls sehr bedenklichen Stunde im Landtage für die Errichtung der czechischen Schule in Favoriten gesprochen hat, gesagt haben: „Man muß dem Willen der Wählerschaft Ausdruck geben; er ist von der deutschen Universität in Wien gewählt worden und er muß daher für das Deutschthum in jeder Richtung eintreten." (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!) Wenn aber bei der Nordbahnfrage, wie es bei der Wählerversammlung in Mariahilf der Fall war, ein Druck von Unten entsteht, wenn da mit überwiegender Majorität und mit einer Entschlossenheit wie sie Wien in diesen Kreisen noch niemals erlebt hat, entschieden und einig aufgetreten wird, da heißt es: „Dem Druck von Unten darf man als selbstbewußter Volksvertreter auf keinen Fall nachgeben." Wenn alles im Volke, was redlich denkt und fühlt, die überwiegende Majorität, sagen wir neun Zehntel der gesammten Bevölkerung, etwas verlangt, so darf man diesem „Druck von Unten" nicht nachgeben, namentlich auch dann nicht, wenn das Verlangte, von der überwiegenden Majorität des Volkes Verlangte, im Interesse des Staates und des Volkes gelegen ist! (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!)

In einem Schwurgerichtsproceß hat kürzlich ein Vertheidiger nach Zeitungsberichten gesagt: „Wenn man schon annimmt, daß eine

Person das Recht habe, mit ihrem Körper Erwerb zu treiben, so muß man ihr dieses Recht unbedingt zugestehen; sie darf daher diese Verwerthung ihres Körpers bis in die höchsten Preise hinauf praktisch durchführen." (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, etwas Aehnliches — und ich bedauere vom Herzen, daß das geschehen ist, es ist dies wieder einer jener schwachen Punkte, an welchen die vereinigte Linke nach und nach ihr Dasein beendigen wird — eine ähnliche Aeußerung ist in der Wählerversammlung in Mariahilf gefallen, wo man gesagt hat: „Wenn schon die Nordbahngesellschaft das Recht hatte, auf Grund ihres Privilegiums auszubeuten, so mußte sie eben auch das Recht haben, dies in infinitum zu thun und nach jeder Richtung systematisch Volk und Staat auszubeuten.

Es findet, meine Herren — legen Sie die Hand aufs Herz, ein aufrichtiges Oho! kann mir in diesem Falle nicht entgegengerufen werden — es findet ein Uebereinkommen der Regierung mit der Nordbahngesellschaft nirgends im Volke, wo man ehrlich denkt und fühlt, irgendwelche Zustimmung, und meine Herren, es ist ja thatsächlich horrend: das bisherige Privilegium, welches, wie ich gesagt habe, auf der Bevölkerung wie ein Alp gelastet hat, war auf 50 Jahre geschlossen, endlich geht die Frist zu Ende, und was thut man darauf? Es kommt eine Regierung, die sich eine staatsfreundliche zu nennen beliebt und sagt: Nicht auf 50 Jahre etwa, auf 80 Jahre geben wir dieser Gesellschaft, die nur von der Ausbeutung nach jeder Richtung gelebt hat, neuerdings eine Concession, die ja unter den heutigen Verhältnissen dem Privilegium von damals sehr ähnlich ist. Das also, was wir im Jahre 1886 umsonst bekommen, oder was eventuell nur nach Gesetzeswerth eingelöst werden soll, das kann nach dem vorgeschlagenen Uebereinkommen erst nach 20 Jahren dann eingelöst werden, und da soll dann außerdem noch die Dividende inbegriffen gezahlt werden. Unglaublich ist es, daß diese und ähnliche Zumuthungen in dem vorliegenden Vertrage, namentlich auch jene bezüglich des Tarifrechtes, die Zustimmung irgend einer österreichischen Regierung gefunden haben. Ich glaube, oder ich habe früher geglaubt, ich bin jetzt von diesem Glauben zurückgekommen, daß eine Regierung, selbst wenn sie auch nur ausschließlich aus Bosniaken zusammengesetzt gewesen wäre (Lebhafte Heiterkeit) ein solches Uebereinkommen einer echten Volksvertretung niemals vorzulegen gewagt hätte (Bravo! links). Aber, meine Herren, wir sind eben keine echte Volksvertretung, und die Regierung, sie ist eben keine solche, die nach jeder Richtung die Interessen des Staates und die Interessen des Volkes vertritt.

Meine Herren! Es soll nach dem vorliegenden Uebereinkommen der Gesellschaft in ihrer allgemeinen schädlichen Wirksamkeit neuerdings eine Concession gegeben werden. Da muß man denn doch fragen — und man fragt auch thatsächlich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung — ja, was ging denn da eigentlich hinter den Coulissen vor? Die Bevölkerung nämlich kann sich absolut nicht erklären, daß ein solches Uebereinkommen, eine solche Vorlage, ein solcher Vertrag auf natürliche Weise zu Stande gebracht und vorgelegt werden kann! Meine Herren!

Ueberzeugen Sie sich, gehen Sie in Wien und in den Provinzen in die Kreise der Bevölkerung, gehen Sie nicht — wie Sie zu sagen pflegen — „bis herab in die untersten Schichten", bleiben Sie gemüthlich im Bürgerstande, und trachten Sie da Aeußerungen zu hören, wie der Bürgerstand in Bezug auf diese Frage denkt und Sie werden sehen, daß im Großen und Ganzen der Bürgerstand in dieser Frage mit mir Eins ist in Bezug auf die Haltung, die ich gegenüber dieser Angelegenheit hier einnehme.

Jede Seite, meine Herren, dieses hohen Hauses hat ja ihre Kaminski-, Giskra-, Ofenheimaffairen. Das sind bekannte Dinge. Jede Seite hat ihre geldgierige und bestechliche Presse. Wenn nun — und ich habe das absichtlich vorausgeschickt — eine von nahezu — und das wurde von Niemanden widersprochen — wenn also eine von nahezu 3000 den besten Berufsclassen Wiens angehörigen Wählern aus dem Bürger- und Gewerbestand besuchte Versammlung, wie die am 21. April, die erste im neuen Rathhause tagt, und wenn eine solche Versammlung nicht Comödie spielt, wie dies bei der Generalversammlung der Nordbahn der Fall war, sondern selbe ihre Meinung und zwar einstimmig in einer sachlichen Resolution zum Ausdrucke bringt, so nennen das die bezahlten Nordbahnorgane und ihre Agenten eine illegale Versammlung einen illegalen Beschluß. Wenn also die Bevölkeruug selbst, und in diesem Falle recrutirt aus den besten Berufsclassen Wiens, sich einmal erlaubt, unabhängig ihre Meinung zu äußern, und wenn selbe sich weigert, müde des ewigen doctrinären Geschwätzes von Juristen, einen bezahlten Vertreter der Nordbahn zu hören, und dabei einen ruhestörenden Juden hinausbefördert (Heiterkeit), so sagen die Organe der Nordbahn und ihre Agenten: das ist scandalös, das sind unberufene Elemente gewesen, die sich erlaubten, eine selbständige Meinung zu haben, das war eine illegale Versammlung, eine wildtobende Menge, eine brutale Vergewaltigung trat ein; würdeloses, zusammengewürfeltes Zeug war dort vorhanden, und darum ist der Werth der dort einstimmig angenommenen Resolution gleich Null. So sagen die Organe, die die Interessen der Nordbahn vertreten, und die Agenten derselben.

Wenn aber jahraus jahrein die jüdische und verjudete, also namentlich die Wiener Presse, das Volk systematisch belügt, wenn die Presse Geld nimmt von Jedermann, wie eine Straßendirne in ihrem unsauberen Gewerbe, wenn diese Presse die heiligsten Interessen des Volkes tagtäglich mit Füßen tritt, wenn diese Presse die nationalen Ideale der Völker in den Koth zieht und verhöhnt, wen sie bei jeder Gelegenheit ehrliche Männer begeifert, als Possenreißer, als Narren, als Trunkenbolde hinstellt, dann finden die Nordbahnagenten und die Vertreter des internationalen, zumeist jüdischen Capitals, daß dies ganz in Ordnung sei. Sie wissen es von mir, und Niemand in Oesterreich wird es wagen, mich in diesem Falle zu berichtigen, daß in der galizischen Transversalbahn-Angelegenheit die Zeitungen einen Betrag von 100.000 fl., sage: einmalhunderttausend Gulden Bestechungs- und Schweiggelder erhalten haben. Ich sage das so laut, damit die

Herren oben es hören und damit nicht die Ziffern zufällig wieder verdruckt werden. (Lebhafte Heiterkeit.) Mag man dies dann nennen Betheilung für Texteinschaltungen oder anders, nach der Meinung des Volkes, soweit es ehrlich fühlt und denkt, sind dies einfach Bestechungsgelder (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!) zu volksfeindlichen Zwecken. Welche Summen müssen, nach dem vorausgegangenen Beispiele zu urtheilen, in der Nordbahnfrage in die Taschen der gewissen Zeitungen gewandert sein! (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!) Als Vermittler — im Falle Jemand sagt, er wisse von allen diesen Lumpereien nichts, erlaube ich mir Sie auf Grund von Thatsachen zu informiren — als Vermittler bei der Vertheilung von Bestechungsgeldern fungirt bekanntlich in der Regel ein gewisser Josef Hesky, Besitzer einer Leihbibliothek, wenn ich nicht irre, Praterstraße 25, Correspondent — wenigstens gewesener — des „Frankfurter Actionärs", welcher Hesky der sogenannte Hausjude der Creditanstalt und Nordbahn seit mehr als 20 Jahren ist, und die Vertheilung der Schweiggelder als sogenannte Betheiligung und als Freundschaftskauf oder wie man die Dinge sonst nennt, bei den Blättern vornimmt und zwar bei allen betreffenden Zeitungen, von der „Neuen freien Presse" angefangen, bis herab zum kleinsten Sudelblatt. Nur die „Deutsche Zeitung" macht eine Ausnahme, indem für dieselbe dieses Geschäft ein gewisser Bernhard Fischer besorgt. (Lebhafte Heiterkeit.)

Für kleine Sudelblätter besorgt diese Geschäfte auch ein Schwager Hesky's ein gewisser Spitzer (Heiterkeit), und gelegentlich der Nordbahn wurde, wie man in gewissen Kreisen hört, so nobel bezahlt, wie dies noch gar nie, nicht einmal in den Gründerjahren der Fall gewesen ist. Obenan im Preise steht natürlich die „Neue freie Presse", dann kommt das „Tagblatt", dann die anderen Blätter, dann der „Floh", die „Bombe", endlich die jüdische oder verjudete Provinzpresse! In der Provinz gibt es glücklicherweise rühmliche Ausnahmen, welche Bestechungsgelder sogar zurückgewiesen haben; dort besorgt die Betheilung der Eigenthümer eines Annoncenbureaus, dessen Name mir momentan entfallen ist. Von dieser von mir auf Grund von Thatsachen wahrheitsgemäß charakterisirten Schmutz- und Schandpresse, meine Herren, angegriffen und verhöhnt zu werden, ist somit eine große Ehre, die glücklicherweise mir schon oft widerfahren ist und hoffentlich noch oft widerfahren wird. Es ist denn aber auch, bildlich gesprochen, kein Berg der deutsch-österreichischen Alpenländer so hoch, so groß, daß dessen Größe und Höhe der Größe der Verachtung entsprechen könnte, die ich gegenüber diesen volksfeindlichen, corrupten Zeitungsschreibern empfinde. (Bravo! Bravo!)

Und das ehrlich denkende Volk, meine Herren, mit seinem wunderbaren Instincte und seinem so gesunden Hausverstande hat es bereits zum großen Theile herausgefühlt, daß das Recht und die Wahrheit auf meiner Seite sind und so ist denn die Zahl meiner Anhänger thatsächlich und stetig von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr bedeutend gewachsen.

Was das Uebereinkommen betrifft, welches uns vorliegt, so erlauben Sie mir zu § 8 desselben, betreffend die Tarife auf Mineralkohle, Folgendes zu bemerken:

§ 8 bestimmt: Der Normaltarif für Mineralkohle; die Einnahmen aus dem Kohlentransporte allein betragen über 43 Percent der gesammten Einnahmen aus dem Güterverkehre. Also namentlich für Mineralkohle ist für die Distanz von 100—300 Kilometer per Tonne und Kilometer 1·2 Kreuzer festgesetzt.

Bezüglich der Beförderung der Ostrauer Kohle aus den einzelnen Gruben nach Wien—Floridsdorf, die bedeutendste Quantität aller übrigen Tarifzonen, heißt es dann (liest):

„Ueberdies verpflichtet sich die Kaiser Ferdinands-Nordbahn für den Kohlenverkehr von den einzelnen Gruben des Ostrauer Revieres nach Wien (Nordbahnhof) und Floridsdorf einen Ausnahmetarif einzuführen, wonach der Gesammtsatz von der Grube bis zur Bestimmungsstation nicht mehr als höchstens 4 fl. 8 kr. per Tonne, exclusive Manipulationsgebühr, betragen wird.

Nun beträgt die Distanz von der letzten Grube an der Ostrauer Montanbahn bis zur Nordbahnstation Ostrau 21 Kilometer, von Ostrau nach Wien 268, zusammen 289 Kilometer. Dividirt man diese weiteste Distanz für den Ausnahmstarif in die 4 fl. 8 kr., so ergiebt sich ein Einheitssatz von 1·4 Kreuzer per Tonne und Kilometer. Es wäre also der Ausnahmstarifsatz um 0·2 Kreuzer oder um 26·7 Percent noch größer als der Normaltarifsatz, zu welchen die Nordbahn sich verpflichte.

In § 30 des Uebereinkommens ist geradezu eine unerhörte Bestimmung enthalten.

Ich schicke voraus und bemerke, daß der Ausbau von Localbahnen eigentlich eine ganz selbstverständliche Sache ist, die zumeist im Interesse der Gesellschaft gelegen ist und bei der Verstaatlichung selbstverständlich auch in dem Maße und wahrscheinlich noch besser, entschiedener, rascher, und mit weniger Verhandlungen durchgeführt werden wird. Ich habe also gesagt, die Bestimmung des § 30 des Uebereinkommens ist geradezu unerhört.

Ja man hat sogar — und ich stimme dem zu — gesagt, daß der § 30 dieses Uebereinkommens geradezu ein staatsgefährlicher sei, denn darin steht kalt und nackt, daß, wenn nicht bis zum 1. Juli 1884 die legislative Genehmigung erwirkt und ertheilt ist, die Kaiser Ferdinands-Nordbahn an das Uebereinkommen nicht weiter gebunden sei. Ja, meine Herren, denkt da nicht Jeder, daß noch jemand Anderer auch nicht weiter gebunden sei? Von diesem Satze ist es ganz unbegreiflich, daß er in diese Vorlage hineinkommen kann; die Vorlage wurde aber so eingehend geprüft, daß man nicht daran zweifeln kann, daß dieser Satz absichtlich hineinkam und die Nordbahn nur einseitig entbunden wird, wenn der Vertrag nicht zu Stande kommt.

Nach den §§ 1 und 6 des Uebereinkommens bleibt die Staatsgarantie für die mährisch-schlesische Nordbahn für den Fall, als das Einkommen der Nordbahn nicht ausreicht, aufrecht; es soll aber künftig

die Betriebsrechnung der mährisch-schlesischen Nordbahn nicht mehr gesondert geführt werden. Nun, wonach soll man denn dann das Zinsen- und Amortisationsdeficit der mährisch-schlesischen Nordbahn erkennen? Ich kann mir nicht vorstellen, wie dies bei dieser nicht mehr gesonderten Rechnung möglich sein wird. Man nennt die Vertreter der Clericalen in der Regel Anhänger des Staatssocialismus. Nun, in dieser Frage werden sie, wie man hört, und nach den Stimmen mancher ihrer Organe zu urtheilen, Hand in Hand mit Rothschild und Genossen gehen; denken Sie sich den Bischof Rudigier und den Herrn Baron Rothschild miteinander! Es ist dies ein Bild, welches allerdings das Staunen der weitesten Kreise erregen wird.

Aus den Organen der „Vereinigten Linken" kann man unter Anderem auch ganz merkwürdige Argumente hören. Da heißt es in einem kleinen Bulletin aus dem Club, da man füglich doch nicht ganz schweigen kann: „In der Frage der Verstaatlichung der Nordbahn gehen die Meinungen im „Club der Vereinigten Linken" sehr weit auseinander."

Ich möchte dem hinzufügen: wie gewöhnlich bei wichtigen Fragen; ich brauche da nur das Wehrgesetz, die Grundsteuer-Regulirung, die Abstinenzfrage zu nennen (Abgeordneter Fürnkranz: sehr richtig!), sonst aber ist man einig.

Man sagt dann, in dem Begehren nach Verstaatlichung eines großen, wirtschaftlich selbstständigen Besitzcomplexes liege eine Art Vertrauensvotum für die Regierung, welche man zur Verstaatlichung auffordert. Nun, ich bin vielleicht ein ernsterer Gegner der Regierung als manche Herren aus der „Vereinigten Linken"; gegenüber einer solchen Auffassung, muß ich aber sagen, daß dieselbe kleinlich ist. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß ich eine Verstaatlichungsvorlage bezüglich der Nordbahn jeder österreichischen Regierung votiren würde und daß ich gegen ein Uebereinkommen mit dieser Gesellschaft in jeder Form, unter jeder Regierung stimmen muß.

Hat man aber irgendwo gehört oder gelesen, die Verstaatlichung sei undurchführbar oder unmöglich? So weit hat man sich doch noch nicht zu gehen getraut, und ich muß sagen: die einzige vernünftige Lösung dieser Frage ist eben die Durchführung der Verstaatlichungsaction.

Wozu ist denn das Parlament da, wenn nicht zu dem Zwecke, um eine solche Verstaatlichungsvorlage zu controllieren, eventuell zu verbessern und nicht kurzweg abzulehnen? Wenn eine solche Verstaatlichungsvorlage eingebracht würde, wäre es Aufgabe eines Parlaments, welche dem Wesen des Parlaments entspricht, die Vorlage in den einzelnen Bestimmungen zu verbessern, nicht aber abzulehnen, denn man würde dadurch den Bedürfnissen des Volkes entgegentreten, und das soll ein Volksvertreter in einem solchen Falle niemals thun. Wenn also das Parlament seine Pflicht thut, dann ist eine Gefahr für den Staat absolut nicht vorhanden, und müssen sich, sollte man glauben, wenigstens auf beiden Seiten dieses hohen Hauses doch Männer genug finden, um in diesem Falle eine Majorität zu bilden, die die Interessen des Staates in dieser Angelegenheit um jeden Preis und vollständig wahrt.

Die Gesammtbevölkerung, meine Herren, hat ein Recht, wenn sie die Verstaatlichung der betreffenden Nordbahnlinien unter allen Umständen verlangt. In den Petitionen, die mir zugesendet wurden, ertönt tausend- und abertausendmal der Ruf: Der größte Theil der Presse ist erkauft und bestochen; dieses Schweigen der Presse, dies Eintreten für die Interessen der Nordbahngesellschaft ist mit Gold erkauft, mit Gold gewonnen aus der Bewucherung auch der Aermsten, durch Transportwucher und besonders durch die willkürliche Vertheuerung der Kohle und anderer nothwendiger Bedarfsmittel. Man erwartet daher, daß das Abgeordnetenhaus jener Verpflichtung entsprechend, entschieden gegen seine Vampyre Stellung nehmen werde, die seit Jahrzehnten am Marke des Staates und des Volkes saugen. Und in der That, meine Herren, in dieser Frage gilt es, Stellung zu nehmen gegen die unersättliche Habsucht einer geringen Anzahl von Millionären. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Wohl noch nie ist es in dem Maße dagewesen, seit in Oesterreich der Constitutionalismus besteht, daß Petitionen aus den verschiedensten Wahlbezirken an einen Abgeordneten zur Ueberreichung gesendet wurden, und noch dazu an einen Abgeordneten, den die öffentliche Presse, namentlich in Wien, stets als Hochverräther, als Possenreißer, als Narren und Trunkenbold bezeichnet und systematisch nach jeder Richtung verdächtigt hat. Die Bevölkerung läßt sich aber durch diese Organe glücklicherweise nicht mehr irre machen, sie fängt endlich — und ich sage Gott sei Dank an, mündig zu werden.

Meine Herren! Die Bevölkerung hat in dieser Frage, wie man es noch selten, ich habe gesagt, vielleicht noch nie in Oesterreich erlebt hat, den umfassendsten Gebrauch von ihrem Petitionsrechte gemacht. Und was thut angesichts dieser Thatsache die Regierung? die Regierung hat in Wien ihren ganzen Polizeiapparat in Bewegung gesetzt und alle verfügbaren Polizeiorgane beauftragt, den von mir in dieser Sache verbreiteten Aufruf, den Petitionsentwurf, der von den richterlichen Behörden nicht confiscirt wurde, allerorts zu confisciren, und wenn ich trotzdem in den nächsten Tagen aus Wien und dessen Vororten Petitionen mit über 20.000 Unterschriften hier überreichen werde, welche unbedingt für die Verstaatlichung der Nordbahn eintreten, so mag Ihnen dies wohl zur Genüge beweisen, wie intensiv erregt in dieser Frage die Bevölkerung ist.

Und wie kleinlich, hilflos, ja wie lächerlich steht dieser Erregung, dieser intensiven Bewegung in der Bevölkerung die Regierung mit ihren Maßregeln gegenüber? Die Ausübung des selbstständigen Petitionsrechtes soll durch den in Folge des Ausnahmszustandes verstärkten Polizeiapparat unmöglich gemacht werden. Ja, man hat sich sogar erfrecht, Detectives in die Wohnung eines meiner besten Freunde, eines Hausbesitzers in Wien, während dessen Abwesenheit zu schicken, mit dem mündlichen Auftrage, die Frau desselben möge zur Polizei kommen. (Hört! Hört!) Die Frau war leidend, wäre sie gesund gewesen, so hätte sie die betreffenden Organe, denn sie ist eine deutschfühlende Frau, gebührend zurückweisen lassen, da sie aber

leidend war, wandte sie sich an mich und ich sagte ihr als Rath, unter keinen Umständen solle sie einer solchen mündlichen Vorladung durch einen Detective oder durch ein anderes polizeiliches Organ folgen. Als ihr Mann von seiner Reise zurückkam, da sandte man dann — man scheint denn doch nicht ganz im Rechte gewesen zu sein — eine schriftliche Vorladung an den Mann, worauf stand, wegen Verbreitung von Nordbahnpetitionen habe er sich auf der Polizei einzufinden und sich darüber zu äußern. Mein Freund verweigerte selbstverständlich jede Auskunft, und es wird sich zeigen, welchen Verlauf die Sache weiter nehmen wird.

Andere Personen hat man, Einen davon sogar Nachts arretirt und ihm beim Comissariate theilweise unterschriebene Bögen, von denen einzelne nicht die Nordbahn, sondern eine Petition an den Wiener Gemeinderath betrafen, abgenommen, und als der Betreffende schriftlich um Rückausfolgung dieser Bögen einschritt, gab man ihm zur Antwort, es seien diese Bögen im Sinne des § 23 des Preßgesetzes an die Staatsanwaltschaft abgetreten worden.

Meine Herren! Ich habe Manches in Oesterreich erlebt, bin jedoch begierig, ob sich auch für diese Fälle in Oesterreich oder etwa für diesen Fall in Oesterreich Richter finden werden, die auf Grund des § 23 des Preßgesetzes die Ausübung des Petitionsrechtes der Staatsbürger verurtheilen. Der diesbezügliche Absatz des § 23 des Preßgesetzes lautet: (liest): „Das Hausiren mit Druckschriften, das Ausrufen, Vertheilen und Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Localitäten und das Sammeln von Pränumeranten oder Subscribenten durch Personen, welche nicht mit einem hiezu von der Sicherheitsbehörde besonders ausgestellten Erlaubnisscheine versehen sind, ist verboten."

Die betreffenden Verhandlungen sind für den 6. Mai anberaumt und es wird sich zeigen, was einem Laien unbegreiflich wäre, ob auf Grund dieses § 23 die Ausübung des Petitionsrechtes verurtheilt und bestraft werden kann.

Würde dies geschehen, so würde dieser Fall zu jenen Unglaublichkeiten zu zählen sein, die ja in Oesterreich ab und zu wiederholt schon vorgekommen sind. Das hat man in Wien und den Vororten gethan. In der Provinz konnte man natürlich nicht so vorgehen. Da ist der Polizeiapparat schon etwas ins Schwanken gekommen und ich habe da Beweise durch Hunderte von an mich gerichteten Briefen, worin Männer auf dem Lande erklären, daß sie eine derartige Einschüchterung, wie sie in Wien statthatte, in Bezug auf diese Angelegenheit in keinem Falle dulden werden.

Und wie so oft, so hat auch in diesem Falle diese kleinliche polizeiliche Maßregel der Regierung wieder mir und der Sache, die ich vertrete, einen weiteren Anhang, eine Popularität verschafft sogar in Kreisen, die mir bisher beinahe feindlich gegenübergestanden sind.

Solche Maßnahmen sagt man, gehen denn doch etwas zu weit, und wenn sich der Abgeordnete Schönerer um die Ausübung des Petitions-

rechtes seitens der Bevölkerung annimmt, so kann das doch unmöglich Etwas sein, was die Polizei irgend wie zu beanständen das Recht hätte.

Sprechen wir wieder von der Nordbahn, die bei der Vertheilung von Schweiggeldern solche Unsummen an die Zeitungen gegeben hat und betrachten wir, wie diese reiche Bahngesellschaft, die ja nach Zehntausenden ohne Weiters ausgegeben hat, kleinlich und sparsam ist in anderen Fragen, wo es sich um wirkliche Interessen der Bevölkerung handelt.

Da habe ich Einsicht genommen in eine Zuschrift der Nordbahn an eine Gemeindevorstehung. Dieselbe ist vom heurigen Jahre, also aus einer Zeit datirt, wo das Uebereinkommen vielleicht schon perfect war. Darin heißt es unter Anderem (liest):

„Wir können der Consequenzen wegen ein Wartelocale in Ihrer Haltestelle nicht bauen, wären jedoch nicht abgeneigt, falls Sie die Herstellung eines solchen Locales auf Ihre Kosten veranlassen wollen, Ihnen hiebei an die Hand zu gehen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Sollten Sie thatsächlich nur auf die Aufstellung eines alten Waggonkastens reflectiren, so sind wir bereit, einen solchen beizustellen, jedoch müßten Sie die Kosten für die Adaptirung und Einrichtung eines solchen Kastens übernehmen." (Heiterkeit. — Hört! Hört!)

Nun, meine Herren, höhnischer kann man doch nicht eine gerechte Anforderung der Bevölkerung abweisen, als es hier Millionäre in ihrer wahren Gestalt gegenüber armen Teufeln gethan haben. Wie ich weiß, und ich habe dies auch genau erhoben, sind Petitionen um unbedingte Verstaatlichung, um Verstaatlichung unter allen Umständen, an die Abgeordneten der verschiedensten Parteirichtungen in diesem Hause in sehr großer Zahl zur Ueberreichung eingesendet worden.

Erlauben Sie mir, Ihnen eine Stichprobe mitzutheilen, wie viel und von wo Petitionen z. B. an mich zur Ueberreichung eingesendet worden sind: Ich erinnere Sie, daß ich vor wenigen Wochen eine Petition des deutschnationalen Vereines in Wien überreicht habe, die Sie so freundlich waren, über meinen Antrag zur Vorlesung bringen zu lassen. Ich habe dann eine Petition des landwirthschaftlichen Casinos in Groß-Pertholz in Niederösterreich überreicht. Ich werde in den nächsten Tagen überreichen 919 Petitionen aus Wien und den Vororten mit 21.335 Unterschriften.

Gestatten Sie mir nun ein Land zu erwähnen — ich erwähne es zuerst, weil es in dieser Nordbahnangelegenheit gewiß sehr interessirt ist — ein Land, welches meinen Herrn Vorredner hieher ins Parlament geschickt hat. Vorerst will ich noch ermitteln, daß auch die Versammlung der Wähler Wiens vom 21. April 1884 in der Volkshalle im neuen Rathhause, wo über 3000 Wähler anwesend waren, eine Petition durch mich überreichen lassen wird.

Aus **Schlesien** also haben mir Petitionen zur Ueberreichung eingesendet, oft mit sehr zahlreichen Unterschriften versehen, die Gemeindevertretungen nachfolgender schlesischer Stadt-, Markt-, und Landgemeinden:

Redner verliest nun nach Kronländern geordnet 1. die Namen der Stadt-, Markt- und Landgemeinden, welche als solche durch ihre

Vorstände an ihn petitionirt haben; 2. derjenigen andern Orte, aus welchen Bewohner Petitionen eingesandt haben; 3. der Vereine 2c., welche sich ihnen angeschlossen haben.

Nachdem Abgeordneter Ritter von Schönerer einige hundert Ortsnamen verlesen hat, unterbricht in der **Präsident**, Dr. Smolka, mit folgenden Worten: Ich bitte, vielleicht dieses Verzeichnis der Namen nicht zu verlesen, sondern dem Stenographenbureau zu übergeben, so daß es dem stenographischen Protokolle beigedruckt wird. Das Verlesen von Schriftstücken ist ohnedies nach der Geschäftsordnung nicht gestattet.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Die Verlesung durch mich geschieht über ausdrücklichen Wunsch der petitionirenden Gemeinden, die eine Bevölkerung von Millionen repräsentiren. Sollte mir in diesem Falle das Wort entzogen werden, so verwahre ich mich dagegen im Namen von Millionen österreichischer Staatsbürger. (Gelächter.) Ich werde Ihnen dann sagen, wo Sie hingehören, namentlich Sie, Herr Abgeordneter Wagner aus der Bukowina. Wenn tausende von Staatsbürgern petitioniren, so ist jener ein ungebildeter Bengel, der dabei sich zu lachen getraut. (Lärm und Widerspruch.)

Darf ich weiter lesen oder nicht?

(Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich will constatirt haben, ob ich die Wünsche der Bevölkerung zum Ausdruck bringen kann? Ja oder Nein!

Präsident (neuerlich das Glockenzeichen gebend): Wenn ich das Glockenzeichen gebe, so haben Sie aufzuhören zu sprechen. Es ist nicht die Rede davon, Ihnen das Wort zu entziehen, ich habe nur gemeint, daß anstatt dieser unendlichen Reihe (Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Ja, unendlich ist sie wohl!) von Namen, die ohnedies Niemand hört, vorzulesen, das Verzeichnis dem Stenographenbureau mitgetheilt werden möge, damit es ins stenographische Protokoll aufgenommen wird. Ich glaube, Sie könnten damit einverstanden sein.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Ich bitte mich vorlesen zu lassen oder das hohe Haus darüber zu befragen.

Präsident: Die Herren hören aber ohnedies nicht zu.

Abgeordneter Ritter v. Schönerer: Wenn meine Lunge so viel verträgt, können die Ohren der Herren es wohl auch vertragen.

(Abgeordneter v. Schönerer verliest nun das Petitionsverzeichnis, welches im Folgenden nur nach Zahlen widergegeben wird.)

I. **Schlesien**: 138 Stadt-, Markt- und Landgemeinden; aus 22 anderen Orten 31 Petitionen mit 825 Unterschriften; 4 Vereine.

II. **Böhmen**: 106 Gemeinden; aus 125 anderen Orten 154 Petitionen mit 4405 Unterschriften; 15 Vereine 2c.

III. **Mähren**: 50 Gemeinden; aus 20 anderen Orten 33 Petitionen mit 921 Unterschriften; 5 Vereine; 1 Gutsverwaltung.

IV. **Galizien**: 2 Gemeinden; aus 5 anderen Orten 5 Petitionen mit 60 Unterschriften; 2 Vereine; 1 Gutsverwaltung.

V. **Steiermark**: 9 Gemeinden; aus 31 anderen Orten 37 Petitionen mit 1424 Unterschriften; 4 Vereine; 1 Gutsverwaltung; 1 Bezirksausschuß.

VI. **Kärnten**: 9 Gemeinden; 2 Gauvereine (Villach und Tarvis); 1 Petition (Bleiburg) mit 21 Unterschriften.

VII. **Krain**: 1 Gemeinde (bei Gotschee); 14 Bewohner von Idria, 4 Grundbesitzer.

VIII. **Triest**: 1 Petition mit 3 Unterschriften.

IX. **Tirol**: 5 Gemeinden; 1 Bezirksgenossenschaft (Meran); aus 3 andern Orten 3 Petitionen mit 34 Unterschriften; 2 landwirthschaftliche Vereine.

X. **Salzburg**: 38 Gemeinden; aus 7 andern Orten 23 Petitionen mit 800 Unterschriften; 3 Vereine.

XI. **Oberösterreich**: 9 Gemeinden; aus 27 anderen Orten 34 Petitionen mit 1075 Unterschriften; 6 Vereine (darunter der oberösterreichische Bauernverein mit mehr als 6000 Mitgliedern).

XII. **Niederösterreich**: 14 Stadtgemeinden; 853 Landgemeinden (zusammen 867); aus 62 andern Orten 92 Petitionen mit 2979 Unterschriften; 10 Vereine (darunter der österreichische Reformverein mit 1500 Unterschriften); 42 landwirthschaftliche Vereine; 3 Gutsverwaltungen.

(Aus Gesammt-**Deutsch**-Oesterreich ohne Wien und Vororte haben also an Ritter v. Schönerer Petitionen um Verstaatlichung der Nordbahn eingereicht: **1235 Gemeinden** ebensoviel Petitionen; **12561 Bewohner** aus **305 anderen Orten 415 Petitionen**; ferner **96 Vereine** ꝛc. und **10 Gutsverwaltungen**. Mit den 919 Petitionen von 21335 Bewohnern Wiens und seiner Vororte belaufen sich die Einzelnpetitionen auf **1334** mit **33896 Unterschriften.** Dazu noch **1341 Petitionen** von Gemeinden, Vereinen und Corporationen, welche sehr wohl **„eine Bevölkerung von Millionen"** repräsentiren, ergibt **2675 Petitionen in der einen Sache an den einen Mann!**)

(In den Sitzungen vom 20. und 24. Mai hat Abgeordneter Ritter v. Schönerer in derselben Angelegenheit neuerdings Petitionen überreicht, und zwar aus Wien 36 Petitionen mit 626 Unterschriften; Graz 3 Petitionen mit 246 Unterschriften; Tirol 2 Petitionen; Mähren 4 Petitionen; Kärnten 3 Petitionen; Galizien 2 Petitionen; Schlesien 38 Petitionen; Böhmen 8 Petitionen; Niederösterreich 17 Petitionen.)

Nach der Vorlesung fährt Ritter v. **Schönerer** fort: Ich gehe nun, nachdem ich klar und deutlich bewiesen zu haben glaube, daß in dieser Frage eine überaus große Anzahl von Gesinnungsgenossen in der Bevölkerung auf meiner Seite steht, darauf über, bezüglich der Nordbahn wieder auch nur kurz den Inhalt eines Briefes bekanntzugeben, den ein Industrieller aus Schlesien an mich gerichtet hat, und aus welchem hervorgeht, daß die Nordbahn eine Rücksicht auf die Localverhältnisse bis jetzt nicht gekannt habe. Da wird gesagt, daß es geradezu empörend sei, wie die Nordbahngesellschaft die Bewohner der anliegenden Länder ausnützt und aussaugt, um sich zu bereichern, was doch nie der Zweck einer Concession bei öffentlichen Verkehrsmitteln sein darf und nur in Oesterreich vorkommt. Abgesehen

von höchsten Tarifen in jeder Richtung, geschieht für den Localverkehr gar nichts. Auf der ganzen Strecke sind nur wenige unvortheilhafte Tour- und Retourbilleten eingeführt. Jeder Landbewohner muß, wenn er die nächste Stadt besucht, um den Wochenmarkt zu besuchen oder einige Stunden aufzuhalten, den vollen Betrag bezahlen, während auf allen Bahnen Retourkarten, Saisonkarten, Abonnementskarten 2c. ausgegeben werden. Die Nordbahn ist ein Krebsschaden der schlesischen Industrie und wird jetzt Alles versprechen und nach Verlängerung der Concession wie vorher ausnützen und schädigen.

Zur Charakterisirung dieser Nordbahngesellschaft möge Ihnen dienen, daß manche Consumvereine bei derselben die kleineren Bediensteten und Beamten in einer Weise bewuchern, die geradezu scandalös ist. Die Leute bekommen oft kaum ein paar Gulden, das übrige in Marken und für die Marken bekommen sie ein erbärmliches Fleisch, oft wenig genießbare Lebensbedarfsartikel. Klagen werden ohneweiters mit Entlassung bestraft, oder wenigstens wird Entlassung angedroht. Also die kleinen Beamten müssen kuschen. (Heiterkeit.) Man nützt sie aus, man gibt ihnen nicht einmal gegen Marken ordentliches Fleisch zu essen. Die reichen Leute aber, die Millionäre fahren mit Freikarten auf derselben Bahn auf allen Linien. Für die unentbehrlichsten Bedarfsartikel hebt man riesig hohe Tarife ein, der Lebensbedarf wird dadurch für die kleine Bevölkerung in colossaler, unverantwortlicher Weise gesteigert und einer solchen Gesellschaft — das sind nur Streiflichter, die ich vorbringe — will man über Vorschlag der Regierung fernerhin die Verwaltung und den Betrieb dieser Bahn unter gewissen Bedingungen überlassen, unter Bedingungen, von denen viele umgangen werden können. Es hat der Herr Vorredner, Herr Abgeordneter Menger, als Jurist — und er soll ein tüchtiger Jurist sein — selbst gesagt: Die verschiedenen Juristen sollen verschiedener Ansichten sein. Das ist ungefähr der Sinn seiner Worte, und wir wissen alle, daß die Juristen namentlich dann, wenn damit eine erkleckliche Summe zu verdienen ist, oft ganz merkwürdige Gutachten abgeben.

Wie lächerlich ist es — und man sieht, wie das zusammenhängt, was das internationale jüdische Capital vertritt — wie lächerlich ist es, wenn der Generalrath einer Bank in Wien den Beamten verbietet, die Schönerer'sche Petition zu unterschreiben. Man verwehrt ihnen ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben. Gott sei Dank, auf die paar Unterschriften der Bank ist es nicht angekommen. Mit solchen kleinlichen Mitteln macht man hochwichtige Angelegenheiten nicht unmöglich, das mögen sich die betreffenden Herren gesagt sein lassen. Es ist eigenthümlich, daß zu Zeiten, wo man mich hier offen ausgelacht hat, wo stürmische Heiterkeiten in dem Protokolle verzeichnet sind, in einer Zeit, wo ich in Folge einer ganz unqualificierbaren Denunciation über die Fürsprache der Regierung von der Majorität des Hauses dem Strafgerichte ausgeliefert wurde, welches aber nicht wußte, was es mit mir anfangen sollte, zu derselben Zeit haben Hunderte, Tausende von Bewohnern in der Provinz meine Reden nicht nur angehört, sondern volle Zustimmung zu meinen Ansichten gegeben. Das muß mich doch

in der Meinung bestärken, daß ich großen Anhang und Zustimmung in vielen Kreisen der Bevölkerung in meinem Vorgehen finde und in den Versammlungen, die ich in Wien und Niederösterreich und in den verschiedenen Provinzen außerhalb meines Wahlbezirkes, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Böhmen mitgemacht habe, wo ich meine Parteigrundsätze und mein Programm entwickelt habe. Ich sage es offen, es waren schöne Tage für mich, ich habe mir aus diesen Versammlungen keine Titel, Orden, Würden oder Trinkgelder geholt, aber allerdings eine neue Stählung der Kraft, deren ich oft als Alleinstehender bedarf, um eben noch hier auszuhalten und im Dienste des Volkes meine Pflicht zu thun. Und wenn ich heute in der Nordbahnfrage, getragen von dem Vertrauen der überwiegenden Mehrheit aller Völker Österreichs, meine Meinung hier ausgesprochen habe, so muß ich auch bei dieser Gelegenheit wieder betonen: ich werde nicht erlahmen, auch jene Kämpfe fortzuführen gegen die angebliche sechste Großmacht, die derzeit corrupt ist vom Wirbel bis zur Zehe, umsomehr als ich gesehen habe, daß ich in diesem Kampfe thatsächlich von Erfolg zu Erfolg geschritten bin. Ich bin, meine Herren, der Ansicht, daß diese große jüdische und verjudete Presse sich allerdings nicht jetzt, vielleicht infolge meiner Reden in irgend einer Weise ändern wird, sie wird vielleicht eher noch mehr Bestechungen begehren, weil sie sagt: Ihr Handwerk ist ihr erschwert worden von mancher Seite (Heiterkeit), aber die Macht, das Volk auszubeuten, ist doch zum Theile durch mich und meine Freunde schon gebrochen, darüber könnte ich Ihnen so manchen Beweis vorführen. Ich und meine Gesinnungsgenossen werden daher, so lange wir körperlich gesund sind, mit deutscher Eisenkraft auch in Zukunft kämpfen gegen jedweden Schwindel, gegen jedwede Corruption, wo immer sie sich zeige, gegen Betrug, Heuchelei und Dummheit, gegen Streberthum jedweder Art und namentlich auch gegen die Trinkgeldertheorie in ihrer praktischen Anwendung.

Wir werden fortfahren, den Kampf zu führen und wir sind der Ueberzeugung, daß dieser Kampf einst siegreich enden wird, weil er immer geführt werden wird von Männern, die mit glühender Liebe an ihrem Volke und ihrer Nation hängen, und weil das sonnenklare Recht, namentlich in dem Falle, von dem ich heute hier spreche, auf unserer Seite liegt, und weil, wenn das Recht des Volkes und des Staates zusammenfallen, keine Macht der Welt auf die Dauer den Durchbruch dieses Rechtes verhindern kann. Man konnte auch hören und lesen — und das war auch eines jener merkwürdigen Argumente, die gegen die Verstaatlichung vorgeführt wurden — die Nordbahn werde nicht verstaatlicht werden, und zwar deshalb nicht, weil die kaiserliche Familie viele Actien besitze. Meine Herren! Eine sonderbare, unwürdige Bauernfängerei erstens, die für die Haltung eines wirklichen Volksvertreters in keiner Weise maßgebend sein könnte; zweitens wurde wiederholt von maßgebender Seite erklärt, daß der Kaiser bereits vor Jahren mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des Privilegiums verfügt habe, daß der

verhältnismäßig nicht bedeutende Besitz an Nordbahnactien veräußert werde. (Bravo!) Aber auch zur Hebung und gedeihlichen Entwicklung des industriellen inländischen Handels und jener Orte, die im Bereiche der Nordbahn liegen, ist die Verstaatlichung dieser Linien unbedingt erforderlich.

Und, meine Herren, wo sind denn die Petitionen, die gegen den Standpunkt, den ich und meine Genossen einnehmen, hier eingelaufen sind? Vielleicht können Sie einzelne noch erpressen, aber in großer Anzahl wird Ihnen das durch gar keine Maßregel gelingen, es wird sich auch das unmöglich erweisen, weil in dieser Frage die Bevölkerung, auch die Bevölkerung, die von der Vereinigten Linken vertreten wird, keine Parteidisciplin kennen wird. In einer solchen Petition, die nicht von mir hier überreicht wurde, sondern wenn ich nicht irre, von meinem Herrn Vorredner, dem Herrn Abgeordneten aus Schlesien, ist unter anderem zu lesen, und das wirft wieder so ein Streiflicht darauf, wie die Gesellschaft vorgeht, und daraus schließe ich, wie sie später vorgehen wird — daß die Nordbahn die weise Einrichtung getroffen hat, daß ein Billet zweiter Classe im gemischten Zuge ebensoviel kostet, wie für den Personenzug, und wenn man aus Oesterreich-Schlesien billiger nach Wien fahren will, man sich nicht in einer österreichischen Station, sondern in Preußen aufsetzen muß — die Nordbahn, heißt es in dieser Petition, ist eine Bahn der Reichen und in allen ihren Verwaltungen darnach angethan, nicht das Volk zu bedienen und zu bereichern, sondern dasselbe für die Reichen auszunützen. Ich muß voraussetzen, daß Herr Abgeordneter Dr. Menger derselben Ansicht ist und diesen Satz vollständig unterschreibt.

Denn, wäre er nicht derselben Ansicht, so würde er doch diese Petition nicht überreicht haben. So ist dies zu lesen in der Petition des „land- und forstwirthschaftlichen Vereines für das nordwestliche Schlesien." Auch unser Staat, dessen Regierung und Parlament, sind verpflichtet die großen Worte des deutschen Reichskanzlers auch bei uns zur Wahrheit werden zu lassen, die dahin gehen, daß der Staat verpflichtet ist, den Schwächern vor den Stärkern und Raffinirteren zu schützen, namentlich dann, wenn er sieht, daß unter dem Einflusse des Mächtigeren die Kräfte des Schwächeren immer mehr erlahmen und nach und nach verschwinden. Keinerlei Uebereinkommen mit der Nordbahn kann und wird den Wünschen des Volkes und den Rechten des Staates vollauf Rechnung tragen können, daher muß und wird die Verstaatlichung platzgreifen müssen. Und ist denn, meine Herren, die Stimme der Actionäre dieser Rothschildbahn mächtiger in Oesterreich, als die Stimme aller Völker dieses Staates, dieser Völker, die so große Lasten zu tragen haben? (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig!) Die Nordbahnactionäre — und zumeist sind ja die Actien in festen Händen geblieben, in Händen wohlhabender Leute — haben ihre Capitalien längst mehrfach durch die hohen Dividenden zurückerhalten, das Volk ist aber zugleich verarmt. Diese Actionäre aber sollen jetzt zu Liebe der Regierung und vielleicht einer Majorität des Parlamentes auch fürderhin diese hohen Dividenden den Millionären

zuschanzen helfen. Das begreife wer will? Ich kann dies nie und nimmer begreifen und glaube, daß das Gehirn eines ehrlichen Menschen überhaupt es wird niemals erfassen und begreifen können, daß eine österreichische Regierung eine solche Vorlage einem Parlament hat unterbreiten können; vielleicht deshalb, weil eben diese Regierung vor diesem Parlamente keine Achtung hat. (Abgeordneter Fürnkranz: Sehr richtig! — Bravo! auf der äußersten Linken.) Der Kern des Volkes — ich glaube und weiß es, ist gesund, und der Fluch der Völker wird jene treffen, die in dieser Frage nicht einstehen für das Recht, für den Staat und für das Volk, die im Gegentheile für das internationale Capital, für Judenthum und schrankenlose Ausbeutung stimmen. Die Verstaatlichung wird verlangt, weil man jenen Schmarotzern endlich das Handwerk legen will, die am Marke des Staates und Volkes seit Jahrzehnten zehren.

Was heißt denn das, wenn man liest, daß die Nordbahn um jeden Preis sich eine Majorität im Reichsrathe für irgend ein Uebereinkommen zu sichern bestrebt ist? Solche Worte — es hat sie leider hier noch Niemand zurückgewiesen — weise ich zurück im Namen des Parlaments und sage: Solche Worte sind so frech, daß ich nicht begreifen kann, daß die Gesammtheit des Parlamentes dies nicht in einer öffentlichen Kundmachung zurückweist. (Bravo.)

Welchen Werth kann die von mir heute charakterisirte Presse für den Staat, für das Volk haben, eine Presse, die in so hochwichtigen staatswirthschaftlichen Fragen um schnöden Schachern willens die Vortheile Einzelner vertritt, eine Presse, die sich ihre Stimmen von bewährten Volksfeinden bezahlen läßt? Man sagt auch — man kann dies in Blättern verschiedener Parteirichtungen lesen — Oesterreich sei nicht der Staat, der eine Bahn nutzbringend verwalten könne.

Nun, meine Herren, von beiden Seiten des Hauses, die Sie sich ja bei jeder Gelegenheit rühmen — und es geschieht dies im Laufe der letzten Jahre auffallend oft — so gute, patentirte Oesterreicher zu sein, ich frage Sie: Wenn Sie das wirklich glauben, was in manchem Ihrer Organe steht, daß der österreichische Staat eine Bahn nicht nutzbringend verwalten könne, dann müssen Sie folgerichtig im Interesse der Staatsbürger über diesen österreichischen Staat den Concurs verhängen, denn zu einem Staate, dem man die Fähigkeit abspricht, seine Bahnen ebenso nutzbringend und gut zu verwalten, wie Private, kann man doch unmöglich irgend ein Vertrauen haben, und wenn Sie diesen Standpunkt vertreten, dann ist ihr österreichischer Patriotismus einfach nur als Heuchelei zu betrachten.

Ich denke mir so, wenn ich leider in Folge meines Berufes als Politiker, als Volksvertreter gezwungen bin, manche Blätter dieser Schandpresse zu lesen, Machiavelli sei wieder erstanden und das Volk solle nach jeder Richtung bethört werden. So sagte z. B. unter Anderem die „Deutsche Zeitung" in Wien, die bekanntlich keine Schweiggelder nimmt, sondern nur Gelder für Texteinschaltungen (Heiterkeit), die bei der Angelegenheit der galizischen Transversalbahn, der Provisionsgeschichte, während sie früher gegen die Vergebung an

einen Bauunternehmer sich aussprach, ihren Kampfesmuth in Folge von Texteinschaltungen, die zufällig bezahlt worden sind, plötzlich in eitel Liebe zur Vergebung an einen, und zwar einen bestimmten Bauunternehmer sich verwandelt — die „Deutsche Zeitung" sagt also unter Anderem, das heißt, sie rafft sich jetzt, nachdem eine Reihe ihrer Abonnenten, an denen ihr gelegen ist, geschrieben und gefragt hat, warum sie in dieser wichtigen Angelegenheit schweige, auf, einige Artikel zu schreiben — für die unbedingte Verstaatlichung darf sie eben nicht schreiben — die Linke, das ist der Beschwichtigungsgrund werde alle Schritte ergreifen, um für den Staat und die Bevölkerung bessere Bedingungen, als die in dem bisherigen Uebereinkommen erzielten, zu erlangen trachten das ist also vielleicht ein Stückchen Localbahn in einem Wahlbezirke eines schlesischen Abgeordneten oder in irgend einem anderen Bezirke, dann wird man das Uebereinkommen acceptabel finden. So vertritt man jetzt diese Angelegenheit, nachdem man nicht mehr schweigen kann.

Aber, meine Herren, ich sage es offen, es ist zu spät. Ich habe, ich weiß nicht, wie es gekommen ist, nennen wir es Zufall, im Laufe der Zeit eine so merkwürdig gut organisirte, freiwillige Anhängerschaft in allen österreichischen Provinzen gewonnen, die es mir wirklich noch ermöglicht, meinen Standpunkt auch in diesem Hause noch zu vertreten.

Diese freiwilligen Anhänger betrachten es als moralische Pflicht, die Kreise, mit denen sie verkehren, bei jeder Gelegenheit aufzuklären, wie diese Wiener Presse — ich nehme da keines dieser größeren Blätter aus — systematisch bestrebt ist, die Bevölkerung namentlich in wichtigen Dingen zu belügen und ihr ein X für ein U zu machen. Jetzt kann man wieder die Beschwichtigung der erregten Massen — sogar in sterilen, alten czechischen Wahlbezirken rührt sich schon etwas — in gewissen Blättern verschiedener Parteirichtungen lesen, daß die Regierungsvorlage, betreffend das Uebereinkommen mit der Nordbahn, in der jetzt vorliegenden Fassung jedenfalls vom Abgeordnetenhause abgelehnt werden wird. Also damit liebes Volk gib Dich zufrieden!

Nun, meine Herren, ich glaube das auch, aber ich gehe nicht auf diesen Leim, und darum spreche ich heute, um zu warnen, damit auch die Bevölkerung nicht auf diesen Leim gehe. Ich habe gar keinen Respect vor diesem Heldenmuthe, der in diesen citirten Zeilen zu Tage tritt, und der eigentlich nur zum Zwecke hat, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Es kommt mir das so vor, wie wenn man sein Hausthor gegen den anstürmenden Feind erfolgreich vertheidigen würde, gleich darauf aber den zurückgewiesenen Feind bei einer Hinterthür hereinläßt und sich mit ihm zur vollbesetzten Tafel setzt, d. h. das Uebereinkommen wird in etwas veränderter Form bei der Hinterthür hereinkommen und an einer vollbesetzten Tafel schließlich angenommen werden.

Das erlaube ich mir als das Resultat der Verhandlungen über diese Angelegenheit in diesem hohen Hause zu prophezeien. Ich möchte daher auch heute, wie schon wiederholt — und ich habe es für mein Recht betrachtet, heute Ihre Geduld länger in Anspruch zu nehmen,

als es sonst bei mir der Fall ist — es als meine Pflicht ansehen, heute dem Volke, dem die Augen in Folge von Parlamentsbeschlüssen so oft schon übergegangen sind, zuzurufen: „Habt Acht! Halte die Augen offen, laß Dich nicht durch kleine Scheinmanöver, durch kleine Vorpostengefechte irreführen. Deine Officiere und Chargen, sie lassen Dich zuletzt doch im Stiche und werden schließlich capituliren, trotzdem ihre Stellung eine vortheilhafte ist, trotzdem das volle und ganze Recht auf ihrer Seite ist, und trotzdem das Volk in seinen ganzen Massen sich zu ihnen zu stellen bereit ist, um den Sieg zu erringen in diesem Kampfe gegen die Macht eines Rothschild und seiner Genossen.

Es ist klar, daß Rothschild durch die Drohung, dem ungarischen Staate den finanziellen Todesstoß zu versetzen, bereits Unglaubliches auch erreicht hat und noch zu erreichen hofft. Er wird sich aber, ich hoffe es, verrechnen, wenn man sich in Oesterreich auf die Thatsache besinnen wird, daß der Staat seine Geldwucherer ebenso nöthig hat, als der Geldwucherer den seiner Ausbeutung unterworfenen Staat, und wenn Rothschild bereit war, der Gläubiger Oesterreich-Ungarns zu sein, so hat er dies aus Geschäfts- und nicht aus Gemüthlichkeitsgründen gethan, und er wird dies auch ferner thun nur zu dem Zwecke, um dabei geschäftlich zu profitiren.

Regierung und Parlament würden daher gut thun, statt nur auf die Stimme des Juden Rothschild und Genossen, endlich doch einmal auch auf die Stimme der Bevölkerung zu achten, und selbe endlich einmal vollauf zu berücksichtigen. Wahrlich, man sollte glauben, daß ein Kaiser von Oesterreich oder ein König von Ungarn sich weder wissentlich noch unwissentlich von Rothschilds Macht in gewisser Beziehung depossediren lasse und schlechte Rathgeber der Krone sind es, die dies nicht erkennen und nicht zu verhindern trachten.

Meine Herren! Ich sage es offen, alle Tarifvereinbarungen dieser Gesellschaft werden zu endlosen Streitigkeiten führen, denn die Nordbahn wird es immer verstehen, zu umgehen, zu processiren und zu schmieren. (Heiterkeit.) Wenn guter Wille vorhanden wäre, würden heute nicht so krasse Ungleichheiten in dieser Beziehung stattfinden, wie sie bereits seit Jahrzehnten bestehen. So zahlt z. B. — ich will das hier anführen, damit man nicht sage, ich habe nichts Sachliches angeführt — ein Gutsbesitzer in Schlesien für auf der preußisch-oberschlesischen Bahn bezogenen Dungkalk bis Oderberg für 12 Meilen 14 fl., wogegen die Nordbahn von Oderberg nach Seibersdorf für 3 Meilen 16 fl. verlangt. Also wieder ein drastisches Beispiel, welches zeigt, welchen guten Willen die Nordbahn den volkswirthschaftlichen Interessen entgegenbringt.

Es hat eine große Anzahl von Herren in diesem hohen Hause gegeben und ich habe auch zu jenen gehört, die gegen die Verlängerung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre gestimmt haben. Das will nicht sagen, daß ich unbedingt zu jeder Zeit gegen eine solche Verlängerung stimmen würde; aber ich bin Mann genug, es offen zu bekennen, daß ich, wenn man mir ein authentisches, ein giltiges Document vorlegen würde, für eine Allianz mit dem Deutschen Reiche auf zehn Jahre

hinaus, ich ohneweiters bereit wäre, auf die Zeit, wo diese Allianz besteht, für die Verlängerung des Wehrgesetzes zu stimmen.

Auf zehn Jahre hinaus hat eine politische Partei das Wehrgesetz nicht bewilligt, aber einer Nordbahn-Actiengesellschaft, einer Rotschildbahn wird man allerdings wahrscheinlich nicht auf 80 Jahre, aber auf 20, 30, 40, 50 ja 60 Jahre hinaus eine neue Concession bewilligen.

Halten Sie diesen Vergleich zusammen und Sie werden finden, daß dieser Standpunkt kein logischer, kein consequenter und kein volksthümlicher ist.

Ich werde zum Schlusse eilen. — Es ist dies eben wichtig und nachdem Niemand den Muth findet, es zu thun, so betrachte ich es als ein nach jeder Richtung unabhängiger Mann, für meine Pflicht es zu thun, über die Haltung der Schanddirne „unserer großen Presse und namentlich der Wiener Presse" und namentlich in dieser Frage, in welcher sie von dem alten jüdischen Galan und Roué große Schandgelder bekommen und genommen hat, weil ich sie wohl genügend charakterisirt habe, nicht weiter sprechen. Es ist ja bereits im ganzen Europa geläufig geworden, daß die Haltung der Wiener Presse, und speciell derjenigen Presse, die zur Wiener Presse hält, bereits zum europäischen Scandal geworden ist. Mir ist und bleibt es natürlich eine Ehre, wenn diese Presse über mich schimpft oder vielleicht es wieder versucht, mich todtzuschweigen, was ihr wohl schwerlich mehr möglich sein wird. Da ich nun Gelegenheit haben werde, bei der Begründung des von mir und Abgeordneten Herrn Fürnkranz gestellten Antrages auf Verstaatlichung der Nordbahn, welcher Antrag bei seiner Einbringung nur von 24 Abgeordneten unterstützt wurde, noch weiter und ausführlicher auf diese Frage zurückzukommen, so wende ich mich jetzt dem Schlusse zu. Mit Recht muß ich da noch sagen, habe ich in einem Aufrufe von einer Anzahl von Wiener Gemeinderäthen, die der Minorität angehört haben und für die Verstaatlichung zumeist eingetreten sind, folgende Worte gelesen:

„Mitbürger!

Wenn es einmal nothwendig war, daß die Wähler laut und eindringlich ihre Stimme zum Schutze der Interessen des Volkes erheben, so ist dies jetzt der Fall. Handelt es sich doch bei der Nordbahnfrage darum, ob Euer Handel, Eure Industrie, Euer Haushalt, noch fernerhin abhängig sein soll von dem Gebote einer privaten Erwerbungsunternehmung oder ob der berufene Wahrer der Gesammtinteressen, der Staat, an die Stelle derselben treten soll!"

Meine Herren! Man irrt sich, wenn man glaubt, daß der von beiden Seiten des hohen Hauses geachtete, gewesene Abgeordnete Dr. Kopp nur deshalb gefallen ist oder von der Majorität der Wähler seines Wahlbezirkes ein Mißtrauensvotum bekommen hat, weil er in der Nordbahnfrage eine schwankende Stellung eingenommen hat, und Manche von Ihnen, meine Herren, von beiden Seiten des hohen Hauses werden sich irren, wenn sie glauben, daß sie nur wegen ihrer Haltung in der Nordbahnfrage nicht wieder gewählt werden. Nein, meine Herren, das Volk beginnt zu beobachten, und ich will versuchen,

dies an dem Falle Kopp zu illustriren. Die Majorität dieser Wähler des VI. Wahlbezirkes konnte nicht mehr begreifen und für gut finden, daß ein Volksvertreter gegen das Interesse des Volkes, die berüchtigten Viehcommissionäre vertrat und die Vertretung von einer Zeitung in einer offenbaren Bestechungsangelegenheit übernommen hat und für die Berechtigung dieser Bestechungsgelder eingetreten ist, daß er endlich die Vertheidigung eines Rabbiners, des Dr. Bloch, in einer tadelmudischen Proceßgeschichte übernommen hat. (Heiterkeit.) Meine Herren! Das sind Dinge, die sich nach und nach aneinanderreihen, und da fängt das Volk an, Mißtrauen zu schöpfen, und die Wiener innere Stadt hat nicht so viele Mandate, um alle Jene aufnehmen und wählen zu können, welche außerhalb des Kreises des ersten Bezirkes bei den nächsten Wahlen durchfallen werden.

Ich möchte noch an einen Mann appelliren — ich glaube, ich bin mit ihm noch nicht in einen persönlichen Verkehr getreten — ich möchte an ihn als einen Mann appelliren, der ja das Eisenbahnwesen als Fachmann, wie man mit Recht behauptet, in- und auswendig kennt und ihm sagen: „Excellenz Abgeordneter Dr. Herbst, noch ist es Zeit stellen Sie sich an die Spitze der Verstaatlichungsaction" — ich bin nicht Derjenige, dem es darum zu thun ist, daß sein Name genannt werde — „und das deutsche Volk in Böhmen wird Ihnen wieder zujubeln. Wenn Sie aber als Führer in dieser Frage nicht offen und entschieden Farbe bekennen, wenn Sie nicht unbedingt und unter allen Umständen für die Verstaatlichung dieser Bahn eintreten, dann, hochgeehrter Herr College, werden Sie sich auf den ersten Bezirk von Wien zurückziehen müssen. Der Wahlbezirk Rumburg-Schluckenau wird Ihnen die Majorität seiner Stimmen nicht mehr geben," und es ist ein Zeichen der Zeit, daß gerade jener deutsche Verein, der immer die Wahl des Dr. Herbst unterstützt und auf seine Fahne geschrieben hat, sich heute sogar erkühnt hat, mir eine Petition in dieser Angelegenheit zu überreichen.

Meine Herren! Viele unter Ihnen sind von rein deutschen Eltern geboren. Gehen Sie in dieser Frage mit dem deutschen Volke in Oesterreich, verlassen Sie es in dieser Frage nicht, setzen Sie alle Club- und Parteiinteressen zurück. Setzen Sie alles zurück, was Sie sonst in kleinlicher Beziehung trennt, seien Sie einig in dieser Frage, und das Volk wird Ihnen bei jeder Gelegenheit Dank wissen.

Mag sich eine Anzahl von Slaven dazu hergeben, wegen der Doppelsprachigkeit und anderer kleinlichen Dinge, der Sippschaft Rothschild und Genossen Gefolgschaft zu leisten, mögen sich verjudete Deutsche dem volksfeindlichen internationalen Capitale unterwerfen, ich erkläre offen und freimüthig ohne Rücksicht auf das Lächeln auf dieser oder auf jener Seite, ich erkläre wenigstens im Namen von neun Zehnteln des deutschen Volkes in Oesterreich, daß wir uns in dieser Frage nie und nimmer beugen werden, daß wir unbedingt und zu allen Stunden verlangen, daß der Staat von seinem Rechte vollen Gebrauch mache und nach dem Ablaufe des Privilegiums der Nordbahn die Verstaatlichung der betreffenden Linie durchführe. Mit diesen Worten habe ich der

Stimmung der übergroßen Mehrheit auch der slavischen Völkerschaften Ausdruck gegeben und Sie werden es erleben, daß, wenn ich je, gewiß in dieser Stunde die volle Wahrheit gesprochen habe.

Was soll das Parlament also durch seinen Beschluß? Durch seinen Beschluß soll das Parlament beweisen, daß der Kern unseres Volksthums ein unversehrter, ein gesunder ist, daß das Vaterland seine sittliche Wiedergeburt von seinen treuesten Söhnen erwartet, daß es das Geschick seiner Zukunft mit Zuversicht auf ihren Schultern aufbauen dürfe und daß, was auch in Oesterreich verloren sein mag, nur Eines nicht verloren werde — und das ist: die Ehre des Parlaments und die Ehre des österreichischen Staates.

Man hat mich einmal — wohl scherzweise — das Gewissen des österreichischen Abgeordnetenhauses genannt.

Nun, meine Herren, wenn dieses Parlament ein Gewissen hat, so wird Ihnen dasselbe zuflüstern, was ich heute in längerer Rede dargelegt habe.

Ich kann aber auch als unbedingt nationaler Deutscher — und die Polizei wird es vielleicht wissen, daß die Zahl meiner Anhänger eine große ist — im Namen meiner Gesinnungsgenossen erklären, daß dies wohl unser letzter Versuch sein wird, die Ehre des österreichischen Staates zu retten. Um unsere Zukunft, als Angehörige der großen deutschen Nation kann uns ja unter keinen Umständen jemals bange sein.

Und warum tritt der Mann, den man immer als schlechten Oesterreicher bezeichnet, heute auf in Ihren Reihen und warum erhebt er in solcher Weise seine Stimme für die Ehre des österreichischen Staates? Weil er sich schämt, nicht für sich, sondern für Sie, meine Herren, auf beiden Seiten des Hauses, die sich bei jeder Gelegenheit was ich niemals gethan habe, unter allen Umständen als gute Oesterreicher mit Worten hören lassen, diesen Worten aber gerade in dieser hochwichtigen Frage die That folgen zu lassen nicht Willens sind.

Meine Herren, der Triumph der Rothschildgruppe in dieser Frage im Laufe der Zeit — und darüber mögen sich auch die Herren auf der Ministerbank und der Herr Ministerpräsident nicht täuschen — wird Folgen von einer Tragweite haben, die sogar ich mich scheue, heute schon auszusprechen.

Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen. Ich bin auf advocatische Gegenreden, auf gemeine Zeitungsartikel, auf gewundene und geschraubte Erklärungen von der Regierungsbank gefaßt.

Trotz alledem erkläre ich am Schlusse offen und unumwunden, daß Jeder in den Augen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung als bewußter oder unbewußter Verräther an Staat und Volk betrachtet werden wird, der gegen die Verstaatlichung der Nordbahn Stellung nimmt und ihr entgegenwirkt. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken. — Händeklatschen auf der Gallerie.)

II.

Rede über die Presse

gehalten vom

Reichsrathsabgeordneten

G. Ritter von Schönerer

in der von über 5000 Personen besuchten

Versammlung im Sofiensaale zu Wien

am 13. Februar 1885.

„Greif' niemals in ein Wespennest,
Doch wenn du greifst, so greife fest."

Dieser Spruch kann wohl auf den Gegenstand angewendet werden, den ich heute mir zu besprechen vorgenommen habe und der von mir und dem Abg. Fürnkranz am 12. Mai 1884 im Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag, durch welchen das dem größten Theile der Zeitungen zur süßen Gewohnheit gewordene Lügen verboten und bestraft werden soll, hat bereits Zustimmung in den weiten Kreisen der Bevölkerung gefunden und doch hat es der Herr Präsident des Abgeordnetenhauses bisher noch nicht für gut befunden, diesen Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Ueber die Corruption, besonders in der sogenannten tonangebenden öffentlichen Presse habe ich schon gelegentlich der Nordbahndebatte am 2. Mai 1884 im Abgeordnetenhause unwiderlegte und unwiderlegliche Thatsachen angeführt und sagte ich damals bekanntlich u. a. Folgendes:

„Als Vermittler bei der Vertheilung von Bestechungsgeldern fungirt bekanntlich ein gewisser Josef Hesky in der Praterstraße, welcher der sogenannte Hausjude der Creditanstalt und der Nordbahn seit mehr als 20 Jahren ist."

Heute kann ich diesbezüglich noch folgendes hinzufügen: Im Frühjahre 1884 kam zum Redakteur eines Provinzblattes der Annoncenagent Schalek aus Wien und bot dem Blatte 300 fl. im Auftrage der Nordbahn unter der Bedingung, daß das Blatt nicht für die Verstaatlichung der Nordbahn eintrete; der Agent zeigte Quittungen verschiedener Blätter vor, die solche Bestechungen

bereits angenommen hatten; er bemerkte: „es sei diesen bestochenen Blättern **ungeachtet der Annahme des Geldes** gestattet, über die Nordbahn zu **schimpfen**, nur für die Verstaatlichung dürfen sie nicht eintreten. Wenn es der Nordbahn gelänge, eine neue Concession zu erlangen, so erhalten diese Blätter, welche jetzt die Bestechungsgelder genommen haben, nach Ertheilung der neuen Concession den gleichen Betrag noch einmal ausbezahlt. Das betreffende deutsche Blatt ist aber auf das Ansinnen des Juden nicht eingegangen, trotzdem derselbe nachträglich 1000 Gulden in Aussicht stellte; auch wollte der Jude anfänglich eine Quittung über 300 fl.; **von diesem Betrage aber wollte er 100 fl. für sich behalten.** Der Jude begab sich sodann aus Schlesien nach Galizien.

Aus Galizien schreibt man mir, daß dort ein Agent der Nordbahn **zweierlei** Petitionen mit sich führte; eine für, und eine gegen die Verstaatlichung; wenn er sah, daß die Leute für die Verstaatlichung seien, was beinahe immer der Fall war, dann schob er schnell beim Unterschreiben die andere Petition gegen die Verstaatlichung unter, welche die Leute im guten Glauben dann unterschrieben haben.

Mit Recht ist in den tausenden von mir überreichten **Petitionen** um Verstaatlichung der Nordbahn zu lesen, daß das tiefe Schweigen der einflußreichen und namentlich der Wiener jüdischen und verjudeten Tagespresse die Schuld und Schande nicht verhüllen könne, welche auf dieser Presse lastet, denn dieses Schweigen, es hat nach der Volksmeinung seinen Grund darin, daß es mit Gold erkauft worden ist.

Und in der That dürften denn doch, angesichts der geradezu furchtbaren Verheerungen, welche die journalistische Giftmischerei unserer Tage im Staate und in der Gesellschaft anrichtet, gesetzliche Verfügungen, namentlich gegen die Entstellung von Thatsachen in der öffentlichen Presse dringend nöthig sein.

Schon am 7. Mai 1883 sagte ich in einer Rede mit Rücksicht auf die Stimmung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, daß die Zeit nicht mehr allzuferne zu sein scheint, wo aus den durch eine corrupte Presse noch nicht im selbständigen Denken beeinflußten Theile der Bevölkerung den betreffenden erbärmlichen Soldschreibern für die nicht zu rechtfertigende unausgesetzte Besudelung von Freunden des ehrlich arbeitenden Volkes eine Antwort und eine Lection ertheilt werden dürfte, die manchen Herausgebern der Schmutz und Schandpresse wohl durch längere Zeit in den Ohren gellen und in den Gliedern liegen wird und die am 17. und 19. November 1884 vor dem Schwurgerichte in Wien gegen zwei Wiener Blätter durchgeführte Verhandlung, die mit der Verurtheilung der angeklagten Journalisten endete, hat gezeigt, wie der noch unversehrte gesunde Kern unseres Bürgerthumes über gewisse Angriffe in der öffentlichen Presse denkt.

Manche Blätter nennen meinen Antrag ein Unicum, ein Curiosum und eine reactionäre Maßregel, und doch kann man erfahren, daß

in freiheitlich regierten anderen Staaten die Regierungen selbst sich, angesichts der häufigen Fälle von Verbreitung falscher Nachrichten und Insulten durch die Zeitungen, mit der Vorbereitung von Gesetzentwürfen befassen, wodurch diesem Uebel Einhalt gethan werden soll.

Wenn nun in freiheitlich regierten Staaten die Initiative zu solchen Maßregeln von der Regierung selbst in's Auge gefaßt wird, so scheint doch die Annahme berechtigt, daß der Antrag auf Erlassung eines Gesetzes gegen die Mißbräuche in der Presse, welcher einem allgemeinen dringenden und concreten Bedürfnisse des Volkes entspricht, auch bei uns von jeder Regierung und von jedem Parlamente ausgiebige Unterstützung zu gewärtigen hätte.

Wenn man ferner manche Kundgebungen in öffentlichen Versammlungen betrachtet, so geht daraus hervor, daß Vertreter der **verschiedensten** Parteirichtungen gegen die Mißbräuche in der Presse entschiedene Stellung nehmen und Abhilfe dringend fordern.

So hat bekanntlich der dritte allgemeine österreichische **Gewerbetag** am 6. September 1884 in Wien den meisten Wiener Tageblättern die „vollste Verachtung" ausgesprochen und die Berichterstatter von sieben großen Zeitungen von den Verhandlungen ausgeschlossen.

In der Versammlung des Deutschen Nationalvereines in Warnsdorf wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die am 4. December 1884 tagende Vollversammlung des Deutschen Nationalvereines für den Gerichtsbezirk Warnsdorf erblickt in der in neuester Zeit zu Tage getretenen Corruption der Wiener Tagespresse eine beklagenswerthe Schädigung des Liberalismus, verwahrt sich gegen die Verdächtigung, daß der Liberalismus für eine solche Ausartung verantwortlich zu machen sei und erwartet, daß die deutschen Abgeordneten sich von ihr gleichfalls öffentlich lossagen und die Gründung eines ehrenhaften deutschnationalen Tagblattes unternehmen werden."

Am 24. Juli 1883 wurde in einer von über tausend Bürgern Wiens und der Vororte besuchten Reformvereins-Versammlung in Hernals unter stürmischer Zustimmung folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung richtet an die Abgeordneten Schönerer und Fürnkranz die Bitte, im Reichsrathe einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen jedem Staatsbürger das Recht eingeräumt wird, jede Unwahrheit in der Presse gerichtlich constatiren zu lassen, wofür dann der Zeitungseigenthümer mit einer hohen Geldstrafe, eventuell mit Suspendirung des Blattes zu bestrafen ist; ferner soll das Inseratenwesen verstaatlicht und bei Strafe verboten werden, in die Journale Annoncen aufzunehmen."

Und in der Begründung zu dieser Resolution wurde mit Recht gesagt: „Die Zeitungen behaupten das Volk zu bilden; wer aber bilden will, darf die Wahrheit nicht fälschen; wenn jede andere Fälschung bestraft wird, warum soll gerade diese so verderblich wirkende Fälschung der öffentlichen Meinung straffrei bleiben?"

Ja auch der deutsche Verein in Wien hat sich in seiner Versammlung am 30. Jänner 1885 aufgerafft und die Geneigtheit gezeigt, ein Verdammungsurtheil über den größten Theil der Wiener Tagespresse, namentlich in Bezug auf deren Haltung in der Nordbahnfrage auszusprechen.

In einer vor kurzer Zeit abgehaltenen Versammlung des Bauernvereines für Habakladrau und Umgebung in Böhmen wurde der **„Beutelschneiderpresse"** die Verachtung ausgesprochen.

Und am 8. Februar 1885 hat eine von über 500 Personen besuchte Versammlung zu **Lichtowitz** in Böhmen in einer Resolution der corrupten, lügenhaften Presse ihr Mißfallen bekanntgegeben, und wurden die Berichterstatter verjudeter Zeitungen zu den Verhandlungen nicht zugelassen.

Und heute, meine Herren, werden, so hoffe ich, die Tausende der hier anwesenden Bürger ein **Volksgericht** halten und ihrem Ekel vor dem Treiben der verlotterten Presse entschiedenen Ausdruck verleihen.

Thatsache ist es, daß der Spruch:

„Er lügt wie gedruckt,"

heute bereits in Bezug auf den größten Theil der Presse ein Wahrwort geworden ist.

Von Bismarck erzählt man, er habe zu einer Deputation einmal folgende beherzigenswerthe Worte gesprochen: „Die Presse befindet sich zum größten Theile in den Händen von Juden und von unzufriedenen, ihren Beruf verfehlt habenden Leuten."

Von Lassale wird folgender Ausspruch citirt: „Die Zeitungsschreiber sind eine Bande von Menschen, unfähig zum Elementarlehrer, zu arbeitsscheu zum Postsecretär.

Von Blumauer circulirt der Satz: „Der Name Schriftsteller hat durch Leute, die ihn tragen, bereits so viel von seiner ursprünglichen Würde verloren, daß er anfängt entehrend zu werden und wenn es noch länger so fortgeht Gefahr läuft in Oesterreich zum Schimpfnamen zu werden."

Grillparzer hat gegenüber einem jüdischen lügenhaften Kritiker folgendes Gedichtchen gemacht:

„Der Teufel wollte einen Mörder schaffen
Und nahm dazu den Stoff von manchem Thier,
Wolf, Fuchs und Schakal gaben her das Ihre,
Nur Ein's vergaß der Ehrenmann: den Muth;
Da drückt er ihm die Nase ein voll Wuth
Und rief: „„Lump werd ein Jud und recensire!""

Die aus diesen Dichterworten resultirende prosaische Nutzanwendung ergibt sich wohl von selbst.

Mit dem Motto: „Jedes Volk hat die Presse, die es verdient", ist im Jahre 1883 eine kleine Broschüre, betitelt: „Streiflichter", ein skizzenhafter Beitrag zum Wesen der Wiener Judenpresse in Niederösterreich erschienen, in welcher u. A. folgende bezeichnende Stelle vorkommt:

„Diese Zeilen sollen eine skizzenhafte Beleuchtung der **Virtuosen des Egoismus** bilden, jener Virtuosen, die es so meisterhaft verstanden, unter dem monopolisirenden Schutze eines engherzigen Preßgesetzes mit den fiskalischen Drangsalen **aus dem Letternblei Gold zu machen**, durch grundsätzliche Entstellung der Thatsachen, durch systematische Unterdrückung der Wahrheit, durch raffinirten Kitzel der rohen Instinkte und durch bezahlte Irreführungen der unvorsichtigen Kleincapitalisten."

Die „Rumburger Zeitung", ein sehr verbreitetes und angesehenes deutschliberales, aber unabhängiges Blatt, schreibt in ihrer Nummer vom 29. November 1884 unter dem Titel: „Die Schweiggelderpresse und die Vereinigte Linke" u. A. Folgendes:

„Die Vereinigte Linke, die als Vertreterin des deutschen Volkes in Oesterreich dessen Ehre und Vortheil wahren sollte, sieht mit verschränkten Armen dem Treiben ihrer „großen" Wiener Blätter zu. Und wenn nicht Schönerer wäre, so würde auf uns die unauslöschliche Schmach lasten, daß kein deutscher Mund sich gefunden, um die Elenden zu brandmarken, welche die ihren unreinen Händen anvertraute öffentliche Meinung eines großen Volkes zur willfährigen Metze einiger Geldprotzen herabwürdigte."

Und weiter heißt es:

„Die Vereinigte Linke scheint also ihr Ansehen einsetzen zu wollen für diese unsere Partei zur Schande und zum Schaden gereichende Schweiggelderpresse, der Gold dort den Mund zu stopfen vermag, wo es ihres Amtes wäre, laut die Stimme zu erheben gegen die Schädigung des Volkswohlstandes."

Diese Worte schrieb dieses achtbare Blatt, als kurz nach den in Folge meiner Klage gegen zwei Wiener Blätter durchgeführten, mit der Verurtheilung der Angeklagten endigenden Schwurgerichtsprocessen unter dem Titel: „Gerichtet" in mehreren Provinzblättern gleichlautende, die Thatsachen völlig entstellende Schmähartikel gegen meine Person erschienen waren, Artikel, die nach Angabe der „Rumburger Zeitung" vom **Preßbureau der Vereinigten Linken** versendet worden waren.

Mit Rücksicht auf diese Schmähartikel beschloß die von über 400 Personen besuchte Versammlung des deutschnationalen Vereines in Wien am 9. December 1884 einstimmig eine Deputation an die Clubleitung der Vereinigten Linken zu senden und begaben sich demzufolge drei Vereinsmitglieder am 17. December 1884 zu den Herren Abgeordneten Dr. Herbst und Dr. v. Chlumetzky. Auf die Frage: „Ob es thatsächlich wahr sei, daß der Artikel: „Gerichtet", in welchem Abgeordneter Schönerer beschimpft wurde, vom Preßbureau der Vereinigten Linken an die Provinzpresse versendet worden sei und wer die Verantwortung dafür übernimmt?" — antworteten die Herren Dr. Herbst und Chlumetzky: „sie wüßten von nichts"; und Letzterer, von dem man behauptet, daß er der maßgebende Leiter des Preßbureaus sei, fügte hinzu: „er sei überhaupt nicht verpflichtet, Jedermann darüber Auskunft zu ertheilen." — Aus diesen

Antworten geht nun klar hervor, daß der Schmähartikel wirklich aus diesem Preßbureau stammt.

Ich will nun zur Ehre der Vereinigten Linken annehmen, daß deren Mitglieder nicht absichtlich und wissentlich durch ihre Geldbeiträge für das Preßbureau mit beitragen wollen, daß solche Schmähartikel voll entstellter Thatsachen geschrieben und versendet werden, doch werden die Herren gestatten müssen, daß man in ähnlichen Fällen sich auch in Zukunft nicht an die **drei Juden** halten wird, die nach einer Mittheilung der „Freien schlesischen Presse" das Preßbureau der deutschliberalen Partei bilden, sondern daß man vielmehr der Leitung des Clubs der Vereinigten Linken selbst — die Verantwortung dafür auflasten wird.

Nach meiner Nordbahnrede hat das clerikale „Vaterland" in Wien am 4. Mai 1884 an mich ein „Offenes Schreiben" gerichtet und darin die Erwartung ausgesprochen, daß ich an demselben Orte, an welchem ich ein vernichtendes Urtheil über die Wiener Presse sprach, die in demselben liegende Mitbeschuldigung des „Vaterland" zurücknehmen werde.

Der Wahrheit die Ehre gebend muß ich hinzufügen, daß dasselbe „Vaterland" am 25. Mai 1884 in einer „Offenen Erklärung" den Generaldirektor der Länderbank aufforderte, öffentlich zu erklären, daß das „Vaterland" in die in seinem Ausweise über die Betheiligung für journalistische Zwecke an Journale aller Parteischattirungen im Interesse der galizischen Transversalbahn bezeichneten Zeitungen in keiner Weise einzubeziehen ist.

Was nun die an mich seitens des „Vaterland" gerichtete Aufforderung betrifft, so hatte ich bisher keine Gelegenheit öffentlich darauf zu antworten. Heute sage ich in Bezug darauf Folgendes:

Wenn das Vaterland von mir als politischen Gegner ein Zeugnis erwartet, daß es nicht unter die bestechlichen Judenblätter gehört, so bemerke ich, daß ohnehin kein vernünftiger Mensch das „Vaterland" der feilen Scandalpresse zugezählt hat. — Ich habe übrigens keinen Beruf **Reclame** für das „Vaterland" zu machen und füge nur bei, daß, was mein öffentliches Wirken betrifft, das „Vaterland" auch häufig sehr entstellte und gehässige Berichte darüber gebracht hat; so z. B. schrieb dieses Blatt am 7. Mai 1884, also **drei** Tage nach dem „Offenen Schreiben" an mich, unter Anderem Folgendes:

„Schönerer hat den Ordnungsruf oft schon schwer verspottet: er verhöhnt überhaupt alle parlamentarischen und politischen Schranken, ja er rühmt sich dessen offen, daß er sich durch derlei Schranken nicht im Mindesten beirren lasse. — Welches ist der allgemeine Charakter des Auftretens Schönerers? Er nimmt als geborener Oesterreicher alle Vortheile dieser seiner Landesangehörigkeit im extremsten, um nicht zu sagen, unverschämtesten Maße in Anspruch, um sie zum Zwecke demagogischer Agitation und um sie für Deutschthum und die Verhimmelung Bismarcks zu verwerthen. Ist die Wiener Judenpresse wie es leider Gott der Fall ist, ein europäischer Scandal, so ist es die Möglichkeit dieses Auftretens Schönerers nicht minder."

Meine Herren! Ein Blatt, welches in so denunciatorischer und gehässiger, die Thatsachen grell entstellender Weise über meine öffentliche politische Thätigkeit schreibt, hat die Stirne, von mir ein Ehrenzeugnis zu fordern! — —

Durch den Ausschußbericht, betreffend die Provisionsangelegenheit bei Vergebung des Baues der galizischen Transversalbahn ist unbestritten festgestellt, daß der Betrag von **154963 fl. 28 kr.** für Betheiligung, d. h. Bestechung der Presse und zwar von Blättern **aller** Parteirichtungen und Nationalitäten verwendet wurde; daraus geht doch hervor, daß man ein Recht hat, von einer lügenhaften feilen Presse in Oesterreich im Allgemeinen zu sprechen.

Daß nun einem Antrag, der sich gegen die gewohnheitsmäßige Entstellung von Thatsachen in der öffentlichen Presse richtet, von Blättern der verschiedensten Parteirichtungen mit einem wahren Wuthgeheul entgegentreten, oder derselbe todtgeschwiegen wird, ist wohl begreiflich, denn viele von der Verbreitung der Lüge lebende Reporter fürchten, daß in Folge Annahme meines Antrages im Parlament ihnen der Brotkorb viel höher gehängt werden wird.

Und in der That, vor körperlichen Gebrechen und Krankheiten kann sich die Bevölkerung in der Regel mehr schützen, als vor den geistigen Gebrechen, die ihr durch eine corrupte Presse systematisch zugefügt werden.

Lauter und immer lauter erschallt daher der Ruf: „Wer wird uns endlich von diesen **Kosmopolypen**, von diesen am Lebensmarke des Volkes zehrenden **Parasiten** befreien?!“

Gegen die Fäulnis in der Presse wird aber die Annahme meines Antrages, der sich nur gegen ein Hauptgebrechen richtet, nicht genügen, sondern es werden weitere Mittel gegen die Corruption in der Presse angewendet werden müssen, so z. B. wird von vielen Seiten bereits die Verstaatlichung des Inseratenwesens durch Ausgabe einiger Anzeigeblätter verlangt.

Sehr erwähnens- und beachtenswerth ist auch die Nachricht, daß der deutsche Reichstag bei Berathung des **Actiengesetzes** in dem Bestreben, betrügerischen Reclamen wirksam entgegenzutreten, die Bestimmung angenommen hat, „daß mit Gefängniß bis zu einem Jahre und mit Geldstrafen bis zu zehntausend Mark derjenige bestraft wird, der in öffentlichen Bekanntmachungen (Inseraten) falsche Thatsachen vorspiegelt, oder wahre Thatsachen entstellt, um Jemanden zur Betheiligung an einem Unternehmen auf Actien zu bestimmen; ja es kann sogar bei dem Schuldigen auf Verlust der Ehrenrechte erkannt werden.

Als Entschädigung der nicht vom Staate herausgegebenen Blätter für den Ausfall von Inseraten, wird der Vorschlag gemacht, den Zeitungsstempel aufzuheben und den mit der staatlichen Inseratenbeilage versehenen Blättern die unentgeltliche Beförderung durch die Post zu gewähren.

Jedenfalls könne bei Durchführung der Verstaatlichung des Ankündigungswesens der Revolverpresse, besonders auch durch Vorkehrungen gegen die sogenannten Texteinschaltungen ein Grab gegraben werden.

Meine Herren! Der stolze edle Menschengeist ist thatsächlich durch die Presse in die Hörigkeit des wucherischen ausbeutenden Capitals getreten; mit Ausnahme weniger Zeitungen dient die gesammte Presse der Anbetung des goldenen Kalbes und gewiß der größte Theil von sogenannten Originalcorrespondenzen, auch aus den entferntesten Ländern und Orten, wird **in der Redactionsstube** zumeist erfunden und dort verfaßt und werden lügenhafte Telegramme besonders zum Zwecke der Börsenspeculation versendet.

Einigermaßen bezeichnend ist auch die Thatsache, daß mancher Landmann, der keine Zeitung liest, heutzutage doch schon so viel weiß, daß die meisten Zeitungen Lügen verbreiten, und nicht uninteressant ist der Ausspruch, welcher lautet:

„Es ist ein Glück, daß das Zeitungspapier aus Lumpen gemacht wird, denn jeder andere Stoff wäre zu bedauern, wenn er sich mit so vielem lumpigen Zeug bedrucken lassen müßte!"

Die französische Volksvertretung faßte einmal den weisen Beschluß, daß jeder Zeitungsartikel politischen, philosophischen und religiösen Inhaltes von seinen wirklichen Verfassern unterzeichnet sein müßte; und in der That bringt heutzutage die Anonymität häufig den Sieg des Schlechten über das Gute mit sich.

Meine Herren! Die Macht der corrupten Presse, die oft die größten Schlechtigkeiten bemäntelt, entstellt und entschuldigt, ist bereits so groß geworden, daß sie bis in **sehr hohe Kreise** hinauf einen **Terrorismus** auszuüben vermag.

Auf Concordia-Bällen und bei sonstigen Concordia-Festlichkeiten kann man darüber sehr interessante Studien machen.

Und die Vertreter dieser „Neuen freien" oder wie wir sie nennen, dieser „niederträchtig frechen Presse", wie benehmen sich dieselben sonst im öffentlichen Leben?

Da kann man z. B. sehen, daß die Zeitungsschreiber, zumeist Juden, **im Parlamente** einzelne Eingänge in den Sitzungssaal in zudringlichster Weise verstellen.

Ich habe diesbezüglich Anlaß genommen, im Einvernehmen mit Herrn Fürnkranz, mich darüber beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu beschweren und um Abhilfe zu ersuchen.

Der greise Präsident sagte mir privatim, ich könne diesbezüglich stets auf sein Entgegenkommen rechnen. Ich erbat mir somit in der Sitzung vom 29. Jänner 1885 das Wort zu folgender Anfrage; ich sagte:

„Es ist schon unangenehm genug, wenn man beim Eintritte in diesen Prachtbau wiederholt Zeitungsschreibern von jener Sorte begegnet, welche die lügenhaften Berichte über die parlamentarischen Vorgänge in den Zeitungen verbreiten; doppelt unangenehm und gewiß unzulässig aber ist es, daß diese Herren sich bereits beinahe bis in den Sitzungssaal herein unter die Abgeordneten drängen und die Eingangsthüren hier permanent verstellen und besetzt halten. Dies ist ein Unfug, der im Interesse der Würde des Parlaments abgestellt werden soll.

Ich muß umsomehr darauf bestehen, daß diese Unzukömmlichkeiten hintangehalten werden, damit man diesbezüglich in den ausschließlich für Reichsrathsmitglieder reservirten Gängen, Sälen und Räumlichkeiten überhaupt in diesem Hause nicht zur Selbsthilfe gezwungen werde.

Ich erlaube mir daher in meinem Namen und im Namen des Herrn Abgeordneten Fürnkranz an den Herrn Präsidenten die Anfrage zu stellen:

Ob derselbe willens ist, dem geschilderten Unfug mit aller Entschiedenheit, Strenge und Nachhaltigkeit unverzüglich zu steuern?"

Der Präsident antwortete darauf wörtlich Folgendes:

„Es ist gewiß, daß diese Räume für die Reichsrathsmitglieder reservirt sind. Zu diesen Räumen gehören auch die Couloirs, welche den Sitzungssaal umgeben. Ich habe den erwähnten Uebelstand auch bemerkt, und es wurden auch von anderer Seite Klagen vorgebracht, daß diese Vorschrift nicht beobachtet wird. Ich habe demnach ersucht, darauf Bedacht zu nehmen, daß die in dieser Richtung erflossenen Weisungen eingehalten werden. Nachdem ich aber sehe, daß dies nicht den gewünschten Erfolg hat, so werde ich strenge darauf achten, daß diese Vorschrift auch befolgt werde."

Der Präsident gab hierauf die entsprechenden Weisungen im Sinne dieser seiner Worte.

Daraufhin erklärten die Wiener Judenblätter in den Morgenblättern vom 31. Jänner und zwar ohne diesen Vorfall, das heißt ohne meine Interpellation und die Antwort des Präsidenten dem Lesepublikum zur Kenntnis zu bringen, daß ihnen derartige Hindernisse in den Weg gelegt werden, daß sie absolut außer Stande sind, in **gewissenhafter (!)** Weise Berichte über die parlamentarischen Vorgänge bringen zu können.

Die Zeitungsberichterstatter haben ferner beschlossen, keinerlei Berichte über Sitzungen und Vorgänge im Parlamente zu bringen und hatten am 30. Jänner eine Eingabe an das Präsidium des Abgeordnetenhauses gerichtet.

Bei Beginn der Sitzung am 30. Jänner ertheilte der Präsident nun mir eine **Rüge**, weil ich in unparlamentarischer Weise gegen die Gesammtheit der Vertreter der Journalistik mich beleidigender Ausdrücke bedient hätte!

Darauf erwiderte ich Folgendes:

„Es thut mir leid, betonen zu müssen, daß der Herr Präsident sich in einem Irrthume befindet und mir daher irrthümlich eine Rüge ertheilt hat.

Ich habe — und hier liegt das stenographische Protokoll vor — nicht von der Gesammtheit der Journalistik, sondern ausdrücklich von „jener Sorte von Zeitungsschreibern, welche die lügenhaften Berichte über parlamentarische Vorgänge in den Zeitungen verbreiten", gesprochen. Fühlen sich alle Journalisten diesfalls betroffen, so kann doch ich nichts dafür!

Darauf erklärte der Präsident, daß er ungeachtet dieser Einwendung die Rüge nicht zurückzunehmen in der Lage sei und auf derselben beharre.

In einer in Baiern erscheinenden Zeitung ist ein Telegramm vom 30. Jänner aus Wien enthalten, worin es heißt, daß der Präsident dem **„halbverrückten"** Abgeordneten Schönerer wegen ehrenrühriger Aeußerung über die Journalisten eine Rüge ertheilt hat.

Am 2. Februar richtete der Präsident folgende Zuschrift an Dr. Gustav Steinbach, Schriftsteller und Redacteur der „Neuen Freien Presse":

„In Erwiderung auf die von Euer Wohlgeboren und Ihren Herren Collegen an mich gerichtete Eingabe vom 30. Jänner beehre ich mich Euer Wohlgeboren zu eröffnen, daß, insoferne die Eingabe sich auf die vom Herrn Abgeordneten Ritter von Schönerer in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. Jänner gegen die Gesammtheit der Vertreter der Journalistik gebrauchten beleidigenden Ausdrücke bezieht, ich mich bestimmt gefunden habe, dem Herrn Abgeordneten Ritter von Schönerer in der Sitzung vom 30. Jänner diesfalls eine Rüge zu ertheilen."

Im weiteren gibt dann der Präsident in dieser Zuschrift den Journalisten die Beschlüsse bekannt, welche das Bureau des Abgeordnetenhauses gefaßt hat und die im Wesentlichen den früheren Zustand aufrecht erhalten; und das Publicum erfreut sich nun wieder der bekannten „gewissenhaften" Berichte über das Parlament.

Ich überlasse das Urtheil über diese Vorgänge getrost jedem Unbefangenen.

* * *

So demüthigen sich manche gegenüber einer Presse, die in Millionen-Defraudanten wahre Märtyrer sieht und die selbst Gelder nimmt, um alle möglichen Lumpereien zu vertuschen.

In einer im Deutschen Reiche erscheinenden Zeitung findet sich mit Bezug auf den Wiener Journalistenstrike folgende Reminiscenz:

„Otto v. Bismarck, der jetzige Reichskanzler, war Schriftführer im Erfurter Parlamente und hatte die Journalistentribüne zu überwachen; in Folge von Mißhelligkeiten wurde einem Journalisten die Eintrittskarte entzogen, worauf die meisten der übrigen Berichterstatter unter Protest dem Präsidenten auch ihre Karten zurücksandten; doch der Protest blieb wirkungslos, der Strike verfehlte seine Wirkung, da doch einzelne Blätter bald wieder parlamentarische Berichte brachten und — Herr von Bismarck blieb Sieger!"

Dies Beispiel wäre lehrreich, wenn man bei uns überhaupt von Bismarck und anderen großen Männern lernen wollte.

Nach Berichten von Wiener Judenblättern besteht der Anhang des Abgeordneten Schönerer zumeist aus Geisteskranken und aus unreifen Jungen!

Und was thut die Wiener Judenpresse gegenüber diesem lächerlichen Abgeordneten und seinem verrückten Anhange!??

Sie schloß vor kurzer Zeit nach dem Berichte der „Freien schlesischen Presse" ein **Cartell** ab, wodurch sich die demselben beigetretenen Zeitungen verpflichten, meine im Parlamente gehaltenen Reden dem Publikum vorzuenthalten, d. h. mich einfach **todtzuschweigen.**

Bei mir und meinen Freunden hat dieser Beschluß nur ein mitleidiges Lächeln erregen können, denn wir ersehen daraus, daß diese Schandpresse aus feiger Angst vor der Wahrheit mich und meine öffentliche Thätigkeit todtzuschweigen versucht, als ob auf die Dauer wirklich das Durchdringen der Wahrheit verhindert werden könnte!

Jedenfalls sollten aber diese Blätter verhalten werden, auf die erste Seite als „Motto" zu drucken:

„Hier wird mit Wahrheit und Freiheit Schacher und Schindluder getrieben!"

Und das ist dieselbe Presse, welche — manche sogar auf der ersten Seite, so z. B. ein bekanntes 6 Uhr-Blatt, ankündigen:

Französische Präservativs,
Gummi- und Fischblasen,
Gewisse Schwämme für Damen,
Vertrauliche Winke für Börsespekulanten

und ähnliche ekelerregende Annoncen.

Meine Herren! Jedem anständigen Menschen und Familienvater muß Schames- und Zornesröthe angesichts eines solchen unbeanständet bleibenden Treibens ins Gesicht steigen.

Doch ich will dieses anrüchige Gebiet verlassen und daran erinnern, daß heute der zweite Jahrestag des Todes ist eines großen deutschen Meisters: Richard Wagner's!

Wie nun hat die von mir zur Genüge gekennzeichnete öffentliche Presse gerade dieses Genie begeifert und zu besudeln versucht.

Das beweist, daß diese corrupte Presse vor nichts edlem, Idealem und dem Volke Theuerem Halt macht, sondern alles in den Koth zieht, was die gemeine Thätigkeit dieses Zeitungsgesindels zu stören geeignet ist.

Meine Herren! Im Volksmunde ist der Freitag ein Unglückstag und die Zahl „13" eine Unglückszahl.

Heute ist Freitag, der 13. Februar! Möge das Schicksal es ermöglichen, daß das heutige Volksgericht in Wahrheit zum Unglückstage für die verlotterte Presse und der Anfang zur Vernichtung derselben gemacht werde!!!

Ich möchte nun allen wahren Freunden des Volkes und Staates zurufen:

„Schützet die Wahrheit und bekämpfet die Lüge! Kämpfet muthig und unverdrossen gegen die Corruption, gegen das gesellschaftliche Schmarotzerthum, gegen Ausbeutung und gegen jedwede Bedrohung der Lebensfähigkeit und Gesundung des reinen Volksthums."

Insbesondere aber möchte ich an die Deutschen in Oesterreich die Mahnung richten: „Stammesbrüder! Begreifet doch endlich, daß selbst der genialste Semit Euch weder in der Presse noch in der Verwaltung, noch in der Vertretung, noch in der Rechtspflege, noch sonstwo von dauerndem Nutzen sein kann, denn unter dem unentrinnbaren Einflusse semitischen Blutes und semitischer Moral arbeitet derselbe stets bewußt oder unbewußt an der Untergrabung unverfälscht germanischen Wesens, deutscher Eigenart und deutscher Sitte!"

Deutsche Interessen also können doch nur in einer von Deutschen geschriebenen Presse vertreten werden!

Ich füge noch die Worte des Vertreters der Anklage in zwei Schwurgerichts-Processen, in welchen die geklagten Journalisten zu Arreststrafen verurtheilt wurden, bei; diese Worte lauteten:

„Die Macht der Presse ist, wenn sie ihrer sittlichen Aufgaben und der hohen Verantwortung, die darin liegt, täglich zu Tausenden und Tausenden zu sprechen, sich wohl bewußt ist, eine segensreiche. Wird aber die Freiheit für schnöden Gewinn verkauft und ausgebeutet, dann wird sie zum Fluche!"

„Wohlthätig kann die Presse für das Volk sein, aber das Volk kann dem Verderben nicht entgehen, wenn man sich weiter gefallen läßt, daß Uebergriffe und Mißbräuche dieser Presse auf der Tagesordnung stehen. Zu sehr ist das Privilegium der Presse bereits ausgenützt worden, zu groß ist die Zahl Derjenigen, in deren Familienleben, in deren Geschäftsverhältnisse eingegriffen wurde, so daß es wirklich Noth thut, dieser Tyrannei zu steuern!"

Ich eile dem Schlusse zu und sage: „Wenn man behauptet, daß der Spruch wahr sei: „Jedes Volk hat die Presse, die es verdient!" sage ich nein und tausendmal nein!!!

Denn so tief gesunken, so verdorben sind die Völker Oesterreichs denn doch nicht, daß sie diese schrecklichste aller Geißeln, diese Eiterbeule einer verworfenen Geld für Alles-Presse irgendwie verdient hätten oder diese harte Strafe verdienen würden.

Gott sei Dank! Der Kern unseres Volksthumes ist gesund und daher eine sittliche Wiedergeburt des Vaterlandes möglich.

Wenn je der Ruf nach Einigkeit in großer Noth eine Berechtigung hatte, so ist dies heute der Fall.

Einstimmig und laut tönte hinaus in die weiten Lande der Ruf:

Hinweg mit der von corrupten und jüdischen Einflüssen beherrschten Presse:

Hinweg mit dieser Pestbeule!

Hinweg mit diesen Fremdlingen in unserm Heim:

Lassen Sie mit mir ertönen die Mahnung:

Ihr Machthaber, die ihr über Zucht und Ordnung im Staate durch die Gesetzgebung zu walten berufen seid, befestigt im Volke den Glauben an Recht und Wahrheit, zertretet die volksfeindlichen Nattern und macht ein Ende dieser journalistischen Giftmischerei, damit das so hart bedrängte Volk nicht zur Selbsthilfe gezwungen werde.

Den jüdischen und verjudeten Zeitungsschreibern aber rufen wir zu, und damit schließe ich:

„Und wenn Ihr sprecht von Recht, so seid gewiß, Recht soll Euch werden, mehr als Ihr begehrt!!!"

III.

Rede

des

Reichsrathsabgeordneten

G. Ritter von Schönerer

gehalten

in der Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Wien am 28. April 1887

in der

Generaldebatte über den Staatsvoranschlag.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Ich beginne mit den Ausführungen jenes Vorredners mich zu beschäftigen, welcher in der Reihenfolge der Redner bis zum gestrigen Tage unmittelbar vor mir eingetragen war, der es aber vorzog, sozusagen im letzten Augenblicke seinen Platz zu vertauschen und schon gestern zu sprechen. Da muß ich erklären, daß ich denselben — als dem jüdischen Volksstamme angehörend — nicht für berufen erachte, hier im Namen des tschechischen Volkes in Bezug auf dessen nationale Forderungen seine Stimme zu erheben, wie er es unter Beifall auf den Tschechenbänken gestern thatsächlich gethan hat. Wenn man mir sagt, daß dieser Herr Professor Dr. Alois Zucker aus Prag von einem tschechischen Städtewahlbezirke ins Abgeordnetenhaus entsendet worden ist, so kann diese Thatsache an meiner soeben ausgesprochenen Ansicht durchaus nichts ändern. Noch viel entschiedener aber würde ich und werde ich mich eventuell im Namen der Deutschnationalen dagegen verwahren, im Falle es einem getauften oder ungetauften Stammesgenossen des Herrn Dr. Zucker etwa auf der linken Seite dieses Hauses je einfallen sollte, hier im Namen der deutschen Nation seine Stimme zu erheben. Auch können wir . . . . . .

Präsident (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Abgeordneten, derartige Sachen hier nicht vorzubringen und Niemanden den Vorwurf zu machen, daß er dieser oder jener Confession angehört.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer** (fortfahrend): Ich begreife wohl, daß die Judenfurcht bereits in die höchsten Kreise hinaufgedrungen ist; was aber unseren verehrten, bejahrten Herrn Präsidenten veranlaßt, sich zu fürchten, daß ich in abfälliger Weise gegen die

Juden sprechen werde, ist mir unerfindlich (Bravo! Bravo! und Heiterkeit auf der äußersten Linken).

Wir können auch, und das muß ich grundsätzlich vorausschicken, jene auf Irrwege gebrachten Deutschen nur auf das aufrichtigste beklagen, die da der Ansicht sind, daß, wenn nur der Fremdling, ob er nun Jude, Neger, Chinese oder Singhalese ist, deutsch sprechen lernt, confessionslos wird, oder sich christlich taufen läßt, er dann als deutscher Bruder freundlich zu begrüßen ist. Der Abgeordnete Zucker hat am Schlusse seiner gestrigen Rede zur Versöhnung und Verständigung gemahnt. Nun, meine Herren, wenn dies so gemeint wäre, daß etwa Herr Zucker im Namen der Tschechen und etwa der Herr Abgeordnete Dr. Jaques im Namen der Deutschen miteinander sich verständigen sollen (Heiterkeit auf der äußersten Linken), so bezweifle ich allerdings nicht, daß diese zwei Herren sich im Laufe der Zeit einigen werden. (Heiterkeit auf der äußersten Linken.) Ob aber die Interessen der Tschechen einerseits und der Deutschen andererseits dabei nicht empfindlich dauernd Schaden leiden und dabei nur gewisse internationale Interessen ihre Förderung finden würden (So ist es! auf der äußersten Linken), diese Frage überlasse ich getrost den Herren selbst zur Beantwortung. (Sehr richtig auf der äußersten Linken.)

Ich habe mir heute übrigens nicht die Aufgabe gestellt, mich mit dem genannten gestrigen Vorredner allein zu beschäftigen, sondern ich habe mir vielmehr vorgenommen, mich bei Besprechung der socialen Frage in erster Linie mit der Gesammtheit der jüdischen Nation zu befassen. (Heiterkeit auf der äußersten Linken.) Da nun bekannt ist, daß vor wenig Tagen das hohe Reichsgericht den Gemeinden das Recht der freien Meinungsäußerung bestätigt hat, so muß ich denn doch hoffen, daß mir als Volksvertreter im Parlamente dieses Recht heute nicht verkürzt werden wird (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken), wie dies schon wiederholt gegenüber meiner Person in- und außerhalb des Hauses geschehen ist. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Ich muß auch heute ganz entschieden Anlaß nehmen, von unserem deutschnationalen Standpunkte aus mich gegen die jetzt von verschiedenen Seiten so entschieden betonte und vielleicht auch geplante Zweitheilung Böhmens auszusprechen: Einer solchen Theilung müßte nach unserer Ansicht die Zweitheilung weiterer Länder, zum Beispiele Kärntens und Steiermarks oder anderer theilweise gemischtsprachiger Länder mit Naturnothwendigkeit nachfolgen (Ganz richtig! auf der äußersten Linken), und nicht nur die nationale Solidarität aller Deutschen in Oesterreich, sondern auch der einheitliche Charakter der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs würden dadurch ganz empfindlich geschädigt werden. (Ganz richtig! auf der äußersten Linken.) Ich habe mir nun im Einvernehmen mit meinen Parteigenossen im Verbande der Deutschnationalen und im Einverständnis mit unseren engsten Gesinnungsgenossen außerhalb dieses Hauses heute das Wort erbeten, um neuerdings unser Programm öffentlich zu vertreten, und zwar heute insbesondere jenen wesentlichen Theil desselben, welcher

sich auf die so dringend nothwendigen Reformen auf wirtschaftlichem und socialem Gebiete bezieht.

Diese angestrebten, und wie wir meinen, echten volksthümlichen Reformgesetze sind auch — und wir halten uns dies stets gegenwärtig — für unsere nationalen Bestrebungen von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Grundlagen aber zu solchen socialpolitischen Reformmaßregeln liegen nach unserer Meinung speciell erstens, in einem zu schaffenden Schutze gegen die Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Presse; und zweitens, in der Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten der Verwaltung, Gesetzgebung und des öffentlichen Lebens überhaupt.

Vor allem aber muß ich namens der Deutschnationalen es betonen, daß wir stets mit Stolz dessen eingedenk sind, Glieder eines großen Volkes zu sein, und daß wir als solche die heilige Pflicht in uns fühlen, für die Wohlfahrt und Macht, für die Sicherung der nationalen Eigenart und für den Schutz des nationalen Lebens des deutschen Stammes in Oesterreich jederzeit und unentwegt einzustehen. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.) Wir Deutsche in Oesterreich sind gewiß verpflichtet, den uns mitten unter Slaven zugewiesenen Wachtposten zu halten, dessen eingedenk, daß die deutschen Brüder im Reiche für unsere Nation gegen den Feind im Westen wiederholt gekämpft und geblutet haben. Gewiß wird man aber auch im Reiche, wir hoffen es, sich stets dieses unseres verantwortungsvollen Postens erinnern und die schwierige Stellung begreifen, die wir in der Ostmark einnehmen. Uebrigens hegen wir die Ueberzeugung, daß die Mutter Germania eine an die Deutschen in Oesterreich herantretende Bedrängnis gewiß beachten werde, denn zu den Früchten des unsterblichen Erntetages, der zu Sedan statthatte, kann es doch nimmermehr gehören, der acht Millionen deutscher Stammesbrüder im Falle etwaiger Drangsale zu vergessen. Wir werden aber auch insbesondere angesichts des ungestümen Vordringens des Slaventhums auf altem deutschen Sprachboden es nie vergessen, daß die deutschen Länder Oesterreichs lange Zeit einen Bestandtheil Deutschlands gebildet haben, und betrachten wir es daher als unsere nationale Pflicht, die bestehende Bundesgenossenschaft zwischen Deutschland und Oesterreich staatsrechtlich und auch durch wirthschaftliche Gesetze dauernd zu befestigen, damit der bestehende Bund organisch fest zusammenwachse. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Bezüglich unserer inneren Politik wiederhole ich auch noch jenen wesentlichen Punkt unseres Programmes, welcher lautet (liest): „Damit der maßgebende Einfluß der Deutschen in Oesterreich für die Zukunft gesichert und unberechtigte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs mit Erfolg zurückgewiesen werden können, verlangen wir, daß den Ländern Galizien und Bukowina eine Sonderstellung eingeräumt und daß Dalmatien, welches staatsrechtlich zu den Ländern der ungarischen Krone gehört, auch thatsächlich von Ungarn verwaltet

werde. Ferner verlangen wir, daß bei der bevorstehenden Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn zur Wahrung der Interessen der diesseitigen Reichshälfte der Dualismus durch die Personal-Union ersetzt werde.

Wenn wir nun von socialpolitischen Reformen sprechen, so gedenken wir als Deutschnationale in erster Linie stets des greisen Kaisers der Deutschen und seines großen Kanzlers und mit Begeisterung erfüllt uns seine Thronrede vom November 1881, worin er vom deutschen Kaiserthrone aus, bahnbrechend für die ganze civilisirte Welt, als ein Vermächtnis an die deutsche Nation es ausgesprochen hat, daß die Heilung socialer Schäden auf dem Wege der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter gesucht werden muß, daß auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, der Gesammtheit gegenüber einen begründeten Anspruch in höherem Maße auf die staatliche Fürsorge haben, als ihnen bisher zutheil hat werden können, und daß es eine der höchsten Aufgaben eines auf dem sittlichen Fundament des Christenthums basierenden Staates ist, die rechten Mittel und Wege dazu zu finden. — Und wenn auch wir Deutschnationalen diesen echt volksthümlichen Grundsätzen in Oesterreich nachstreben, so kann es uns nur Freude bereiten, daß wir gerade auch deshalb zum Gegenstande des Hasses seitens der semitischen Nomaden und aller Anhänger der Moral der Wüste geworden sind. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Wenn nun die verewigte vereinigte Linke (Heiterkeit auf der äußersten Linken) im April 1885 in ihrem Rechenschaftsberichte es öffentlich betont hat, daß sie „die eines civilisierten Volkes unwürdige sogenannte antisemitische Bewegung" (Hört! auf der äußersten Linken) auf das Entschiedenste verdamme, so haben wir Deutschnationale zu gleicher Zeit damals, am 1. Mai 1885, in unserem mit Tausenden von Unterschriften aus den verschiedensten deutschen Ländern bedeckten Wahlaufrufe es laut betont, daß die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerläßlich sei. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Im Gegensatze nun zu den Herren im deutschen und deutschösterreichischen Club betrachten wir Deutschnationale denn auch bekanntlich den Antisemitismus nicht als ein bedauerliches Symptom oder als eine Schmach, sondern vielmehr als einen Grundpfeiler des nationalen Gedankens, als Hauptförderungsmittel echt volksthümlicher Gesinnung, somit als die größte nationale Errungenschaft dieses Jahrhunderts. (Beifall auf der äußersten Linken. — Gelächter.)

Durch diesen Antisemitismus wird eben auch im Laufe der Zeit jeder belehrt werden, es als nationale Pflicht zu betrachten, sein eigenes Volk zu lieben über alles in der Welt.

Wir betrachten jeden als Abtrünnigen von seinem Volke, von seiner Nation, der das Judenthum und dessen Agenten und Genossen wissentlich unterstützt.

Tief bethört durch das Lügengewebe der in jüdischen Händen befindlichen zahlreichen Zeitungen hat ein Theil unseres Volkes sich bereits zur Förderung jüdischer Sonderinteressen mißbrauchen lassen und so in Unwissenheit gegen sich selbst gewüthet. Bethört durch Phrasen von Fortschritt und Freiheit hat es Männer unterstützt, die dieses Vertrauen in unverantwortlicher Weise mißbraucht haben. Kürzlich hat ein Jude in einer gegen mich gerichteten Flugschrift sich — zu unserer großen Erheiterung allerdings — darüber aufgehalten, daß meine Reden in verschiedenen Orten mit gleich stürmischem Beifalle von Hunderten und Tausenden aufgenommen worden sind und ferner hat er sich darüber aufgehalten, daß ich Reden desselben Inhaltes an verschiedenen Orten halte (Heiterkeit auf der äußersten Linken).

Ich benütze heute die Gelegenheit, um öffentlich zu erklären, daß ich die Absicht habe, noch hundert und aber hundertmale über die Schädlichkeit des Judenthums in derselben Weise wie bisher allerorten meine Stimme solange zu erheben (Beifall auf der äußersten Linken), bis der Inhalt der Reden „St. Georg von Zwettl", wie mich die Flugschrift nennt, zum Gemeingute des größten Theiles des deutschen Volkes in Oesterreich werden wird,

Es gibt nun bekanntlich Parteien, die vorgeben, die Corruption überall dort, wo sie sich findet, zu bekämpfen, und Mitglieder solcher Parteien sollen sich sogar schon soweit vorgewagt haben, daß sie gesagt haben, sie seien bereit, die Corruption auch dann zu bekämpfen, wenn solche von Juden ausgeht oder von solchen gefördert wird. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir nun aber behaupten, daß die Corruption nur dann überhaupt mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann, wenn der Hauptträger der Corruption — und das sind unstreitbar die Juden und das Judenthum — in erster Linie bekämpft und gesetzlich in enge Schranken zurückgewiesen wird (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Wer wollte leugnen, daß zum Beispiele in dem Hauptherde der modernen Corruption, also in der öffentlichen Zeitungspresse, die Beförderer und Hauptträger die Juden sind!

Ich bitte, meine Herren, ich habe so viel Achtung vor jedem von Ihnen, daß ich glaube, nicht einer unter Ihnen wird es wagen, das Gegentheil von diesen meinen Worten behaupten zu wollen. (Nach einer Pause): Das Stillschweigen spricht genügend für meine Ansicht (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn es nun leider allerdings auch thatsächlich verjudete Christen gibt — das geben wir auch zu — so bemerke ich, daß diese Bezeichnung selbst sagt, daß diese Christen oder wie wir zu sagen pflegen, diese Nichtjuden durch die Verjudung keine Christen mehr geblieben sind. Statistisch und geschichtlich nachweisbar ist aber gewiß die Thatsache, daß bei den Juden die schlechten, volksausbeuterischen Eigenschaften die Regel sind, daß hingegen bei den

Christen, oder, wie ich sage, bei den Nichtjuden diese schlechten Eigenschaften nur ausnahmsweise vertreten sind und daß diese höchst bedauerlichen Ausnahmen gewiß noch geringer wären, wenn nicht das böse jüdische Beispiel die guten Sitten mancher Nichtjuden verdorben hätte.

Meine Herren! Auf alle festen Kernpunkte und Stützen des nationalen und staatlichen Lebens haben es die jüdischen Unterwühler der Gesellschaft bekanntlich abgesehen. Das internationale, beutegierige Judenthum hat thatsächlich auch bereits seine Krallen in den hehren Leib des germanischen Volkes eingeschlagen; wir aber sind der Meinung, dieser Raub wird ihm nicht zutheil werden, denn der unverfälschte germanische Geist ist bereits aus seinem Winterschlafe erwacht und ist bereit, zur That zu schreiten (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken). Wir Deutschnationale sind stolz darauf, den ganzen Haß aller corrupten Elemente auf uns gerichtet zu sehen und aus jedem der von den verschiedensten Parteien gegen uns veranstalteten Kesseltreiben sind wir stets gestärkt und an Zahl vermehrt hervorgegangen.

Wir sind und bleiben daher auch für alle Zukunft die Partei der nationalen thatkräftigen Erziehung unseres Volkes und wir dulden auch bekanntlich keine unlauteren Strebernaturen in unseren Reihen und in unserer Mitte. Wir, von der jüdischen Presse als „geistes-krank" bezeichneten Deutschnationalen, stehen bezüglich der Judenfrage auf dem Standpunkte, den ja alle wahrhaft national gesinnten bedeutenden Männer der deutschen Nation festgehalten haben und ich citiere, um nur Eines zu erwähnen, eine treffende Aeußerung des vor kurzem verstorbenen, vielgefeierten deutschen Dichters Victor von Scheffel, lautend:

„Die Abneigung der germanischen Völker gegen die Semiten beruht nicht auf der Verschiedenheit von Religion und Dogma, sondern auf der Verschiedenheit des Blutes, der Rasse, der Abstammung, der Volks-sitten und der Volksgesinnung."

Ich glaube, daß dieser Anschauung jeder zustimmen muß, der darauf Anspruch macht, ein treuer Sohn seines Volkes sein zu wollen. (Abgeordneter Türk: „Dann ist Scheffel auch ein Schandfleck dieses Jahrhunderts!")

Ich frage nun: ist es etwa ein Zufall, daß in Stadt- und Landbezirken immer mehr antisemitische Stimmen bei den Wahlen abgegeben werden? Sind es etwa wirkliche Zeichen mittelalterlicher Barbarei, wenn die Wahlen immer antisemitischer ausfallen werden? Haben diejenigen, die das behaupten, nie etwas von den Aasvögeln des Bauernstandes, nie etwas von jenem Gelichter erfahren, gehört oder gelesen, welches das ehrsame Handwerk zugrunde richtet, und welches die hungernden Arbeiter am Gängelbande führt? Es ist natürlich sehr bequem und leicht, uns confessionelle Unduldsamkeit vorzuwerfen und nachzusagen und seitens der Juden sehr bequem, sich stets als Secte, als Confession dort zu vertheidigen, wo sie

offen als Rasse, als Nation und als wirthschaftlich und social gefährlicher Factor angegriffen werden.

Es ist ein heller Blödsinn, die Juden nur wegen des Glaubens anzugreifen, und wer behauptet, daß wir die Juden wegen ihrer Religion bekämpfen, gehört zu jenen armseligen Leuten, welche gewohnt sind, sich jeder Confession und jeder Nationalität anzunehmen, die aber stets ihrer eigenen Nation vergessen. Unser Antisemitismus richtet sich nicht gegen die Religion, sondern gegen die Rasseeigenthümlichkeiten der Juden, die sich weder unter dem früheren Drucke, noch unter der jetzigen Freiheit geändert haben; vielmehr zeigen sich die Juden bekanntlich seit der Emancipation übermüthiger, hartherziger, ausbeutungssüchtiger und schadenfroher als je, und überall sehen wir sie im Kampfe gegen die bestehenden staatlichen Ordnungen, überall im Bunde mit den Elementen des Umsturzes und bemerkenswerther Weise auch in jenen Ländern, wo sie es zu einem enorm schnellen materiellen Emporblühen gebracht haben. Unser nationaler Antisemitismus ist also nicht das Erzeugnis confessioneller Unduldsamkeit, vielmehr ein unzweideutiger Beleg eines im Selbstgefühle erstarkenden Volkes, eines sich kräftigst äußernden Nationalgefühles, und es muß daher der Antisemitismus von jedem treuen Sohne seiner Nation — ich wiederhole dies — als der größte Fortschritt in diesem Jahrhundert betrachtet werden.

Unter ungehemmten Fortbestande des Einflusses jüdischer Ideen und Grundsätze müßten auch so manche Deutsche allerdings bis in das Mark der Knochen immer mehr der Verjudung zufallen, und infolge dessen zu jenem Gefühle von Vaterlandslosigkeit herabsinken, in welcher man die Pflichten und Gefahren des nationalen Lebens anderen überläßt, um nur selbst ungestört der eigenen Selbstsucht leben zu können.

Ich muß auch noch bemerken, daß wir Deutschnationale von unserem nationalen Standpunkte aus nur jene Gleichberechtigung anerkennen können, die der deutschen Nation keinen Schaden zu bringen vermag, wogegen bekanntlich die Deutschclerikalen und Deutschliberalen für die Gleichberechtigung, zum Beispiel der Juden, auch dann eintreten, wenn das Deutschthum darunter Schaden leidet.

Nach Ansicht gewisser liberaler Herren darf man als Deutscher bekanntlich wohl Antitschech, beileibe aber nicht Antisemit sein, und doch ist es Thatsache, daß die Tschechen uns der Abstammung nach bei weitem nicht so fernestehen, als dies bei den Semiten der Fall ist. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Und ich betone neuerdings öffentlich, daß uns im Kampfe gegen das alles zersetzende Judenthum auch die Kampfgenossenschaft des Slaven und Romanen jederzeit willkommen sein muß.

Die Judenpresse versteht es allerdings meisterhaft, die Bedrängnis der Deutschen durch die Slaven zugunsten des auserwählten Judenvolkes und seiner Herrschaft auszunützen, indem sie das Schlagwort in die Masse wirft, daß wir Deutsche die jüdischen Bundesgenossen brauchen, um uns der Slaven zu erwehren. Wir Deutschnationale

aber sagen: „Wenn das deutsche Volk in Oesterreich oder anderwärts wirklich ohne die Mithilfe der Juden — dieser so überaus gefährlichen und unzuverlässigen Bundesgenossen — sich nicht mehr zu retten im Stande wäre, dann ist es werth, daß es zugrunde gehe." (Sehr gut auf der äußersten Linken.)

Nach dem hie und da üblichen Sprachgebrauche spricht man bekanntlich oft kurzweg von tschechischen, polnischen, deutschen, französischen Juden. Darunter versteht aber unser Volk nicht, daß diese Juden etwa Franzosen, Tschechen, Polen oder Deutsche seien, sondern in unseren Volkskreisen weiß man vielmehr genau, daß diese Juden eben in Frankreich, Deutschland oder in anderen Staaten das Staatsbürgerrecht oder Gastrecht genießen, nicht aber, daß diese Juden der französischen, deutschen oder einer anderen Nation angehören, was thatsächlich auch eine Unmöglichkeit ist.

In Volkskreisen sagt man daher bekanntlich auch mit Recht: „Jud bleibt Jud, und zwar auch dann, wenn er sich taufen läßt" (Heiterkeit). Es kommt ja thatsächlich vor und dies wird auch von dem schon früher erwähnten Herrn Vorredner von gestern, der bekanntlich der jüdischen Nation angehört, nicht geleugnet werden, daß von Brüdern, das heißt Söhnen eines und desselben jüdischen Ehepaares wenn letzteres, sagen wir z. B. nach Böhmen in eine tschechische Gemeinde vor langer Zeit eingewandert ist, dort gewohnt oder vielleicht sogar die Zuständigkeit erlangt hat, daß also von solchen Brüdern aus einer jüdischen Familie in einer tschechischen Ortsgemeinde im Laufe der Zeit — es sind dies Dinge, die sich wiederholt ereignet haben — der eine z. B. nach Paris, der andere nach Wien oder Berlin, der dritte vielleicht nach Prag, an die tschechische Universität, studiren geht, daß sich dann der Eine z. B. in Frankreich, der Andere in Deutschland oder sonstwo, sagen wir als Advocat oder Professor natürlich nach Erwerbung des dortigen Staatsbürgerrechtes, niederläßt und daß sie sich dann häufig bei passender Gelegenheit auf Deutsche, Franzosen oder Slaven hinausspielen. Das sind Thatsachen, meine Herren, die wieder Niemand von Ihnen wird leugnen können.

Unserem Volke aber mit seinem gesunden nationalen Sinne werden Sie es niemals, auf die Dauer wenigstens nicht, weiß machen können, daß aus ein und derselben Judenfamilie stammende Kinder etwas anderes als eben wieder Juden sein können (Heiterkeit), daß aus denselben jemals etwas anderes als immer wieder Juden werden können, wenn sie auch vielleicht im Interesse ihres Fortkommens zumeist sich verschiedene Sprachen aneignen, wenn sie sich auch in dem einen Falle confessionslos erklären, oder in einem anderen Falle sich taufen lassen.

Geehrte Herren! Nicht um Werthe anzuhäufen, haben sich unsere Vorfahren geopfert und haben sie auf den Schlachtfeldern geblutet, sondern um uns ein Vaterland zu hinterlassen. Den unaufhörlich aufgeregten Semiten aber hat es gefallen, die Grundlagen der alten Gesellschaft zu zerstören; sie haben die sociale Frage in ihrer jetzigen erschreckenden Gestalt geschaffen und auf ihren Leibern wird sie denn

auch zum Austrage gelangen. Daß hie und da die Juden von dem, was ihnen bevorsteht, schon eine Ahnung haben, können aufmerksame Politiker tagtäglich beobachten und wahrnehmen. Unbestreitbar ist es, daß, wenn Mitglieder des Bauern-, Gewerbe- und Arbeiterstandes in ihrer Existenz gesetzlich ausreichend geschützt sind und ihr gesichertes, dauerndes, entsprechendes Auskommen haben, dann auch die Mitglieder aller anderen Stände, natürlich insoweit dieselben überhaupt eine Existenzberechtigung haben, sich in bleibenden sicheren Verhältnissen werden befinden können.

Die Gesetzgebung hat nach unserer Meinung die heilige Pflicht und die Regierung ist berufen, speciell an der Hand der Statistik die Initiative zu ergreifen und die entsprechenden Vorschläge zur Hintanhaltung der weiteren Verjudung, — nicht nur in wichtigen Ständen — ich nenne da zum Beispiele nur: Professoren, Schriftsteller, Advocaten, Künstler, Aerzte — sondern auch die Verjudung in weiteren Volkskreisen durch die verkommene semitische Presse, — zu machen, und zwar muß dies bald geschehen, bevor es zu spät wird und bevor das von den Juden, von den semitischen Ausbeutern bedrückte Volk zur Selbsthilfe zu greifen gezwungen ist.

Es ist auch — ich muß dies von unserem Standpunkte heute wieder betonen — hoch an der Zeit, daß das krankhafte Herandrängen zu den gelehrten Berufsständen verringert werde und die Sucht der Städte nach Gründung von überwiegend höheren Schulen nachlasse, denn mit viel mehr Recht soll nach unserer Meinung das Augenmerk auf eine weniger äußerliche und umfassende, als vielmehr auf eine innerlich bessere und abgerundetere Bildung gerichtet sein, durch welche den Mittelclassen des Volkes das widerstandsfähige Rüstzeug für den Kampf im Leben gegeben werden soll. Ich habe bekanntlich gelegentlich der Debatte über die Verlängerung der Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte in Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt in der Sitzung vom 23. October 1885 hier constatiert, daß ein Jude, nämlich mein Vorredner von gestern, der Abgeordnete Dr. Zucker, für dieses Ausnahmsgesetz hier in einer Rede warm eingetreten ist. Vom jüdischen Standpunkte aus scheinen also, wenn ich logisch folgern will, Ausnahmsgesetze grundsätzlich nicht verwerflich zu sein — natürlich nur gegen die Juden dürfen solche Gesetze nicht gerichtet werden; das ist die Meinung dieser Herren wenigstens. Ich muß nun für meine Person immer staunen, daß man heutzutage glaubt, durch Ausnahmsgesetze gegen Socialisten oder Anarchisten dauernd nützliches ausrichten zu können.

Solche Gesetze könnten nach meiner Meinung erst dann etwas nützen, wenn strenge Ausnahmsgesetze vorerst gegen die Urheber des Anarchismus und des Nihilismus, nämlich gegen die Juden, geschaffen und diese Gesetze auch strenge gehandhabt sein werden.

Wenn man in früherer Zeit — und ich glaube nicht mit Unrecht — im Volksmunde sagte: „Der Pfaffensäckel ist bodenlos", so sagt man heute nach meiner Meinung mit noch weit mehr Recht: „Der Judensäckel ist wie des Grabes Schoß" (Heiterkeit).

Betrachten Sie, wie unser arbeitendes Volk einerseits immer ärmer wird, und wie der Reichthum anderseits in der Hand einzelner Juden rapid anwächst und wie in wenigen Jahrzehnten eine einzige Familie, wie zum Beispiele die Familie Rothschild, ihren Reichthum, wie behauptet wird, nach Hunderten von Millionen zu zählen in der Lage ist.

Man spricht nun wiederholt von sogenannten Ausnahmsjuden. Nun, meine Herren, darauf antworte ich ganz offen, wie ich es gewohnt bin, wenn auch dies wieder in manchen Ohren unangenehm klingen wird: Es mag auch unter dem Volksstamme der Menschenfresser Ausnahmen geben. (Lebhafte Heiterkeit.) Werden wir aber wegen dieser etwaigen Ausnahmen diesen Stamm einer schonenden Behandlung unterziehen? (Heiterkeit auf der äußersten Linken.) Ich glaube nein!

In unserer bekannten „Geisteskrankheit" vermeinen wir, daß unsere Bestrebungen auf wirthschaftlichem und socialem Gebiete volksthümlich sind. Sie werden aber bekanntlich in erster Linie stets von jenem Auswurfe von Schriftstellern bekämpft, wie er uns tagtäglich in dieser ekelhaften verkommenen Judenpresse vor die Augen tritt. Diese alles Edle, Gute und Schöne begeifernde Geld-für-Alles-Presse, die mit dem Instincte eines feigen Raubthieres die Mittel und Wege kennt, wie sie die Opfer ihrer Gier in ihre Klauen bringt, diese Presse, die mit schonungslosem Terrorismus gegen alle echt nationalen und volksthümlichen Bestrebungen auftritt sie ist bereits längst zum Gegenstande vollster Verachtung jedes anständigen Menschen geworden. Und auch hier lasse ich eine Pause eintreten und warte, ob sich ein Abgeordneter findet, der mir da ein entschiedenes lautes „Nein" entgegenrufen wird. (Nach einer Pause:) Ich bitte, hat jemand „Nein" gerufen? (Heiterkeit). Unsere Gegner sprechen viel und oft, besonders in Zeitungen von der Solidarität der Deutschen in Oesterreich. Wir geben nun selbstverständlich zu, daß eine Solidarität der Deutschen in Oesterreich unbedingt nothwendig ist; aber meine Herren unter nationaler Flagge muß dies geschehen. Eine Solidarität der Deutschen in Oesterreich etwa unter jüdisch-liberaler oder clerikaler Führung müßte denn doch und könnte nur eine widernatürliche sein und niemals einen nationalen Charakter an sich tragen.

Uebrigens sind wir speciell, wir fünf vom „Verbande der Deutschnationalen", nicht gesonnen, eine Belehrung über die Solidarität von Jenen anzunehmen, welche in den wichtigsten Fragen bei der Abstimmung, wie zum Beispiel beim Wehrgesetze, bei der Grundsteuerregulirung und bei der Nordbahnfrage aus dem Sitzungssaal hinaus verduftet sind oder sogar gegen die Interessen der Deutschen gestimmt haben. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Daß unter unseren Gegnern Manchesterliberale, Juden und ihre Genossen und eine gewisse Sorte von Clerikalen eine Rolle spielen, ist bekannt. Die Manchesterliberalen führen bekanntlich stets Phrasen von der Heiligkeit des Eigenthums im Munde, verstehen aber darunter jenes judenliberale Erwerbsrecht, welches ungestört mittelbare Eingriffe

in das Eigenthum Anderer gestattet und unter unseren clerikalen Gegnern ist jene Sorte uns am feindlichsten gesinnt, die unter Religion nichts anderes verstehen, als eine Polizeimaßregel zur Zügelung Derer, die nach ihrer Meinung berufen sind, auf dieser Welt für die besitzenden Classen zu arbeiten, um in einer anderen uns unbekannten Welt den Lohn dafür zu empfangen. (Sehr gut!) Wir sind als Deutschnationale selbstverständlich erbitterte Gegner des doctrinären Liberalismus, weil er uns den internationalen, zumeist jüdischen Geldmächten unterordnen will.

Ebenso entschieden bekämpfen wir den Clerikalismus, weil er uns in das Joch einer herrschsüchtigen antinationalen Hierarchie hineinzwängen will. Unsere Parole lautet daher: Nicht liberal, nicht clerikal, sondern national! Worte, welche für den aufmerksamen Politiker in den so viel verlästerten Alpenländern bereits zahlreich aus Bauernkreisen ihnen entgegentönen.

Wenn wir nun zu der gegenwärtigen deutschfeindlichen und judenfreundlichen Regierung (Gelächter) kein Vertrauen haben können, so will dies durchaus nicht heißen, daß wir uns vielleicht nach der Rückkehr zu einer judenliberalen oder sogenannten verfassungstreuen Herrschaft sehnen; denn die Behauptung, daß eine Herrschaft der Verfassungspartei gleichbedeutend sei mit einem echten und wirklich deutschen Regime, ist doch längst allerorten als Irrthum und Ironie erkannt worden (Sehr richtig! auf der äußersten Linken), und zwar deshalb, weil bekanntlich unter der Herrschaft der Verfassungspartei der glorreiche Name der deutschen Nation in Zusammenhang gebracht wurde mit Vergewaltigung, mit Börsenliberalismus und mit semitischem Jobberthum (Richtig! auf der äußersten Linken), und es ist eine unleugbare Thatsache, daß mancher Name sogenannter verfassungstreuer Größen auf den schwärzesten Seiten der wirthschaftlichen Geschichte Oesterreichs zu finden ist. (Bravo! auf der äußersten Linken.) Ich erinnere nur an die Gründerperiode und das, was drum und dran hängt.

Thatsache ist ferner, daß unter diesen angeblich deutschen verfassungstreuen Regierungen das Wort „deutschnational" überhaupt nicht laut betont werden durfte und wurden damals bekanntlich alle möglichen Mittel angewendet, um die Deutschnationalen mundtodt zu machen. Zur Kennzeichnung liberaler, verfassungstreuer Minister genüge es, daran zu erinnern, daß ein solcher Minister, ich nenne den Namen Stremayr, es war, welcher die mit vollem Rechte von dem Deutschen bekämpfte Sprachenzwangsverordnung für Böhmen vom 19. April 1880 hinausgegeben hat. Warum wird denn dieser Urheber der Sprachenverordnung von dem Deutschösterreichischen Club in den glänzenden Reden niemals erwähnt? Diese Sprachenzwangsverordnung wird, und das mit vollem Rechte bekämpft, aber der Urheber wird immer und immer verschwiegen, anstatt daß man ihn öffentlich als Abtrünnigen brandmarken sollte, wie er es verdient. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Man will aber behaupten, daß doch oder vielleicht trotzdem der genannte Minister Stremayr heute noch als Gesinnungsgenosse mancher Herren vom Deutschösterreichischen Club, als Parteigenosse betrachtet wird und doch war er der Vorkämpfer für

die mit Recht bekämpfte, berüchtigte, vom tschechischen Minister Pražak ausgegangene Sprachenzwangsverordnung vom 23. September 1886. Auch wieder eine Thatsache, die von Niemanden als unrichtig bezeichnet und mit Nein beantwortet werden kann.

Wir sind alle der Ansicht, daß das, was den liberalen Regierungen nicht gelingen konnte und was den jetzigen sogenannten Versöhnungsministern oder Politikern nicht gelingt, die Juden zuwege bringen werden, nämlich die Einigung aller arischen Völker Oesterreichs, und zwar zu dem Zwecke, um den Juden den Laufpaß zu geben. (Gelächter. — Bravo! auf der äußersten Linken.)

Die Heiterkeit, meine Herren, bei ernsten Anlässen in diesem hohen Hause zu erleben, bin ich ja gewöhnt, daß sie aber bei solchen Angelegenheiten nicht am Platze ist, das werde ich Ihnen beweisen, wenn ich meine Preßreformanträge begründen werde, wenn ich den Antrag stellen werde auf Ausweisung und Nichtniederlassung ausländischer Juden, Anträge, die bereits heute von mit zehntausenden von Unterschriften versehenen Petitionen unterstützt werden. Warum, meine Herren, treten Sie uns nicht mit ähnlichen und schlagenden Argumenten gegenüber? Man sagt, wir seien hier eine kleine Schaar. Ich sage, das ist richtig, aber ein unverhältnismäßig großer Theil des deutschen Volkes in Oesterreich steht hinter uns. — Wenn wir nun für wirthschaftliche und sociale Reformen eintreten, so haben wir in Oesterreich auch stets die Aufgabe, im Interesse unserer einheimischen Production, besonders auf gewerblichem und auf industriellem Gebiete, unsere Blicke stets mehr nach dem Südosten zu richten. Eine kräftige volkswirthschaftliche Initiative in Bezug auf unsere Orientpolitik ist auch mit Rücksicht auf das gedeihliche Zusammenwirken mit dem Deutschen Reiche nach unserer Meinung unerläßlich, und für uns Deutsche in Oesterreich ist auch aus nationalen Gründen die Erweiterung des Gebietes für lohnende Arbeit von höchster Bedeutung und unbedingt nothwendig. Es muß nach unserer Meinung Gelegenheit zu lohnender Arbeit für die genannten Productionszweige geschaffen werden, und auf dieser Pflicht des Staates beruht ja bekanntlich Bismarcks Wort vom „Rechte auf Arbeit". Ich habe ja jederzeit mich bemüht, darauf hinzuweisen, daß eine Vermehrung der wirthschaftlichen Kraft stets auch eine Erhöhung des nationalen Gewichtes bedeutet, und darauf müssen wir als Nationale selbstverständlich stets auch den Schwerpunkt verlegen. Sowie nun für den Bauernstand, so muß auch nach unserer Meinung für den österreichischen Gewerbestand, für den nicht-jüdischen Kaufmann und Industriellen eine Vermehrung seiner wirtschaftlichen Kraft geschaffen werden, um dadurch ein Loch in das Joch des internationalen Judenthums brechen zu können, und Sache unserer Regierung wäre es auch, Hand in Hand mit der Regierung des Deutschen Reiches endlich die Zollschranken aufzuheben, welche die österreichischen Länder rückwärts unterbinden und von ihrem natürlichen Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, abschließen.

In Erinnerung will ich bringen, daß der gegenwärtige Kaiser von Oesterreich es war, der vor mehreren Jahrzehnten es aus-

drücklich betonte, daß er an der Zolleinigung mit Deutschland festhalten wolle und der gegenwärtige Minister des Aeußern hat bekanntlich in den Delegationen wiederholt es betont, daß beiderseits, also in Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reiche, an dem Programme der wirthschaftlichen Einigung beider Reiche festgehalten werde.

Was nun einen wichtigen Bestandtheil des Mittelstandes, nämlich den Gewerbestand betrifft, so wird demselben leider heutzutage in vielen Kreisen nicht mehr jene Bedeutung zuerkannt, die er doch verdient. In früherer Zeit sprach man oft von drei Hauptständen in der menschlichen Gesellschaft, und zwar von einem Nährstande, einem Lehrstande und einem Wehrstande. Dazu ist in der sogenannten civilisirten, humanen und modernen Zeit der sogenannte Zehrstand als vierter Stand hinzugetreten. (Sehr gut! auf der äußersten Linken.) Ein Stand, dessen Mitglieder bekanntlich nicht säen und doch ernten, und auf welchen ganz merkwürdigerweise die sogenannte moderne Gesetzgebung sehr viel wohlwollende Rücksicht genommen hat. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Der nun durch die Gewerbefreiheit entfesselte Krieg Aller gegen Alle und die immer schrankenlosere Concurrenz richtete bekanntlich fürchterliche Verheerungen an, und doch ist der Schwerpunkt des deutschen Gewerbefleißes noch immer im Kleingewerbe und im seßhaften Handwerke gelegen, und müssen selbe pflichtgemäß gegen die nomadisirende Freibeuterei gesetzlich ausreichend geschützt werden. Erst kürzlich am 25. November 1886, hat der Deutsche Kaiser in seiner Thronrede in nachahmenswerther Weise gesagt (liest): „In voller Würdigung der Bedeutung des Handwerkerstandes für die allgemeine sociale Wohlfahrt, wird die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen werde, den berechtigten Interessen dieses Standes vollauf Rechnung zu tragen."

In derselben Thronrede des Deutschen Kaisers vom 25. November 1886 ist auch eine andere, sehr beachtenswerthe Stelle inbezug auf die Steuerreform enthalten, lautend (liest): „In der Erwägung, daß die Regierungen kein anderes Interesse haben, als das der Nation, verzichtet der Kaiser darauf, die eigene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der bisher vergebens erstrebten Steuerreform von neuem zur Geltung zu bringen, solange das Bedürfnis nicht auch im Volke zur Anerkennung gelangt sein und bei der Wahl seinen Ausdruck gefunden haben wird."

Bei uns will man bekanntlich weder in Parlaments- noch in Regierungskreisen ernstlich etwas von einer gerechten Steuerreform wissen, und wenn wir, wie dies bekanntlich durch den Abgeordneten Türk geschehen ist, einen Antrag auf Einführung einer progressiven Personal-Einkommensteuer einbringen, in welcher höhere Steuersätze für Renteneinkommen und niedrigere Steuersätze gerechter Weise für das Arbeitseinkommen statuirt sind, damit eine gerechte Steuerausgleichung möglich sei, so wird ein solcher Antrag bekanntlich ohneweiters nicht etwa sachlich erörtert und behandelt, sondern er wird nicht einmal dem Wortlaute nach zumeist veröffentlicht, er wird lächerlich gemacht und in der Presse der verschiedensten Parteien als undurchführbar bezeichnet.

Was nun den Arbeiterstand oder die Arbeiterfrage als einen sehr wesentlichen Bestandtheil der socialen Frage betrifft, so stehen wir bekanntlich auch hier auf dem Standpunkte der nationalen Wohlfahrtspolitik und haben diesbezüglich unsere Ansicht wiederholt durch Stellung von Anträgen in diesem Hause präcisirt und besonders Anträge gestellt auf Arbeiterversicherung, inbezug auf die Altersversorgung, inbezug auf die Reform der Fabriksgesetzgebung, inbezug auf die Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages, inbezug auf die Sonntagsruhe, inbezug auf das Wahlrecht der Arbeiter, inbezug auf die Organisation der arbeitenden Classen, inbezug auf die gesetzliche Feststellung eines menschlichen naturgemäßen Arbeitslohnes und inbezug auf den Rechtsschutz der Arbeiter. Allerdings haben manche dieser, wie wir vermeinen hochwichtigen Anträge nicht einmal die Unterstützung der erforderlichen Anzahl von zwanzig Abgeordneten hier gefunden.

Wir wollen eben bezüglich der Arbeiterfrage auch wieder umfassende gesetzliche Reformen eingeführt wissen, Reformen, durch welche den Arbeitern der Ertrag ihres Fleißes gesichert, und es ihnen ermöglicht wird, ein menschenwürdiges Dasein bis an ihr Ende fortführen zu können.

Leider aber — und das ist theilweise ein Hindernis in diesen Bestrebungen — leider nimmt der jüdische Einfluß in Arbeiterkreisen immer mehr und mehr thatsächlich überhand, und durch angebliche Führer, die nur in Folge der Unzufriedenheit der Masse überhaupt Einfluß gewinnen können und die sich willig den jüdischen Schlagworten unterwerfen, ist es möglich, daß die Arbeiter selbst vernünftigen Reformen öffentlich und wiederholt entgegengetreten sind. Und wenn man von judenliberaler Seite oft in der Judenpresse behaupten hört, daß bei den Arbeitern, wenn es ihnen auch thatsächlich nicht sehr gut gehe, doch wenigstens die nothwendigsten Lebensbedürfnisse gedeckt sind, so sagen wir — und ich habe auch dies schon an anderer Stelle öffentlich betont — daß die nothwendigsten Lebensbedürfnisse bekanntlich auch bei den schwarzen Negersclaven in den Zuckerplantagen im Süden von Nordamerika gedeckt waren. Diese sind aber Angehörige eines tief unter uns stehenden semitischen oder hamitischen Volkes. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Unsere einheimischen Arbeiter sind dagegen unsere Brüder (Lebhafte Zustimmung auf der äußersten Linken), und daher ist es Pflicht, daß wir dafür Sorge tragen, daß ihnen eine menschliche Existenz und der Ertrag ihres Fleißes durch die Gesetzgebung gewährleistet werde. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Ebenso wollen wir Deutschnationale auch stets mitwirken, daß ein anderer wichtiger Stand, ja der wichtigste Stand in unserem Staate, nämlich der Bauernstand, sich zur Bekämpfung jener Benachtheiligungen endlich einige und sammle, die ihm die wirthschaftliche Gesetzgebung in den letzten Jahrzehnten stetig zugefügt hat. Was nun den Bauernstand betrifft, so wird doch niemand leugnen wollen, daß die festeste Stütze einer Nation stets in erster Linie in einem an die Scholle gebundenen und auf selbe gestützten kräftigen Bauernstande besteht, aus welchem Stande bekanntlich alle anderen Stände

hervorgehen können, welcher Stand aber, wenn er einmal zugrunde gerichtet ist, auch von dem größten Staatsmanne der Welt nicht wieder in derselben Kräftigkeit wird geschaffen werden können. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Eine unleugbare Thatsache ist es nun heute, daß der Grundbesitz, und besonders auch der bäuerliche Besitz überschuldet ist, daß die Zersplitterung desselben in wirthschaftlich verwerflicher Weise überhandnimmt, und daß das internationale, zumeist jüdische Großcapital einerseits und der feudale Latifundienbesitz andererseits immer mehr bäuerlichen Besitz an sich bringt und denselben nach und nach aufsaugt.

Wenn der Bauer nun früher thatsächlich in der ganz unwürdigen Stellung eines Leibeigenen von feudalen Besitzern sich zumeist befand, so ist nach unserer Meinung seine heutige Stellung als Zinssclave des internationalen, zumeist jüdischen Großcapitales gewiß keine würdigere geworden. Heute hat er zu seinem seit Menschengedenken unwürdigen Zustande noch die Verhungerungsfreiheit als Zugabe bekommen. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Eine nicht sehr ehrsame Zukunft von Politikern stellt bekanntlich trotz der thatsächlichen Erscheinungen immer mehr in der Oeffentlichkeit den Satz auf, *das wirtschaftliche Gebiet solle frei sein von trennenden Schranken, die den Fortschritt hindern könnten.*

Wir Deutschnationalen sagen im Gegensatze dazu: *Die Erzeugung wirthschaftlicher Güter ist auch nur ein Theil der Lebensthätigkeit eines Volkes* und diese Erzeugung muß daher Rücksicht nehmen auf die nationalen Lebensinteressen dieses Volkes (Bravo! auf der äußersten Linken), und deshalb haben wir doch gewiß, weil wir auf diesem Standpunkte als Nationale stehen, ein Recht, einen sittlich-nationalen Maßstab anzulegen an das wirthschaftliche Raubritterthum, das die börseliberalen Fortschrittler mit dem schönen Namen: „freie Entfaltung der Kräfte" zu bezeichnen pflegen. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Der Grund und Boden muß nach unserer Meinung wieder werden, was er nach seinem Wesen immer hätte bleiben sollen: ein fester Stand für die Wurzel unseres Volksbaumes, nicht aber ein Zettelhaufen, der von Hand zu Hand geht, wie die Schwindelactien eines Börseunternehmers. Mit einem Worte: der Besitz soll wieder festgenietet werden an den Boden, und zwar durch das Gesetz.

Die Partei der Güterschlächter, oder sagen wir lieber: Güterschächter (Sehr gut! und Heiterkeit auf der äußersten Linken) — weil sie den bäuerlichen Besitz auf unnatürliche Weise zu Tode bringt und martert, — die Partei der Güterschlächter meint, Volksbildung sei das Universalmittel für den Bauer, *das heißt, sie nehmen ihm den Besitz und gönnen ihm Bildung dafür.* (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

Da ich schon das Wort „Güterschlächter" ausgesprochen habe, muß ich ganz kurz eine persönliche Angelegenheit in dieser Richtung berühren, die vielleicht doch eine principielle Bedeutung hat.

Es haben nämlich aus Anlaß eines in der von mir herausgegebenen Zeitschrift „Unverfälschte Deutsche Worte“ am 16. August 1886 erschienenen Artikels gegen die Güterschlächterei ein Advocat in Brüx und ein jüdischer Güterschlächter, namens Julius Dasch eine Ehrenbeleidigungsklage gegen mich als Herausgeber dieses Blattes überreicht.

Obwohl dieses hohe Haus bereits im October v. J. so gütig war, die Zustimmung zu meiner strafgerichtlichen Verfolgung zu geben, ist dieser Ehrenbeleidigungsproceß, welcher vor dem Schwurgerichte in Wien sich abzuspielen hat, noch immer nicht in das erste Stadium der Abwicklung getreten, indem die Kläger, wie man mir mittheilt, immer noch nicht recht anbeißen wollen. (Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ich erkläre nun heute öffentlich, daß ich auf der Durchführung dieses Processes unbedingt beharren und bestehen muß, damit es endlich einmal möglich werde, öffentlich, gerichtsordnungs- und actenmäßig das empörende Vorgehen der Güterschlächter bei Abschlachtung der Bauerngüter brandmarken zu können. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.)

Um nun auf die Förderung der Bildung kurz zurückzukommen, von der ich früher nur andeutungsweise sprach, bemerke ich, daß ich und meine Gesinnungsgenossen stets entschiedene Förderer einer zweckentsprechenden Schulbildung gewesen und bleiben wollen; wir bestreiten aber, daß eine gute Schulbildung allein, ohne gleichzeitige Schaffung und Anwendung wirthschaftlicher Schutzgesetze, den Bauer im Kampfe ums Dasein vor dem endlichen Zugrundegehen wird retten können. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.)

So viel weiß jedermann, daß es Jahrzehnte dauern wird, ehe alle Schulen entsprechend eingerichtet und ausgestattet sein können, und daß oft ein Menschenalter vergehen kann, bis die Kinder aus diesen Schulen zu Besitzern, zu Bauern herangewachsen sein werden. Bevor aber diese Zeit eintritt, meine Herren, kann der Bauernstand bereits vom Boden verdrängt sein und in den nun besseren Schulen wird dann ein besitz- und heimatloses junges Volk die Bänke füllen und diesem kann dann der betreffende Lehrer als geschichtliche Merkwürdigkeit die Thatsache erzählen, daß es auch einmal in diesen Gegenden einen seßhaften Bauernstand gegeben hat. (Sehr gut! auf der äußersten Linken.) Wir brauchen somit Gesetze gegen die Ueberschuldung, Zersplitterung und Ueberlastung, Gesetze, wie sie die Beschlüsse des deutschen Bauerntages, welcher unter meinem Vorsitze am 20. März 1886 in Wien statthatte und von 3068 Grundbesitzern besucht war, in Vorschlag brachten, wir brauchen ferner dringendst nothwendig bäuerliche Heimstätten, damit eben feste Stätten bestehen, in denen das Volk eine Stütze hat gegenüber fremden vordringlichen Eindringlingen und das nennen wir auch wieder einen Theil unserer nationalen Wirthschaftspolitik. Wenn die Grundzerstückelung und Ueberschuldung des bäuerlichen Besitzes ungehemmt vorwärts schreitet, ist das Ende vom Liede, wie die bekannten, verkommenen, corrupten,

volksfeindlichen Judenzeitungen sagen, wie sie sich wörtlich auszudrücken pflegen: „Sie ziehen ihres Weges!" sagen sie. Wer denn? Die, welche den seit oft hundert Jahren in derselben Familie vererbten Grund und Boden besessen haben und durch die unglückselige wirtschaftliche Gesetzgebung vertrieben worden sind, sie ziehen ihres Weges. Einerseits also ein Deswegesziehen, ein Auswandern unseres national wichtigsten Bestandtheiles — ich spreche als Deutscher vom deutschen Bauernstande — andrerseits zu gleicher Zeit ein Einwandern von Elementen, die selbst das auf tiefer Bildungsstufe stehende russische Volk als gemeinschädlich erkannt hat, andererseits sage ich, ein Einwandern der vom russischen Volke vertriebenen russischen Juden. Und, meine Herren, wenn Sie hier in den Straßen Wiens es erleben können, daß Sie von einheimischen Leuten, die wirklich elend, hungrig und verkommen aussehen, angebettelt werden, so haben doch trotz dieser Thatsachen Gemeinderäthe von Wien sich erkühnt, aus dem Steuersäckel dieses Wiener Volkes für die vom russischen Volke vertriebenen, hereingekommenen russischen Juden vor einiger Zeit einen entsprechenden Beitrag zu zahlen. (Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Ich sage nun, auch für die Städte und Städter ist doch bekanntlich das Gedeihen des vaterländischen Bauernstandes von größter Bedeutung, denn wahr ist und bleibt doch unter allen Umständen der Inhalt des landläufigen Sprichwortes: „Hat der Bauer Geld, so hat es alle Welt", und thatsächlich werden doch, besonders in ackerbautreibenden Staatswesen alle Stände von dem Wohle und Wehe des Bauernstandes auf das innigste berührt und beeinflußt und in dem Gutachten eines österreichischen Oberlandesgerichtsrathes — der vielleicht auch von der Judenpresse als geisteskrank bezeichnet werden wird — habe ich kürzlich gelesen, daß, wenn das so fortgeht, wir in Oesterreich bezüglich des Bauernstandes irischen Zuständen entgegengehen. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.) Und gerade, um dies zu verhindern, wollen wir nationale Wohlfahrts- und Wirthschaftspolitik in der Gesetzgebung ehethunlichst eingeführt wissen, das heißt Gesetze, die unseren Bauernstand schützen und ihn bleibend an die vaterländischen Scholle knüpfen, und auch von den Vorfahren unserer deutschen Bauern und deren Nachkommen gilt der Spruch aus unseres deutschen Schillers „Tell": „Wir haben diesen Boden uns erschaffen, durch uns'rer Hände Fleiß, den alten Wald, der sonst der Bären wilde Wohnung war, zu einem Sitz für Menschen umgewandelt; die Brut des Drachen haben wir getödtet, die aus den Sümpfen giftgeschwollen stieg, die Nebeldecke haben wir zerrissen, die ewig grau um diese Wildnis hing. Unser ist durch tausendjährigen Besitz der Boden" — und, meine Herren, ich sage gewiß unter Zustimmung der deutschen Bauern: Unser soll er auch bleiben für alle Zukunft und nicht übergehen in das Eigenthum nomadisirender semitischer Völkerschaften. (Bravo! Bravo! auf der äußersten Linken.) Ja, da kommt man allerdings schön an, wenn man solche haarsträubende irrsinnige Ansichten öffentlich entwickelt. Da sagt wieder das Scheußlichste, was wir in Oesterreich

besitzen, nämlich die Schanddirne, die Judenpresse — ich habe mir so einen Satz herausgeschrieben —: „Wenn der Bauer bedauerlicherweise von Haus und Hof verdrängt wird, so ist er eben den Anforderungen der Neuzeit nicht gewachsen; es ist daher erklärlich, ja nützlich, daß andere Gesellschaftsschichten die Bewirthschaftung des Bodens in die Hand nehmen." (Hört! Hört! auf der äußersten Linken.)

Welche Gesellschaftsschichten sind da gemeint? Nicht solche, die etwa selbst die Bewirthschaftung in die Hand nehmen, sondern die nur das Eigenthum des Besitzes an sich reißen und die früheren Besitzer zu ihren Taglöhnern machen werden. Welche Gesellschaftsschichten sind da gemeint? Wenn es einen geben sollte, der es nicht weiß, dem kann ich es öffentlich sagen: Jene Gesellschaftsschichten, deren Vorfahren den Kaftan und die bekannten Locken getragen haben! Wer nun nicht will, daß auf diesem unseren vaterländischen Grund und Boden zu Nachfolgern unseres heimischen Bauernstandes die Söhne jenes fremden Volkes werden, welche der Bauer seit jeher als seine ärgsten Widersacher mit Recht betrachtet hat, der muß mit uns, wenn er es ehrlich meint, eintreten für die Beseitigung der jüdischen Grundsätze aus unserer Gesetzgebung und aus dem öffentlichen Leben überhaupt.

Bekannt ist, daß der Handel in den Händen der Juden ist; ebenso der Credit, ebenso ein großer Theil der Industrie überhaupt befindet sich in Judenhänden, das Geschäft zumeist mit allen möglichen Erzeugnissen, besonders aber bekanntlich auch mit Branntwein, den sie zwar in der Regel nicht selbst trinken (Heiterkeit auf der äußersten Linken), den sie aber mit Vitriol und anderen Schädlichkeiten vermengt unserem Volke tagtäglich um theures Geld verabreichen. Mit einem Worte, sie vergiften und betrügen das Volk in Stadt und Land, wollen aber weder arbeiten noch zahlen, noch das Land bebauen und mit den in Oesterreich bereits nach Millionen zählenden Judenarmen ergreifen sie weder den Pflug, noch sonst ein nützliches Werkzeug, sondern nur immer wieder das Geld. Denn infolge einer unglückseligen wirtschaftlichen Gesetzgebung gepfändeten Gewerbsmann, den brotlos gewordenen Arbeiter, den von Haus und Hof exequirten Bauersmann und Kleinhäusler erfaßt dann naturgemäß ein namenloser Haß nicht nur gegen die Urheber und Vollstrecker seines unverschuldeten Unglücks, sondern gegen die ganze menschliche Gesellschaft, also auch gegen uns, die wir doch seine Freunde, seine Brüder sind und ihm gesetzlich helfend und schützend unter die Arme greifen wollen.

Diesen Haß haben wir speciell nur in erster Linie wieder dem eingewanderten Judenvolke zu verdanken; ich werde mir bei anderer Gelegenheit auf diesen Gegenstand noch ausführlicher zurückzukommen erlauben.

Dieser gewiß berechtigte Haß auf Seite der Genannten treibt bekanntlich diese zugrunde gerichteten Existenzen naturgemäß in die Hände des Anarchismus und des Communismus, und diese haben infolgedessen wieder todesmuthige Streiter in ihrer Mitte gewonnen.

Mit der socialen Wohlfahrt des Volkes hängt nun weiters die Rechtspflege, das Rechtsleben bekanntlich innig zusammen. Ich kann leider heute auch dieses wichtige Gebiet nur streifen. Thatsache aber scheint es zu sein, daß wir zumeist keine volksthümliche Rechtspflege besitzen, das heißt, da zwischen Gesetzgebern, Richtern und Rechtsfreunden einerseits und z. B. zwischen den deutschen Bauern andererseits zumeist keine Uebereinstimmung in den Rechtsanschauungen besteht, was wohl hauptsächlich seinen Hauptgrund darin haben mag, daß unser jetzt bestehendes Recht bekanntlich aus fremden und fremdartigen Quellen geschöpft worden ist.

Sie kennen, meine Herren, den landläufigen Ausdruck: „Besser ein magerer Vergleich als ein fetter Proceß." Dieser landläufige Ausdruck ist bedeutsam und der Wahrheit entsprechend, denn wer bei uns in Oesterreich den kostspieligen Weg bis zu den obersten Instanzen wandern will, den führt bekanntlich dieser Weg durch das Fegefeuer der unteren und mittleren Instanzen, und wer auf diesem höllenheißen Wege nicht mit irdischen Glücksgütern reich gesegnet ist, wird das Ende dieses Weges nicht erreichen können. (Bravo! auf der äußersten Linken.)

Thatsache ist es aber auch, daß die Ehrenhaftigkeit eines wichtigen Standes, ich meine des Advocatenstandes, durch fremdartige Elemente bedroht erscheint, und daß diese Bedrohung durch die Verjudung mit einer umso größeren Gefahr verbunden ist, als es sich um einen Stand handelt, der als Vertreter von Recht und Gesetz genannt wird und als solcher durch die Gesetzgebung bestellt worden ist. So mancher mir befreundete ehrenwerthe Advokat hat mir in dieser Beziehung voll und ganz zugestimmt. Bezeichnend ist es daher gewiß auch, daß der deutsche Bauerntag in Wien am 20. März 1886 unter anderen diesbezüglich folgende Beschlüsse gefaßt hat (liest):

„1. Die Versammlung sieht es als nothwendig und nützlich in wirthschaftlicher und sittlicher Hinsicht an, daß ein vertrauenswürdiger ehrenwerther Stand von Rechtsanwälten (Advocaten) bestehe.

2. Es wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die jetzigen Einrichtungen und die Stellung der Advocaten einer zweckentsprechenden Beschaffenheit des Standes nicht günstig ist, indem die Advocaten gezwungen sind, aus der Rechtsvertretung ein Gewerbe zu machen.

3. Das immer steigende Eindringen des Judenthums in den Advokatenstand aber läßt mit Recht befürchten, daß bei der bekannten diesbezüglichen Denkungsart dieser Stand in Zukunft immer beträchtlicheren Schaden leide.

4. Die Versammlung stellt es deshalb als Pflicht jedes ehrlichen Volksfreundes hin, daß er die Verstaatlichung der Rechtsanwaltschaft (Advocatur) erstrebe.

5. Für die Gegenwart und als Uebergang zur Verstaatlichung erscheint die Aufstellung eines Tarifes zur Regelung der Vertretungskosten der Advokaten als eine gerechte Forderung des Bauernstandes.

6. Die Einführung von Schiedsgerichten erscheint geboten."

Ich glaube nun, daß gewiß alle wahren Volksfreunde zustimmen werden, wenigstens in der Richtung, daß der heutige diesbezügliche

Zustand auf die Dauer unhaltbar geworden ist; wenn man nun öffentlich mir gegenüber wiederholt die Frage gestellt hat, was mich und uns im „Verbande der Deutschnationalen" und unsere Gesinnungsgenossen außerhalb dieses Hauses in dem schweren Kampfe gegen die Ueberzahl von Gegnern aufrecht erhält, so war ich in dieser Beziehung auch um eine Antwort nie verlegen und wiederhole auch heute: Uns hält die Erkenntnis und die Ueberzeugung aufrecht, daß der Kern unseres Volkes noch ein gesunder ist und daß daher eine sittliche Wiedergeburt des Vaterlandes möglich erscheint. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Die einheimischen Völker werden gewiß in Zukunft, dessen sind wir überzeugt — immer mehr solche Männer wählen, welche die Einführung einer gesunden wirtschaftlichen, volksthümlichen Reform unterstützen und die namentlich für die wichtigsten Forderungen bei Lösung der socialen Frage einstehen werden, die da bekanntlich lauten:

1. Verbot der Einwanderung fremder Juden.

2. Schaffung einer besonderen Gesetzgebung für die im Inlande befindlichen Juden.

Gesetzliche Schranken gegen das volksausbeutende Judenthum — das soll und wird dann auch das Losungswort bei den nächsten Wahlen sein. Ich schließe nun, indem ich sage: Wenn wir Deutschnationale mit unseren volksthümlichen Grundsätzen zu Rufern in der Wüste werden würden, dann werden gewiß aus unseren Gebeinen die Rächer erstehen und auf dem Gebiete des Kampfes um nationales Dasein und um unseres Volkes Wohlfahrt wird dann gewiß — zum Schrecken der semitischen Bedrücker und ihrer Anhänger — mit Recht der Grundsatz immer mehr und mehr zur Geltung gelangen, der kurz und treffend Ausdruck findet in den Worten: „Aug' um Aug' und Zahn um Zahn!" (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf der äußersten Linken und auf den Gallerien.)

Vicepräsident Ritter v. **Chlumecky** (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Ich muß die Gallerien ersuchen, sich jeder Beifallsbezeugung zu enthalten, da ich sonst gezwungen wäre, die Gallerien räumen zu lassen.

Petitionen und Antrag

betreffend ein

Gesetz

gegen die Einwanderung ausländischer

Juden.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1887.

Schriftführer (liest):

„2206 Petitionen mit 37068 Unterschriften und zwar aus Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien, Salzburg, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Galizien und Triest mit der Bitte:

Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die k. k. Regierung wird aufgefordert, nach dem Vorbilde der im Jahre 1882 und 1884 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen die Einwanderung der Chinesen gesetzlich beschlossenen Anti-Chinesen-Bill, den Vertretungskörpern ein Antisemitengesetz mit strengen Bestimmungen gegen die Einwanderung und Niederlassung ausländischer Juden in Oesterreich zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen (überreicht durch Abgeordneten Ritter v. Schönerer)."

Präsident: Zu dieser Petition hat sich der Hr. Abgeordnete Ritter von Schönerer das Wort erbeten: ich ertheile ihm dasselbe.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Ich erlaube mir den Antrag zu stellen: Das hohe Haus wolle beschließen, es werden diese 2206 Petitionen, betreffend die Schaffung eines Gesetzes gegen die Einwanderung und Niederlassung ausländischer Juden in Oesterreich, einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 24 Mitgliedern zur Berichterstattung zugewiesen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Ritter v. Schönerer beantragt, daß die von ihm überreichten Petitionen einem eigenem, aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 24 Mitgliedern zugewiesen werden sollen.

Ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben (Geschieht). Der Antrag ist **abgelehnt** und es werden demnach diese Petitionen dem Petitionsausschusse zugewiesen werden.

In der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1887.

(Antrag des Abgeordneten Ritter von Schönerer und Genossen, betreffend die Erlassung eines Antisemitengesetzes.)

Präsident: Es ist mir ein Antrag überreicht worden von den Abgeordneten Ritter von Schönerer und Genossen, um dessen Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Freiher von **Romaszkan** (liest):

„Antrag des Abgeordneten Schönerer und Genossen.

In Anbetracht dessen, daß es hoch an der Zeit ist, ausreichende gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Interessen und Rechte der ehrlich arbeitenden Bevölkerungsclassen zu schaffen, —

in Anbetracht dessen, daß auf dem Wege zu diesem gerechten Ziele das in unserem Vaterlande bereits übermächtig werdende Judenthum als wesentliches Hindernis zu betrachten ist, —

in Anbetracht dessen, daß die Lebensanschauungen und Gebräuche des uns fremden Volkes, der Juden, der christlichen Cultur und der arischen Abstammung, sowohl der deutschen Nation, als auch der anderen Nationalitäten in Oesterreich feindlich gegenüberstehen, —

in Anbetracht dessen, daß durch die stetige Vermehrung des jüdischen Elementes die Monopolisirung wichtiger Geschäftszweige durch Juden fortwährend zunimmt, und daß besonders auch die in den Händen der Juden befindliche Presse in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise die Corruption fördert, —

und in Anbetracht dessen, daß es nach unserer Meinung nur eine Frage kurzer Zeit sein kann, bis die im Inlande befindlichen Juden unter eine besondere Gesetzgebung gestellt sein werden, —

stellen die Gefertigten den Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, nach dem Vorbilde der in den Jahren 1882 und 1884 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen die Einwanderung der Chinesen gesetzlich beschlossenen Anti-Chinesen-Bill, dem Abgeordnetenhause ein Antisemitengesetz mit strengen Bestimmungen gegen die Einwanderung und Niederlassung ausländischer Juden in Oesterreich zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen." Schönerer."

Präsident: Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften, ich werde demnach die Unterstützungsfrage stellen.

Ich bitte die Herren, welche den soeben verlesenen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. (Nach einer Pause): Wir haben dreimal gezählt und haben immer gefunden, daß nur 19 Abgeordnete den Antrag unterstützt haben; derselbe ist daher nicht hinreichend unterstützt.

Abgeordneter Ritter v. **Schönerer**: Das ist traurig! — (Rufe links: Ruhe! Ruhe! — Rufe auf der äußersten Linken: Pfui! Rufe links: Ruhe! Ja wohl, pfui! Lebhafter Widerspruch links.)

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. Juni 1888.

Antrag des Abgeordneten R. v. Schönerer und Genossen, betreffend die Einsetzung einer Commission zur Prüfung der geschäftlichen und wirtschaftlichen Thätigkeit der Juden und zur Berathung der diesbezüglichen erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen, namentlich hinsichtlich der Presse.

Präsident: Es ist ein Antrag überreicht worden; ich bitte um dessen Verlesung.

Schriftführer **Hevera** (liest):

„Antrag des Abgeordneten Schönerer und Genossen.

Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, in zweckentsprechender Weise eine Commission zusammenzusetzen und selbe mit der Aufgabe zu betrauen, darüber einen Bericht zu erstatten, inwiefern das Vorgehen in geschäftlicher Beziehung, sowie die wirthschaftliche Thätigkeit der **Juden** besonders schädlich ist und welche Modificationen, Abstellungen oder Zusätze der bestehenden Gesetze, sowie welche neuen Gesetze nöthig erscheinen, um die Umgehung der Gesetze von Seite der **Juden**, namentlich in der Presse, für die Zukunft hintanzuhalten.““

Rede Schönerers

gehalten auf dem

Fest-Commerse der Deutschnationalen Wiens

am 18. October 1892.

Geehrte Festversammlung!

Ich habe es übernommen, einen Trinkspruch auf die „sociale Reform" auszubringen.

Der Gegenstand dieses meines Trinkspruches ist von so hoher, weittragender Bedeutung, daß Sie mir wohl gestatten müssen, in wenigen größeren Zügen den Standpunkt von uns Deutschnationalen in dieser wichtigen Frage neuerlich öffentlich darzulegen.

Wir leben in ernsten Zeiten und große Aufgaben harren ihrer Lösung.

Als Politiker muß man die Zeichen der Zeit verstehen und sich bei Zeiten auf Arbeit und Kampf vorbereiten.

Mit Muth, Verständnis und Ausdauer läßt sich auch das größte Räthsel der Gegenwart, die sociale Frage, einer gedeihlichen Lösung zuführen und diese Lösung heißt: **Die sociale Reform!**

Die nationale Frage und die sociale Frage gehen heutzutage engverbunden mit einander her und für jedes Volk ist die sociale Frage ein Haupttheil der nationalen Frage.

Die soziale Frage kann denn auch nur auf dem sicheren Boden der nationalen Frage lebensfähig und nutzbringend gemacht werden.

In der socialen Frage aber spielt die Judenfrage die Hauptrolle.

Wer national sein will, ohne die Judenfrage entschieden anzupacken, der geht wie die Katze um den Brei und wird niemals eine entsprechende Lösung finden! Den unaufhörlich nervös aufgeregten Semiten und ihrem Anhange hat es bekanntlich gefallen, die Grundlage der alten Gesellschaft zu zerstören und so wurde die sociale Frage in ihrer jetzigen erschreckenden Gestalt geschaffen.

Wir Deutschnationale nun verlangen, daß jeder Deutsche bei der Lösung der socialen Frage, die zumeist auch Judenfrage ist, auf Seite seines eigenen, des deutschen Volkes stehe!

Unter socialer Reform verstehen wir Deutschnationale eine auf volklicher Grundlage fußende theilweise Neu- und Umgestaltung unseres gesellschaftlichen Gemeinlebens.

Wir wollen also Reformgesetze, die den berechtigten Bedürfnissen und Verhältnissen der einheimischen, also der deutschen Bevölkerung auf den Leib geschnitten sein müssen.

Der Staat hat in erster Linie durch seine Gesetze die ehrliche Arbeit zu vertreten und nicht das Capital zu bevorzugen.

Und echt national in unserem Sinne ist nur derjenige, der erkennt, daß nicht nur die Förderung der Bildung, sondern auch die wirthschaftlichen Interessen des eigenen Volkes volle Beachtung finden müssen, denn: ein mit Nahrungssorgen geplagtes Volk kann auf die Dauer in nationaler Beziehung nicht widerstandsfähig sein.

Geehrte Versammlung! Zweitausend Jahre sind nach dem ersten machtvollen Auftreten der Germanen in der Weltgeschichte verflossen, und heute, wo unser Volk in das dritte Jahrtausend seines geschichtlichen Daseins getreten ist, müssen wir mit Betrübnis und Trauer sehen, daß ein Theil unseres Volkes vom nationalen Pfade abweicht und den Irrwegen einer corrupten und fremdnationalen, zumeist jüdischen Presse Gefolgschaft leistet.

Der hohe und schöne Beruf der Presse ist bekanntlich längst zum leeren Schall geworden, denn auch hier heißt es: „Nach Gold drängt, am Gold hängt doch Alles!"

„Geschäfte machen um jeden Preis", der Lüge nach jeder Richtung dienen, den schlechten Neigungen der Menschen schmeicheln, das Volk täuschen und irreführen, die einfachste Wahrheit entstellen und die gläubige, vertrauensduselige Menge in eigennützigster Weise, besonders im Interesse des selbstsüchtigen wirthschaftlichen und politischen Streberthums ausbeuten, in all' dem besteht die Leistung der heutigen Tagespresse — von der „Neuen freien Weltjüdin" angefangen bis zum „Hochstapler-Volksblatt" herab.

Wir Deutschnationale — wenn auch heutzutage ohne Tageszeitung — werden doch niemals unserer Gesinnung untreu werden, um selbe dann im „Einzelnverschleiß" auszuschrotten und um „bewußt" das Volk irre zu führen.

Es gibt bekanntlich Leute, die gegen jede Corruption sind, bei welcher sie nicht betheiligt sind: Leute, die da sagen: „Ueb' immer Treu' und Redlichkeit bis an dein kühles Grab, doch wenn es dir von Vortheil ist, so weiche davon ab."

Es gibt auch Leute, die Antisemiten sind und Geld von den Juden gerne nehmen, Leute, die ihre Sünden mit einem „Volks-Feigenblatt" bedecken wollen.

So manche Volksbetrüger sitzen heutzutage statt in Eisen — in Gold!

Das sind die Folgen judenliberaler Gesetzgebung oder vielmehr auch von „Unterlassungen" auf wirthschaftlichem Gebiete, denn die Macht im Staate dem Judenliberalismus überlassen heißt: die Kraft und den Arbeitsschweiß des Volkes ihm dienstbar machen; die Folgen der judenliberalen Gesetzgebung auf wirthschaftlichem Gebiete haben naturgemäß sich in der stets steigenden Unzufriedenheit in den Volkskreisen, besonders des Mittelstandes, gezeigt und ist thatsächlich „der

Kampf um's Dasein" — in den ehrlich arbeitenden Volkskreisen — ein immer schwierigerer geworden und haben in Folge dessen die socialdemokratischen Einflüsse immer mehr Eindruck und Wirkung hervorgebracht.

Dieser wirthschaftliche „Kampf um's Dasein" bietet häufig geradezu gräßliche und entsetzliche Bilder, — „Bilder, die Stein erweichen, Menschen rasend machen können!"

Und in diesem schnöden Kampf um's Dasein im Frieden, verspritzen täglich Tausende und aber Tausende ihre besten Kräfte, ohne ihr Verschulden, im Dienste einer ungerechten Wirthschaftsordnung.

Heutzutage sorgt mancher Staat durch Gesetze — wenigstens theilweise — für Altersschwache, für Kranke, für Verunglückte und durch Almosen (sogenannte Sammlungsgestattung), sogar für Arbeitsscheue oder Arbeitslose, wie man diese Leute auch nennt. Dabei vergißt man aber — manchmal, daß Arbeitsfähige und Arbeitswillige für sich und dann — für Weib und Kind — durch Arbeit sich den Lebensunterhalt verdienen wollen und daher in erster Linie entsprechende Fürsorge und Schutz durch die Gesetzgebung benöthigen. — Heutzutage aber läßt man ruhig Bettler entstehen, um ihnen dann das „Betteln" zu verbieten, damit die oberen Zehntausend nicht belästigt werden.

Bei der socialen Frage handelt es sich nicht um einen engherzigen Parteienkampf, sondern um das entscheidungsvolle Ringen zweier Weltanschauungen. Und sowie eben nationale Fragen nicht durch Gefühlswesen, sondern durch Blut und Eisen gelöst werden, so können sociale Reformen nicht durch Appell an Herz und Gewissen allein gemacht werden, sondern Männer der That sind nöthig, die entsprechende sociale Gesetze schaffen.

Es kann als ein Naturgesetz betrachtet werden, daß eine tiefe Kluft besteht zwischen germanischer und zwischen semitischer Weltanschauung, ebenso zwischen deutschen und jüdischen Sitten und Rechtsbegriffen!

Diese Kluft, sie besteht und ist nicht zu überbrücken!

Der Jude ist kein Deutscher, ebenso wie der Wolf kein Schäferhund sein kann!

Naturforscher Brehm sagt:

„Während das Gerippe des großen Schäferhundes keinerlei Abweichung, die äußere Erscheinung nur geringe Unterschiede von jener des Wolfes aufweist, so sind doch deren Eigenschaften und natürliche Triebe von Grund aus verschieden.

Der Schäferhund ist ein uneigennütziger, treuer Wächter und ein todesmuthiger Vertheidiger seiner Heerde, der Wolf dagegen ist ein schlauer, grausamer, nimmersatter Räuber, der, auch wenn er noch jung und in Menschennähe aufgezogen würde, doch niemals seine angestammten blutgierigen Instincte verleugnen kann."

Wolf und Schäferhund sind beides Thiere, doch wie grundverschieden! — Deutsche und Juden sind beide Menschen, doch wie grundverschieden!

Was heißt also national sein in unserem Sinne? National sein in unserem Sinne heißt: sein eigen Stammesvolk zu lieben über Alles in der Welt! und national sein heißt; nur für jene Gleichberechtigung eintreten, die der eigenen, der deutschen Nation keinen Schaden zu bringen vermag.

Diesen unseren nationalen Standpunkt mögen sich besonders auch die nationalitätslosen clerikalen Politiker stets wohl merken.

Man kann sich zweierlei Lösungen der socialen Frage denken:
1. Durch die sociale Revolution,
2. Durch die sociale Reform.

Wir, als national gesinnte Männer, können uns naturgemäß nur der Lösung durch die sociale Reform, also durch entsprechende Wohlfahrtsgesetze, anschließen. Man sagt, wir seien keine Patrioten! Nun, unter Patriotismus verstehen wir das Bestreben zur Förderung des Volkswohles, d. h. die eifrige Hingabe an die Bedürfnisse der eigenen, der heimischen Volksgenossen!

Und wenn wir auch berechtigten Forderungen des Staatswesens natürlich Genüge leisten wollen, so müssen wir doch in erster Linie für nationale, wirthschaftliche und politische Mündigkeit des eigenen Volkes eintreten. Unter Patriotismus verstehen wir nicht das Tanzen nach der Pfeife aufdringlicher politischer Gaukler, sondern unter Patriotismus verstehen wir das Bestreben, Alles zu thun für das Zustandekommen socialer Reformgesetze auf deutschnationaler Grundlage, denn das sociale „Entweder—oder" lautet also: „Entweder: Sociale Revolution und Republik, oder: Soziale Reform und Monarchie!"

Unser Grundsatz kann nicht das judenliberale Schlagwort sein: „Jedem das Gleiche" zuzusagen, sondern ist es vielmehr unsere Aufgabe, jederzeit für Bethätigung des richtigen nationalen Grundsatzes einzustehen, der da lautet: „Jedem das Seine!" Gleichheit erscheint gerecht — aber nur für die Gleichen! Gleichheit für Gleiche und Ungleiche aber führt zur Ungerechtigkeit!

Die Menschen sind bekanntlich von Natur aus nicht gleich; darum ist es heilige Pflicht einer gerechten socialen Gesetzgebung ausgiebig zu schützen: Die Armen, die weniger Klugen, die Schwachen, die Arglosen, die ehrlich Arbeitenden gegen die geriebenen und gewissenlosen, zumeist kapitalskräftigen Volksausbeuter.

Wenn die vereinigten Demokraten und Liberalen — kürzlich wieder anläßlich der Kronawetter-Wahl (10./10. 1892) — erklärten, daß sie auf das Entschiedenste die eines civilisirten Landes unwürdige sogenannte antisemitische Bewegung verdammen, so müssen wir Deutschnationale dem entgegen immer und immer wieder laut erklären, daß die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unbedingt nothwendig sei.

Nicht wie der Socialdemokrat Kronawetter und seine Judengenossen sagen: „Der Sieg des Proletariats muß die nothwendige Folge des Ganges der Geschichte sein", sondern wie wir sagen

ist's wahr und recht, nämlich: „Der Sieg der ehrlichen nationalen Arbeit muß das Endziel unserer Bestrebungen sein."

Es ist wahrlich höchste Zeit, daß sich die sociale Gesetzgebung entschieden mehr um den Mittelstand annehme und auf diesem Gebiete durch den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung auf den Leib geschnittene Reformgesetze „erhaltend" wirke.

Besonders auch des Gewerbestandes und des Bauernstandes ist zu gedenken. — Der Spruch: „Der Bauernstand ist die Wurzel des Volksbaumes" ist ein Wahrwort; weiters aber muß auch dem Grundsatze der alten Germanen gehuldigt werden, der da lautet: „Wir können uns den Grund und Boden nicht anders denken, als im Besitz derjenigen, die ihn selbst bearbeiten und bebauen."

Die in Folge einer langjährigen, unglückseligen, lückenhaften, socialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung ohne ihr Verschulden in Schulden und Noth gerathenen kleinen Beamten, die gepfändeten Gewerbsleute, die brodlosen Arbeiter und die executirten Bauern erfaßte naturgemäß ein namenloser Haß und zwar nicht nur gegen die Urheber und Vollstrecker ihres unverschuldeten Unglückes, sondern leider auch gegen die ganze christlich-germanische Gesellschaft — also auch gegen uns, die wir doch die Freunde der „Unglücklichen und Enterbten" sind und ihnen durch Gesetze brüderlich helfen wollen.

Bei Lösung der socialen Frage gibt es einen schweren Kampf: Siegen! oder Unterliegen! — ein drittes gibt es nicht! Die Lösung ist dringend! — Denn thatsächlich ist die wetterfeste, alte, deutsche Eiche und deren Aeste von Schmarotzern und Schlinggewächsen umgeben! — Dies findet allerdings das „Jahrhundert der Aufklärung" begreiflich und zeitgemäß und die Judenpresse meint sogar, die sei gesund, denn „überflüssige Kraft müsse abgezapft werden".

Unter dem Hohngeschrei der jüdischen Preßbestien habe ich im Jahre 1879, anläßlich meiner Reichsraths-Candidatur, bei Entwicklung meines Programmes u. A. Folgendes betont, und zur Richtschnur für mich als Social-Politiker gemacht, und sagte damals:

„Den bisher bevorzugt gewesenen Interessen des beweglichen Capitals und der semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase müssen die Interessen des Gewerbes und des Grundbesitzes, sowie überhaupt die Kräfte und Rechte der ehrlichen produktiven Arbeit in Hinkunft entgegengestellt und gefördert werden.

Angesichts der heute bestehenden betrübenden Zustände in nationaler und in socialer Beziehung ist es ganz unzulässig, mit wahrer Krokodils-Ruhe den Dingen zuzusehen und ihnen ihren Lauf zu lassen und es kann nicht genügen, sich national zu nennen und im kleinen Kreise dies durch commersiren und singen und trinken zu bethätigen; man muß vielmehr „ob Mann ob Frau," ob Jung ob Alt mitarbeiten, je nach Berufsstellung — je nach Wirkungskreis und sonstigen Verhältnissen mitarbeiten, sage ich, im Dienste unseres Volksthums, um bessere nationale und sociale Zustände herbeiführen zu helfen.

Dem deutschen Volke aber möchte ich zurufen: „Du edles Volk! Wenn Fremdlinge Dein reines Volksthum vernichten wollen, so erinnere Dich, daß es Deine Pflicht ist, das theure nationale Erbe Deiner Vorfahren zu vertreten und zu vertheidigen!“

Unmöglich ist's doch, daß das Blut Deiner Vorfahren in den deutschen Volksadern zum trägen Safte sich verdicke, der nur mehr die Kraft gibt zu schlaffer Ueppigkeit und der ohnmächtig ist, die Nachwelt für bessere nationale Lebensherrlichkeit zu begeistern!

Wir Deutschnationale müssen uns stets Folgendes gegenwärtig halten: Nicht zu dem Zwecke „um Werthe anzuhäufen“ haben die alten Germanen die Kämpfe mit „Blut und Eisen“ vollbracht, sondern zu dem Zwecke, um uns ein deutsches Vaterland zu hinterlassen.

Wie heißt's doch in dem bekannten Wahlspruch der Deutschen?!? „Des Geiers Flug sollst du verscheuchen, der deinen Herd umflattern will!“ — Bange machen gilt nicht, denn wir sagen da mit Bismarck: „Wir Deutsche fürchten Gott da droben, sonst aber nichts in dieser Welt!“

Zu den größten Thaten des socialreformatorischen Bahnbrechers unserer Nation, zu Bismarcks größter Heldenthat auf friedlichem Gebiete, zählt die Botschaft **Kaiser Wilhelms** des Ersten, die derselbe am 17. November 1881 an den Deutschen Reichstag in Berlin gerichtet hat, in welcher der herrliche nationale Grundsatz betont wird: „Daß die Heilung socialer Schäden auf dem Wege der positiven Förderung des Wohles der ehrlichen arbeitenden Stände gesucht werden muß und daß es eine der höchsten Aufgaben eines auf den sittlichen Fundamenten des Christenthums basirenden Staates ist, die rechten Mittel und Wege dazu zu finden. —

Wir Deutschnationale betrachten es nach wie vor als unsere nationale Pflicht, jederzeit für unverfälschtes Deutschthum und sociale Reform einzutreten und unsere Volksgenossen in Bezug auf nationale Regungen und Bestrebungen empfänglicher zu machen, damit dann auch dem Uebermuthe von Fremdlingen, die sich in den alten deutsch-österreichischen Bundesländern breit machen, erfolgreich entgegengetreten werde.

Die Weltjüdin, „Neue freie Presse“ genannt, erklärte am 8. Mai 1892 u. A. Folgendes: „Jeder Gebildete hegt auf dem Grunde seines Herzens den Gedanken, daß, „international zu werden“, daß schönste Ziel aller guten, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sein muß!!“

Dem gegenüber erklären wir jederzeit, daß wir in nationaler Ausschließlichkeit das höchste Ziel unserer Bestrebungen erblicken.

Wir deutschnationale Antisemiten sind stolz darauf, dem deutschen Volke anzugehören und erklären wir, entsprechend dem Linzer Programme, jederzeit offen:

„Eingedenk dessen, daß wir Glieder eines großen Volkes sind, wollen wir für Wohlfahrt, Reinheit und Macht, für Sicherung der

nationalen Eigenart und für Schutz des nationalen Lebens der Deutschen in Oesterreich jederzeit entschieden eintreten und für Durchführung entsprechend gerechter socialer Reformgesetze eintreten, wozu vor Allem die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nöthig erscheint."

Geehrte Versammlung! Die sociale Frage harrt gebieterisch der Lösung! — Es herrscht Stille vor dem Sturme! — die Zeit drängt! —

Die ehrliche Arbeit fordert Schutz durch Gesetze und verlangt vor Allem Beseitigung des Druckes, der seitens der capitalsmächtigen Faulenzer ausgeübt wird.

Wenn die Herstellung gesunder socialer Zustände nicht bald gelingt — so haben wir den socialen Kampf und Krieg in Permanenz und besteht für unser Heimatsland die Gefahr zur Beute von Fremdlingen zu werden.

Wir sagen mit Bismarck:

„Unser Ziel ist, nur auf einem Gebiete unsern Meister nicht zu finden, nämlich auf dem der Fürsorge und Liebe für das Wohl unserer Nation!" — Ich lasse meinen Trinkspruch nunmehr ausklingen in die Worte: „Heil und Sieg unserer nationalen Aufgabe! Hoch unverfälschtes Deutschthum! und dreimal **Hoch der deutsch-socialen Reform!!**"

Anhang.

Gegen **Georg Ritter v. Schönerer** wurde vom k. k. Landesgerichte Wien unter dem Vorsitze des k. k. L.-G.-R. Dr. F. R. v. Holzinger und im Beisein der k. k. Landes-Gerichts-Räthe Adolf Lorenz, Dr. Raimund R. v. Raisky und Edmund Schmidel am 5. Mai 1888 folgendes

Urtheil

gefällt:

„**Georg Ritter v. Schönerer** ist schuldig des Verbrechens nach § 83 St.-G., begangen auf die in der Anklageschrift bezeichnete Art, ferner schuldig der Uebertretung gegen öffentliche Anstalten nach § 312 St.G. und wird deshalb nach §§ 35 und 85 St. G. unter Anwendung der §§ 54 und 55 zur **schweren Kerkerstrafe in der Dauer von vier Monaten**, verschärft durch zwei Fasttage im Monate, und zum Ersatze der Kosten des Strafverfahrens verurtheilt und gemäß § 27 lit. a des Strafgesetzes **gegen ihn der Adelsverlust** ausgesprochen."

Infolge dieses Urtheiles wurde Schönerer auch des Reichsrath-Mandates für verlustig erklärt und ihm das active und passive Wahlrecht auf die Dauer von fünf Jahren für den Reichsrat, Landtag, für die Gemeindevertretung und für andere zur Besorgung öffentlicher Angelegenheiten berufene Vertretungen entzogen."

Obiges Urtheil war nämlich vom k. k. Obersten Gerichtshof unter dem Vorsitze des Präsidenten R. v. Schmerling und im Beisein der Hofräthe Pflügl, Napreth, Fraeß, Laßnigg, Haselmeier und Esterle **am 27. Juni 1888 vollinhaltlich bestätigt worden.**

Es folgen hier noch die von Schönerer am 4. und 5. Mai 1888 gehaltenen Reden über den Thatbestand und zu seiner Vertheidigung:

Rede Schönerers über den Thatbestand.

Ritter v. Schönerer: Wie ich schon in der Voruntersuchung angab, waren wir am 8. März 1888 Abends, in Skoda's Bierhalle beisammen, wo jede Woche ein Kreis von Freunden zusammenzukommen pflegt. Bald nach meiner Ankunft kam die Nachricht, beziehungsweise ein Extrablatt wurde gebracht, durch welches uns bekannt wurde, daß Se. Majestät der Deutsche Kaiser verschieden sei. Infolge dieser Nachricht war es also selbstverständlich daß wir als Deutsche von den Gefühlen der Trauer und Betrübnis erfüllt waren, und daß wir die weiteren Stunden des Abends in ruhiger Weise in privatem Gespräche zubrachten, theilweise den Lebenslauf des Verstorbenen besprachen und schließlich nach alter Sitte die Strophe eines Liedes, eines Trauerliedes sangen. Ich glaube, es war dann nach Mitternacht, als plötzlich ein Herr uns die Nachricht brachte, beziehungsweise ein Extrablatt in der Hand hielt, welches weitergegeben wurde, ein Extrablatt, worin die erste Todesnachricht widerrufen und worin stand, daß der Kaiser lebe und noch Nachmittags dem Kronprinzen

Wilhelm, glaube ich, Geschäftliches dictirt habe. Nun ist es auch wieder selbstverständlich und begreiflich, daß diese zweite Nachricht auf uns einen starken Eindruck machen mußte; einestheils trat das Gefühl der Freude zu Tage, daß die Todesnachricht sich nicht bewahrheitete, andererseits wurden Rufe des Zweifels laut, ob überhaupt diese zweite Nachricht richtig sei und es wurden Aeußerungen laut, daß dies ein gewöhnlicher jüdischer Geschäftsschwindel sei. Man hörte eben Aussprüche des Ekels über dieses Vorgehen der Presse. Eine solche beunruhigende Nachricht mußte doch in den weitesten Kreisen Trauer und Betrübnis hervorrufen; es war also infolge dieser verschiedenen Gefühle der Anwesenden wohl begreiflich, daß von mehreren Seiten Rufe laut geworden sind:

„Da sollte man denn doch die Wahrheit erforschen, da sollte man denn doch fragen gehen." Ja, ich glaube, von einer Seite wurde die Aeußerung gemacht: „Vielleicht zeigt man uns die Originaltelegramme, damit wir wissen, was eigentlich an der Sache Wahrheit ist."

Ich sagte, indem ich mich erhob, zu meinen Freunden und Genossen: „Ich bin auch bereit, wenn Jemand fragen geht, mitzugehen, jedoch muß ich Euch bitten, mich allein fragen zu lassen und dann muß mir die Gewähr geboten sein, dass nichts Ungesetzliches geschieht, dass wir nicht demonstriren oder sonstwie etwas Unzulässiges begehen." In der Restauration mußte ich diese Aufforderung noch einmal wiederholen, nachdem einer meiner Freunde, ich glaube Herr Lehrner, mich aufmerksam machte, daß diese meine Worte am unteren Ende des Tisches nicht deutlich genug verstanden worden seien, weil ich nicht auffallend laut gesprochen habe und ich habe daher, diese meine Aufforderung: „mich allein sprechen zu lassen und jedwedes unzulässige Benehmen zu unterlassen", wiederholt. Das wurde mir auch zugesagt, beziehungsweise die Herren erhoben sich und ich glaube, die meisten oder Alle, ich habe sie nicht gezählt und weiß bis heute nicht, wer alles dabei war, gingen nun des Weges einher gegen die Redaction des „Neuen Wiener Tagblatt", in die Rothenthurmstraße zu. Unterwegs hielten wir uns einen Augenblick auf, ich glaube, es war in der Nähe des Café „Griensteidl", und da wurde von einem Herrn gesagt: „Es wäre doch gut in's Café hineinzugehen und zu fragen, ob nicht vielleicht noch eine dritte Extra-Ausgabe erschienen ist"; man gieng weiter und ein anderer meinte, es wäre vielleicht besser zum sogenannten „Schöpfernen Tagblatt" zu gehen, weil dasselbe, auch eine Extra-Ausgabe herausgegeben hat.

Ich habe gesagt: „Ich kann nur zum „Neuen Wiener Tagblatt" gehen", weil ich nur von diese mein Document, beziehungsweise beide Extrablätter zur Hand hatte und ich fühlte mich also nicht veranlaßt, irgendwo anders hinzugehen.

Als wir in die Rothenthurmstraße kamen und dann in die Sackgasse einbogen, sahen wir das Hauptthor offen; den Hof fanden wir erleuchtet. Wir traten ein und fragten den Hausbesorger, wo die Redaktion sei und begaben uns dann weiter! Es war alles beleuchtet, man hörte das Geräusch der Arbeiter, respective der Maschinen. Wir gingen

dann über eine Stiege und einen Gang zu einer offenen Thür, wo wieder einer unserer Genossen frug, wo hier die Redaction sei.

Eine Stimme antwortete: „Nebenan", und so kamen wir in ein größeres Zimmer, welches auch offen war; ich glaube es hatte die Thür nicht einmal Flügel. Wir traten ein; da sahen wir, ich glaube es waren sechs Zeitungsschreiber und ein Fräulein, wie sich später zeigte, eine Telegraphistin, in ziemlich vernachlässigter Stellung mit ganz und halbgeleerten Bierkrügeln um den Tisch versammelt.

Eine Stickluft war, eine Rauchluft war vorhanden, daß das Ganze auf mich mehr oder weniger den Eindruck einer Kneipe machte, wie ich solche gelegentlich meines Aufenthaltes in Hamburg, im sogenannten Matrosenviertel gesehen habe. Ich trat ein; wie viel hinter mir waren, weiß ich heute noch nicht anzugeben, nachdem ich keine Ursache hatte, mich umzuwenden und zu sehen, wer und ob jemand mir gefolgt sei.

Ich sagte dann, ich weiß es zwar nicht wörtlich, aber dem Wesen nach vollständig unleugbar richtig, Folgendes: „Da seht Ihr sie nun an der Arbeit diese Schandblattjuden; wenn sie uns persönlich beleidigen, so kann uns dies ganz und gar gleichgiltig bleiben und kann auf uns niemals einen Eindruck hervorbringen. — Daß sie aber soweit gegangen sind, das Leben, die Person, die Majestät des sterbenden Deutschen Kaisers durch Verbreitung falscher Nachrichten zu benützen, um damit ein Geschäft zu machen, das muß uns als Deutsche aufs innerste verletzen. Wir fühlen, daß dadurch die ganze deutsche Nation beleidigt und beschimpft ist"; und schließlich endete ich diese meine Worte, — ich habe ganz vergessen zu sagen, daß meine erste Frage lautete, als wir eintraten, bevor ich sagte: Hier seht Ihr sie an der Arbeit u. s. w., daß meine ersten Worte waren: „Welche Nachricht ist die richtige?" Ich hatte nämlich die beiden Extrablätter in der rechten Hand. In der linken hielt ich den Stock, der aber nicht derb und stark ist. Und darauf wurde mir in höhnisch verletzender Weise, in einer solchen Zeitungsschreibern schon eigenthümlichen Art und Weise zugerufen: „Natürlich die letztere." Diese höhnischen Zurufe in einer so ernsten Angelegenheit mußten verletzend sein. — Denn ich habe nicht Milch und Wasser, ich habe nicht Jauche, ich habe Blut in den Adern. Als diese verletzende Antwort mir gegeben, begann ich zu sagen: „Ihr solltet eigentlich niederknien und Abbitte leisten," und als sie mich wieder angrinsten und höhnisch ansahen und den Rauch mir über den Tisch hinüberbliesen, da wiederholte ich es: „Ihr solltet niederknien! Ihr solltet Abbitte leisten!" — Und hierauf wendete ich mich zum Gehen. Als ich der Thür schon nahe war, es waren nur wenige Schritte, so sah ich draußen mehrere Leute — es schienen Arbeiter zu sein — sie hatten blaue Kittel. Da sage ich laut: „Gehen wir!" Ich ging nun ganz langsam, und es kommt mir unbegreiflich vor, wie die Anklage behaupten kann, daß ich unbemerkt verschwand, und es wäre, wenn man die Localitäten dort kennt, geradezu unmöglich, schnell fortzugehen. Ich ging langsam weg. Unterwegs begegnete ich noch einem etwas beleibten Arbeiter. Ich hielt mich mit ihm ein wenig auf und sprach zu ihm: „Regt euch nicht auf, eueren Juden geschieht

nichts." Darauf gingen wir nun weiter und sahen, daß das Hausthor geschlossen war. — Es war infolge dessen nicht mehr so licht, weil von der Straße her kein Licht mehr einfallen konnte. Ich fragte nun im diesem Halbdunkel: „Sind alle Herren hier?" Es hieß, ja die Herren sind hier. Darauf sah ich einen Sicherheitswachmann in unserer Mitte auftauchen und sagte: „Sie, Herr, haben Sie die Güte, das Hausthor zu öffnen. — Wir sind ruhig gekommen, um wegen dieser falschen Extra-Ausgabe zu fragen. — Wir wollen uns auch ruhig entfernen. Wenn uns das unmöglich gemacht wird, wenn etwas Unzulässiges vorkommen sollte, werden Sie die Verantwortung tragen, ich möchte Sie deshalb ersuchen, das Hausthor öffnen zu lassen." Ich stellte mich darauf dem betreffenden Sicherheitswachmanne vor und sagte: daß ich unter allen Umständen bereit bin, den Vorgang, wo es auch immer sein mag, ganz der Wahrheit gemäß zu schildern. Der Wachmann ließ nun öffnen, und wir begaben uns ganz ruhig weiter, gingen zur Polizei-Direction, obwohl wir uns bewußt waren, daß wir in keiner Weise etwas Ungesetzliches begangen haben. Wir wollten bei der Polizei-Direction nur von dem Vorfalle Meldung thun, damit nicht, wie es gewöhnlich üblich ist, wie es thatsächlich geschehen ist, in unglaublichster Weise von lügenhaften Blättern die Sachen anders dargestellt werden. — Nachdem wir zur Polizei-Direction kamen und einen Fiaker dort stehen sahen, fragten wir, ob jemand von der Redaction schon da wäre. — Da hieß es, daß eben die Preßjuden schon hier wären und sich beim amtirenden Commissär befänden. — Endlich dachte ich mir, die Zeitungsschreiber könnten vielleicht bis morgen um 5 oder 6 Uhr aussagen. Wir klopften daher an die Thür des amtirenden Commissärs und sagten, daß wir da sind, aber nicht in der Lage wären, solange zu warten, bis die Zeitungsschreiber ausgesagt hätten. Der Commissär war unwirsch gegen mich und meinte: „Machen Sie keine Ausfälle, ich habe hier amtlich zu thun." Darauf entfernte ich mich und sagte im Momente des Entfernens: „Morgen werde ich wieder kommen." — Ich hatte auch die feste Absicht, in der Früh des anderen Tages, also Freitag, wieder zu kommen. Nun las ich eben andern Tages in den Wiener Blättern, daß die ganze Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden sei. Ich dachte daher, ich habe bei der Polizei nichts mehr zu thun und werde abwarten, was die löbliche Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit thun wird. Ich habe erst Freitag Nachmittags erfahren, daß der Genosse Gerstgrasser überfallen und mißhandelt worden ist in feiger Weise und erst nachher habe ich einen Freund ersucht, sich zu vergewissern, ob dies richtig sei. Dieser brachte die Nachricht, daß dies der Fall gewesen sei.

Das beweist, daß ich vom Angriffe auf Gerstgrasser, der leider zurückgeblieben und verletzt worden ist, nichts wußte, daß dies geschehen war, ohne daß ich eine Ahnung davon hatte, weil ich das Local schon verlassen hatte. Ich glaube nun den Verlauf der ganzen Angelegenheit erzählt zu haben, und bin selbstverständlich gern bereit, weitere Fragen zu beantworten.

Vertheidigungsrede des Herrn Abgeordneten Georg Ritter v. Schönerer.

Ich muß vorerst den hohen Gerichtshof bitten, mir für eine kurze Spanne Zeit Redefreiheit zu gewähren: Mir ist diese bei Behandlung dieser Angelegenheit im Abgeordnetenhause bekanntlich verwehrt worden. Ich glaube denn doch in der Situation, in der ich mich heute befinde, einiges Recht haben zu sollen, in meiner Redefreiheit, die ich nicht mißbrauchen werde, geschützt zu sein, und sie bewilligt zu sehen. Ich knüpfe nun an das letzte Wort des Herrn Staatsanwaltes, der meinte, meine Vermögensverhältnisse gestatten mir ein friedliches Leben, er sehe nicht ein, warum ich mich in den Kampf der Parteien stürze. Das war so ziemlich der Sinn seiner Worte. Ich verwahre mich dagegen, daß ich deshalb, weil ich unabhängig bin, ein friedliches Leben führen sollte und mich niemals um Volksinteressen kümmern sollte und nur, wie hundert andere, mit Glücksgütern Gesegnete, mich um Jagden, Maitressen, Trunk, Spiel und ähnliches kümmern sollte. Gerade weil ich unabhängig bin, habe ich es stets seit meiner ersten Candidatur im Jahre 1873 als meine Pflicht und Schuldigkeit betrachtet, für mein von der corrupten Judenpresse bedrängtes einheimisches Volk jederzeit ohne Rücksicht auf meine Interessen einzutreten. Selbstlos habe ich es gethan und uneigennützig mit Aufopferung meiner Person, mit Aufopferung von Mitteln und Glücksgütern und ohne jede Rücksicht auf meine eigenen Interessen.

Selbst unter meinen Gegnern, die ich bekämpfe, gibt es Leute, die sagen: „Ja, er stellt seinen Mann für die Sache, deren Vertretung er sich zur Lebensaufgabe gemacht." Ich bin nicht geneigt, mag geschehen was da wolle, im Wohlleben zu ersticken und zu ersterben, so lange ich sehe, daß mein geliebtes Volk darbt, in kümmerlichen Verhältnissen im Mittelstande sich befindet, und infolge einer lückenhaften Gesetzgebung von Leuten ausgebeutet und ausgesaugt wird, die sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ohne Mühe und Arbeit zu Millionären hinaufgeschwindelt haben. Man sagt: „Wenn Schönerer verurtheilt wird, wird eine neue Aera der Preßcorruption eintreten"; es mag wohl sein, ich glaube es aber nicht; denn gerade jene Genossen, von denen der Staatsanwalt sprach, daß sie mit mir und auch ohne mich durch Dick und Dünn miteinander gehen, werden die gute Sache unseres deutschen Volkes auch vertreten, wenn ich im grauen Hause hinter Schloß und Riegel sitzen sollte. Mein Rechtsgefühl sagt mir, daß ich kein Gesetz übertreten habe, mein Ehrgefühl sagt mir, daß ich überhaupt bisher niemals einen und am wenigsten den wiederholt von mir gelesenen § 83, betreffend Hausfriedensbruch, verletzt habe. Manches mag tadelnswerth sein, was ich in meinem Leben und aus Anlaß des besprochenen Falles gethan habe, aber dagegen, hoher Gerichtshof, verwahre ich mich, daß ich nicht stets aus den edelsten Motiven gehandelt hätte, daß ich nicht stets nach meiner Ueberzeugung Edles, Gutes, Rechtes für mein Volk und auch für den Staat, in welchem ich lebe, herbeiführen wollte.

Wir wollen in Oesterreich, Herr Staatsanwalt, sowie es auch seinerzeit in einer deutschen Thronrede stand, einen auf den sittlichen Fundamenten des Christenthums aufgebauten Staat, nicht aber einen Staat, der nach und nach immer mehr in die Lehre des Talmud gedrängt wird. Das wollen wir, und solange ich körperlich und geistig kräftig bin, will ich diesen Standpunkt an allen Orten und namentlich dort, wohin mich das Vertrauen der Bevölkerung bereits zum viertenmal gesendet hat, vertreten.

Man hat heute gesagt, ein Freund von mir war es, wenn ich nicht irre, ich weiß mich nicht zu beherrschen, und von anderer Seite wurde gesagt, mein Temperament sei zu hitzig. Nun, ich weiß gerade nicht, ob das eine schlechte Eigenschaft ist, wenn das Temperament des ehrlichen Mannes sich aufbäumt, wenn er so häufig Ungerechtigkeit sieht in den weitesten Kreisen, die er Gelegenheit hat zu beobachten und zu besuchen. Ich handle nicht nur aus edlen Motiven, sondern stets, soweit es in meinen Kräften und meinem Verständnisse liegt, ich handle nicht aus Gehässigkeit, wie gesagt wurde, und thue nicht unbesonnene Dinge und thue nichts Ungesetzliches, auch aus dem Grunde nicht, weil ich mich zu beherrschen weiß, wie kein anderer Mann, den ich in Oesterreich kenne. Der Staatsanwalt, der hohe Gerichtshof vielleicht weniger, muß es wissen, daß ich wie kein Anderer seit einem Jahrzehnt von der volksbedrückenden Presse ungerecht in den Koth gezerrt wurde, daß es keine schandbare Eigenschaft gab, die man mir nicht zugezählt hätte, daß Ausdrücke wie: Schnapphahn, Bandit, Trunkenbold, Lump, Krakehler, Saufkumpan, im Delirium tremens befindlicher Volksverführer, daß alle diese Ausdrücke in dieser Presse mir gegenüber nicht **einmal** sondern fortwährend seit einem Jahrzehnt gebraucht wurden, um in weiteren Kreisen zu wirken, namentlich aber, um eingestandenermaßen nach oben zu wirken, weil man wohl wußte, daß, wenn jemals in höheren maßgebenden Kreisen eine günstige Ansicht über mich und meine Grundsätze zutage treten könnte, daß dann allerdings sozusagen die letzte Stunde der bis heute unbehelligten Preßcorruption geschlagen hätte.

Ich kann mich nicht beherrschen, sagt man, ich wiederhole, ich kann mich mehr beherrschen, als irgend ein anderer. Die Vorwürfe und Beschimpfungen, nachdem ich ein reines Gewissen habe, von der genannten Seite, sie ließen mich jederzeit kalt, verehrter Gerichtshof und Herr Staatsanwalt. Als man aber daran gieng, das Heiligste zu verletzen, das ich kenne und besitze, als man ohne Grund und Ursache mein heißgeliebtes angetrautes Weib beschimpft, als man die unschuldigen Kinder, das älteste ist neun Jahre alt, als man meine vier unschuldigen Kinder ohne Grund und Ursache beschimpft, wiederholt beschimpft, in den Koth gezerrt hat vor dem weiten Kreise der Bethörten, von dieser Preßschlange, dieser corrumpirten öffentlichen Meinung, da habe ich es gefühlt: Du kannst dich beherrschen, wie kein zweiter Mann in Oesterreich. Denn es müßte ja Conflicte geben von Tag zu Tag, wenn ich tagtäglich die Schwellen des Parlamentes betrete und ihnen

da begegne jenen Preßjünglingen, die, Gott sei Dank, nicht deutschen Stammes sind. Denn einem Deutschen wäre es niemals möglich gewesen, diesen Hausfriedensbruch in das friedliche Leben eines gesetzgetreuen Staatsbürgers in Oesterreich zu bringen suchen. Da findet sich kein Staatsanwalt.

Es gibt Gesetze über unbefugte Colportage, Gesetze über Verbreitung beunruhigender falscher Nachrichten. Da findet sich kein Staatsanwalt. Es gibt einen § 516, betreffend die Verbreitung unsittlicher Ankündigungen, es fand sich jahrelang kein Staatsanwalt, um von demselben gegen die corrupte jüdische Presse Gebrauch zu machen, und erst dann, als ich die ganze Schandbarkeit dieses jüdischen corrupten Preßwesens öffentlich darstellte, als aus den besten Kreisen Wiens zu tausend und tausendmalen der Ruf erschallte: „Das sollte denn doch nicht gestattet sein"; es ist dies unter Beweis gestellt; da erst griff die löbliche Staatsanwaltschaft ein in milder Form und objectivirte, das heißt, machte Beschlagnahme in objectivem Sinne. Man nennt mich, und es ist ja heute, wenn die Form vielleicht auch höflicher war, dasselbe gesagt worden, was seit Jahren von Rückwärts, von allen Seiten und namentlich von der von mir genügend bezeichneten Seite, der corrupten jüdischen Presse wiederholt gesagt worden ist .....

Präsident: Ich bitte Sie, weniger laut zu sprechen.

Ritter v. Schönerer: Ich bitte, ich kann auch schließen.

Präsident: Nein, ich entziehe Ihnen das Wort nicht.

R. v. Schönerer (nach einer Pause fortfahrend): Man hat also in dieser Presse mich direct und indirect, frei und offen genannt den Landesverräther, den Unpatrioten. Man hat mich Preußenfeuchler genannt, und ich weiß nicht, wie alle diese Beschuldigungen heißen, und wiederholt, wenn auch in milderer Form, ist es in der Sache derselbe Vorwurf, der heute von der löblichen Staatsanwaltschaft mir gegenüber aufgeworfen worden ist. Darüber gehe ich vorläufig hinaus.

Ich werde mit zwei Worten noch darauf zurückkommen. Ich will aber sagen, von welcher Seite, hoher Gerichtshof, von welcher Seite sind mir diese Vorwürfe des Hoch- und Landesverrathes gemacht worden? Von Seite derjenigen Presse, die niemals angestanden hat, wenn es sich darum handelte, das monarchische Gefühl im Volke zu verletzen, die höchsten Herrschaften durch cynische Artikel, durch ihre Witze in den Koth zu zerren. Von dieser Seite wurde mir dieser Vorwurf gemacht, und wenn man nicht immer direct auf die einheimischen, monarchischen Familien und ihre Verwandtschaften losgeht, so ist es ja, hoher Gerichtshof, ganz dasselbe, wenn man wie vor zwei Jahren, die Katastrophe, die sich im bayrischen Königshause am Starnberger-See ereignet hat, dazu benützte, die gemeinsten, cynischen, erbärmlichsten Witze zu machen. Glauben Sie, hoher Gerichtshof, daß diejenigen Herren draußen im Reiche und anderswo, wo auch corrupte Preßjünglinge sich befinden, Halt machen werden, um gegenüber österreichischen, monarchischen Familien in derselben Weise vorzugehen? Ich erinnere mich auch genau an einen Artikel, um mit Thatsachen aufzutreten, der in einem solchen Blatte vor Jahren

erschienen war, ich glaube er war betitelt: „Eine hohe oder seltsame Frau . . . . .“ Die Kaiserin von Oesterreich, war damit gemeint, das zischelten sich die Juden und ihre Genossen in Gast- und Privathäusern in die Ohren. Oeffentlich war der Name nicht genannt. Jeder aber, der in gewisse Kreise kam und mit der Politik überhaupt vertraut war, wußte genau, wer hier gemeint war. Ich will noch erinnern, aus den letzten Tagen im Monate April war es, an einen Artikel, der in einem Blatte stand: „Der sterbende Kaiser“; mehr Zusammenfassung von Gefühllosigkeit und Gemeinheit habe ich, hoher Gerichtshof, selten in einem Artikel gefunden, wie in diesem, der ja jedes monarchische Gefühl auf's Tiefste beleidigen mußte.

Ich erinnere daran, wie in einem solchen Blatte in Wien im November eine sogenannte Drahtmeldung mit fetten Lettern stand: „Das Leben des Deutschen Kronprinzen zählt nur nach Stunden“, und man fand sich geneigt, in einem nächsten Blatte sich mit Anekdoten aus dem Leben des angeblich schon mit dem Tode ringenden Monarchen zu beschäftigen; Thron und Altar, mit cynischen Witzen werden sie behandelt von dieser wüsten republikanischen Presse, die nach außenhin oft Loyalität heuchelt und die in der Praxis im Volke immer republikanische Grundsätze verbreitet.

Der Herr Staatsanwalt — und er gab mir das Recht, darauf zu antworten — hat einen angeblich von mir gebrauchten Ausdruck nicht unter die Anklage gestellt. Nun, hoher Gerichtshof und verehrter Herr Staatsanwalt, wenn dieser Ausdruck irgendwie gefährlich, irgendwie unter einen schwerwiegenden Paragraph fallen könnte, dann hat der Herr Staatsanwalt seine Pflicht verletzt, wenn er mich nicht unter den diesbezüglichen Paragraph gestellt und angeklagt hat. Ich meine nämlich den Ausdruck „unseres Kaisers“, wie manche Zeugen behaupten, ich hätte gesagt „unseres Kaisers Wilhelm“ oder „unseres Deutschen Kaisers“. Ich habe schon in der Voruntersuchung erwähnt, wenn ich es gesagt hätte, wäre ich der Letzte es zu leugnen, und wenn man oft sagt und auch heute gesagt hat, ich hätte meine Genossen getäuscht und irregeführt, so weiß ich es doch besser, daß man mir im Allgemeinen den Vorwurf machte — aus Freundes- und Feindeslager — daß ich zu sehr offen, geradezu undiplomatisch und unpolitisch bin und deshalb vielleicht auch manchmal tadelnswerthe aber nicht ungesetzliche Begebenheiten veranlaßt habe. Also ich hätte gesagt: „unseres Kaisers Wilhelm!“ Ich habe es nicht gesagt.

Nehmen wir aber an, ich hätte es gesagt, so würde ich nicht davor zurückscheuen, diesen Ausdruck vor aller Welt offen und frei und auch vor jedem Gerichtshofe in Oesterreich zu vertreten und zu erklären. Wir Deutsche können mit demselben Rechte sagen: „unseres Kaisers Wilhelm“, wie wir sagen können: „unseres Bismarck“, „unseres Schiller“ und bezüglich anderer großer deutscher Männer weiter, aber eines muß ich persönlich dem Herrn Staatsanwalt, und damit eile ich dem Schlusse meiner Worte zu, hier vor Augen halten.

Er hat angespielt darauf, daß ich mit diesen Ausdrücken meine Gesinnung bekannt hätte; ich erinnere hier an eine Thatsache, nicht an eine von mir aufgestellte Behauptung. Wenn wir Abgeordnete in das österreichische Parlament eintreten, was ist das erste was wir thun? Der Schriftführer erhebt sich und verliest das Gelöbnis, Herr Staatsanwalt, und wie lautet dieses Gelöbnis? „Sie werden Sr. Majestät dem Kaiser Treue und Gehorsam und unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze, sowie aller anderen Gesetze an Eides statt geloben." Deutsche Mannesart und christliche Sitte ist es nun nach meiner Ueberzeugung, freiwillig geleistete Gelöbnisse und Eide zu halten unter allen Umständen! Und es nicht so zu machen, wie es uns gewisse Gelehrte in der Beschreibung von einer gewissen Lehre, die über den Eid in einem gewissen Buche, Talmud genannt, enthalten sind. —

Ich danke dem geehrten Herrn Präsidenten und dem hohen Gerichtshofe, daß er mir gestattet hat, einige wenige Worte zu reden, die doch gewiß auch zur Sache gehören.

Ich danke, daß es mir an dieser hohen Stelle gegönnt war, in dieser Frage endlich einmal offen zu sprechen, und ich habe es nur deshalb gethan, weil der Einwurf von achtbarer Seite geschah. Nur deshalb geschah die Antwort, um richtig zu stellen, und durch Thatsachen an entsprechender Stelle, wie ich glaube, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich schließe, hoher Gerichtshof, und sage: Ich habe mich nie und werde mich niemals an die Stufen des Thrones drängen, werde niemals mit Patriotismus in einer vordringlichen Weise prunken; das eine aber weiß ich, daß, wenn nicht ich, so doch andere und bald der gesammte deutsche Mittelstand in Oesterreich, mehr und mehr den Ruf erschallen lassen werden, den ich stets in meinen Grundsätzen vertreten habe, den Ruf, der auch bis an die Stufen des Thrones in Oesterreich gelangen wird, der sich zusammenfassen läßt in neun Worte, die da lauten:

„Majestät, gebt frei das Volk vom Joche der Judenpresse!"

Das Programm der deutschnationalen Antisemiten.

(Linzer Programm.)

Man darf von einer ernsten politischen Partei mit Recht fordern, daß sie wisse, was sie will, daß sie bestimmte Ziele habe und sich über die Mittel zur Erreichung derselben im Klaren sei. So selbstverständlich dies ist, so finden wir doch, daß die meisten Parteien eines bestimmten Programmes entbehren, daß sie sich, wenn man sie um ihre Grundsätze und Ziele befragt, auf allgemeine Redensarten beschränken, die sich

jeder in anderer Weise auslegen kann, daß sie es aber nach Möglichkeit vermeiden, genauen Aufschluß darüber zu geben, welche Mittel sie zur Förderung des Volkswohles für nothwendig erachten. Forscht man nach den Gründen dieser Zurückhaltung, so findet man deren eine ganze Reihe. Da ist zunächst das Bestreben jeder Partei zu Macht und Einfluß zu gelangen. Um dieses Ziel zu erreichen, trachtet man möglichst viele Mitglieder zu vereinen. Das aber geht eben nur, wenn man so wenig Forderungen als möglich aufstellt, und dieselben so unbestimmt als möglich formulirt, weil in diesem Falle die verschiedenartigsten Meinungen nebeneinander Platz haben. Ein weiterer Grund ist die Gedankenarmuth, welche selbst bei sogenannten hervorragenden Politikern nur allzu häufig anzutreffen ist, und die Bequemlichkeit, welche gar viele abhält, ernstlich nach Mitteln zur Hebung des Volkswohles zu forschen. Besonders wesentlich ist aber der Mangel an Ehrlichkeit und der Mangel an Muth bei so manchen Parteiführern. Die einen wollen ihre Ziele nicht aufdecken, die anderen getrauen sich nicht es zu thun, und so muß das Volk zufrieden sein mit den tönenden Phrasen, die man ihm bietet.

Wir unserseits sind stets bestrebt gewesen, nicht nur alle Fragen der Volkswohlfahrt richtig zu erfassen und Mittel zu ihrer Lösung zu finden, wir haben es auch stets für unsere Pflicht gehalten, es laut und deutlich auszusprechen, was wir wollen, und so ist denn auch unsere Partei die einzige, welche ein umfassendes Programm schon seit Jahren besitzt, während die übrigen Parteien in Oesterreich unseres Wissens auch heute noch nicht über die Anfänge eines solchen hinausgekommen sind. Bereits im Jahre 1880 wurden die wesentlichsten Punkte dieses Programmes von dem Abgeordneten **R. v. Schönerer** festgesetzt; im Jahre 1882 aber erfolgte eine ins Einzelne gehende Bearbeitung dieses Programmes, welches im Sommer desselben Jahres zuerst in **Linz** veröffentlicht wurde und seither die feste Grundlage unseres Vorgehens in allen Fragen des öffentlichen Lebens bildet. Vielfache Aufforderungen um Mittheilung dieses Programmes geben Veranlassung, dasselbe hiemit nochmals in der jetzigen Form zum Abdruck zu bringen.

I. Es ist sowohl im nationalen als im staatlichen Interesse gelegen, daß diejenigen Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche ehemals dem deutschen Bunde angehörten, für sich ein möglichst unabhängiges und streng einheitlich organisirtes Ganzes bilden und es muß demnach angestrebt werden:

1. Daß das derzeit bestehende Verhältnis zwischen der diesseitigen Reichshälfte und Ungarn durch die Personal-Union ersetzt werde;
2. daß das Königreich Dalmatien, sowie Bosnien und die Herzegowina endgiltig in Ungarn einverleibt werden;
3. daß die Kronländer Galizien und Bukowina entweder mit Ungarn vereinigt, oder aber denselben eine Sonderstellung ähnlich jener eingeräumt werde, wie sie Croatien innerhalb des ungarischen Staatsverbandes besitzt.

II. Es ist durch die Lage und durch die historische Entwicklung der diesseitigen Reichshälfte bedingt, daß jenen Ländern der Monarchie, welche ehemals dem deutschen Bunde angehörten, der deutsche Charakter gewahrt bleibe, und es muß daher gefordert werden, daß durch ein Gesetz die deutsche Sprache als Staatssprache erklärt, insbesondere aber verfügt werde:

4. Daß die deutsche Sprache ausschließlich Sprache des Heeres, der Vertretungskörper und der öffentlichen Aemter sei, daß demnach der gesammte innere Amtsverkehr, sowie die öffentlichen Bücher und Protokolle ausschließlich in deutscher Sprache geführt werden und daß Niemand eine Staatsanstellung oder sonst ein öffentliches Amt bekleiden könne, der nicht der deutschen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig ist;
5. daß in Orten mit sprachlich gemischter Bevölkerung an mindestens einer Volkschule der Unterricht in deutscher Sprache ertheilt und an allen Mittelschulen die deutsche Sprache als obligater Gegenstand gelehrt werde, wogegen kein Schüler zur Erlernung einer anderen etwa landes- oder bezirksüblichen Sprache gezwungen werden kann;
6. daß sämmtliche Staatsprüfungen und Rigorosen, sofern sie zur Erlangung einer Anstellung im Staats- oder Landesdienste berechtigen sollen, ausschließlich in deutscher Sprache abgelegt werden müssen.

III. Es ist im Interesse des Volkes und des Staates gelegen, daß den Grundsätzen des Constitutionalismus in vollstem Maße Rechnung getragen werde und es ist demnach anzustreben:

7. Daß die bestehende gekünstelte unvollständige und ungerechte Interessenvertretung durch eine fortschreitende Erweiterung des Wahlrechtes, sowie insbesondere durch Vermehrung der Abgeordnetenzahl für die Landgemeinden und durch Einführung der directen Wahl mittelst geheimer Abstimmung zu einer wahren Volksvertretung umgestaltet werde;
8. daß nur Männer von gewiegter Erfahrung, principientreuer Gesinnung, unbeugsamen Charakter und bewährter Uneigennützigkeit in das Abgeordnetenhaus gewählt werden, deutsche Männer, welche die Bedürfnisse des Volkes kennen und ein warmes Herz für dieselben haben;
9. daß insbesondere solche Männer, welche in Folge ihrer Stellung nicht in der Lage sind, ihrer Ueberzeugung unter allen Umständen Ausdruck zu geben, also Priester und Staatsbeamte, sowie Präsidenten, Verwaltungsräthe und Directoren von Eisenbahnen oder von Actiengesellschaften, welche mit dem Staate Geschäfte machen, oder welche sich im Concurse oder in Liquidation befinden, von der Wählbarkeit in den Reichsrath ausgeschlossen werden.

IV. Es ist im Interesse der gedeihlichen Entwicklung des Staates unerläßlich, daß die in den Staatsgrundgesetzen aufgestellten freiheitlichen Grundsätze zur vollen Geltung gelangen, und es muß daher gefordert werden:

10. Freies Vereins- und Versammlungsrecht;
11. Preßfreiheit, Abschaffung der Cautions- und Stempelpflicht und des objectiven Verfahrens, Freigebung der Colportage, aber auch wirksame Bekämpfung der moralischen Fäulnis in der Presse, etwa durch staatliche Einflußnahme auf das Inseratenwesen 2c.
12. Erhaltung und vollständige Durchführung jener Grundsätze, auf welchen unsere Volksschule aufgebaut ist (mit schuldiger Rücksichtnahme auf die materiellen Verhältnisse der Landbevölkerung in Bezug auf Schulbesuch, Schulbauten u. dgl.), da eine gute und freisinnige Erziehung die Vorbedingung des dauernden Bestandes und der freiheitlichen Entwicklung des Staates ist.

V. Es ist eine unerläßliche Vorbedingung für den Bestand und das Gedeihen des Staates, daß die Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte ernstlich in Angriff genommen werde und es ist daher anzustreben:

13. Die endgiltige Abrechnung mit Ungarn bezüglich der gemeinsamen Rentenschuld und bezüglich der Achtzig-Millionen-Schuld an die österreichisch-ungarische Bank, sowie die Intabulation der Kosten für die Occupation Bosniens und der Herzegowina auf die genannten Länder;
14. die Umwandlung sämmtlicher Staatsschulden, soweit sie nicht dem besonderen Zwecke der Verstaatlichung der Eisenbahnen und des Versicherungswesens dienen, in einheitliche, nicht tilgbare Rente;
15. die Erzielung von Ersparnissen, durch Vereinfachung der Rechtspflege und der Verwaltung und — soweit dies ohne Gefährdung der Wehrkraft des Reiches geschehen kann — durch eine Verminderung der Heeresauslagen (Herabsetzung des Präsenzdienstes auf zwei Jahre für Jene, welche lesen, schreiben und rechnen können); weiters die Aufstellung eines Normal-Budgets, welches außer im Falle kriegerischer Ereignisse oder nothwenidger wirthschaftlicher und staatsfinanzieller Transactionen nicht überschritten werden darf.

VI. Es ist weiters unerläßlich, daß der Staat unabhängig gemacht werde von den Geldmächten, indem dafür Sorge getragen wird, daß er jederzeit über die erforderlichen Geldmittel verfüge, ohne wie bisher genöthigt zu sein, fast jedes Jahr eine neue Schuld zu contrahiren, zugleich aber auch ohne den Steuerzahler durch übermäßige und ungerechte Abgaben zu bedrücken. Um dies zu erreichen, ist eine durchgreifende Aenderung des bestehenden Steuerwesens nach dem Grundsatze einer gerechten Vertheilung der Lasten erforderlich und muß demnach angestrebt werden:

16. Die Einführung einer progressiven Einkommensteuer an Stelle der gegenwärtig bestehenden directen Steuern, unter Festsetzung eines steuerfreien Existenzminimums, Aufstellung höherer Steuersätze für das Renteneinkommen, und niedrigerer Sätze für das Arbeitseinkommen, sowie wirksamer Vorkehrungen gegen Steuerumgehungen seitens des mobilen Capitales;

17. eine gründliche Reform der Erbsteuer mit besonderer Rücksichtnahme auf die Armenversorgung, ferner die Einführung von Luxussteuern, sowie einer ausgiebigen Besteuerung der Börsegeschäfte;
18. eine umfassende Reform der indirecten Steuern in der Weise, daß die unentbehrlichen Lebens- und Gebrauchsartikel gar nicht oder in möglichst geringem Maße, dagegen Luxusartikel ausgiebig getroffen werden, ferner eine entsprechende Revision der Stempel- und Gebührengesetze und des Zolltarifes.

VII. Es muß als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates bezeichnet werden, diejenigen Vorbedingungen zu schaffen, welche eine gedeihliche Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse ermöglichen; diese Vorbedingungen aber sind:

19. Die Schaffung eines gemeinsamen Zollgebietes mit dem Deutschen Reiche, unter Einbeziehung Ungarns und der Balkanländer, sowie die Erzielung eines einheitlichen Vorgehens beider Reiche in allen wirthschaftlichen Fragen nach den Grundsätzen des wirthschaftlichen Schutzsystems;
20. die Organisation der arbeitenden Classen durch Einführung von obligatorischen Gewerbsgenossenschaften und Arbeitergewerksvereinen, sowie Bildung von Wirthschaftskammern mit getrennten Sectionen für Handel, Gewerbe, Land- und Forstwirthschaft und für die Interessen des Arbeiterstandes;
21. die Bildung eines Volkswirthschaftsrathes, der aus Sachverständigen aus den betheiligten Kreisen gebildet ist, und welchem alle Gesetzentwürfe und Verordnungen wirthschaftlichen Inhaltes zur Begutachtung vorgelegt werden müssen.

VIII. Es ist im hohen Grade wünschenswerth, daß wirthschaftliche Unternehmungen, welche für die Gesammtheit oder größere Kreise der Bevölkerung von Wichtigkeit sind, vom Staate selbst übernommen oder so geregelt werden, daß sowohl die öffentlichen als die privaten Interessen in ausreichender Weise gewahrt erscheinen und es ist demnach insbesondere anzustreben:

22. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Regelung des Tarifwesens zur Förderung der landwirthschaftlichen und gewerblichen Production, die nothwendige Regulirung der Ströme und Flüsse, sowie die Herstellung geeigneter Wasserstraßen, insbesondere des Donau-Oder-Canales;
23. die Verstaatlichung des Versicherungswesens unter gleichzeitiger Einführung einer Alters- und Unfallsversicherung;
24. die Schaffung eines Actiengesetzes, welches einen wirksamen Schutz gegen sittliche und wirthschaftliche Gefahren gewährt.

IX. Es ist eine ganz selbstverständliche Aufgabe des Staates, die heimische Production und die ehrliche Arbeit überhaupt zu unterstützen und zu fördern und nach Möglichkeit auch für das materielle Wohl aller Staatsbürger zu sorgen. Dem entsprechend ist zu fordern:

25. Eine entsprechende Reform der Gewerbeordnung und Verordnung strenger Maßregeln zur Hintanhaltung gewerblicher Fälschungen, und zwar sowohl in Bezug auf Maß und Gewicht, als in Bezug

auf die Beschaffenheit der Waaren; insbesondere ist anzustreben die Forderung des Befähigungsnachweises, Einschränkung des Hausirhandels und Beschränkung der industrieellen Strafhausarbeiten auf den eigenen und Staatsbedarf;

26. eine Reform der Fabriksgesetzgebung, insbesondere mit Feststellung einer Normalarbeitszeit, Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, Haftpflicht der Arbeitsgeber für Unfälle der Arbeiter und Einführung von Fabriksinspectoren;
27. Schaffung einer raschen und billigen Justiz, unter Beibehaltung der bisherigen Competenz der Bezirksgerichte auf dem Lande, Aufhebung des Legalisirungszwanges; Aufstellung eines Tarifes zur Regelung der Vertretungskosten der Advocaten; sodann Anlegung von Strafcolonien zur Unterbringung und Beschäftigung gemeinschädlicher Individuen.

X. Es ist im Interesse des Staates geboten, für die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes zu sorgen, da dieser eine der wesentlichen Grundlagen eines gesunden Staates bildet; es ist daher vor Allem nothwendig, daß der fortschreitenden Verschlimmerung der bäuerlichen Verhältnisse Einhalt gethan werde und ist zu diesem Zwecke insbesondere anzustreben:

28. Die Entlastung der durch die Grundsteuerregulirung über Gebühr betroffenen Kronländer, Regelung des Sparcassewesens, Schaffung von landwirthschaftlichen Creditinstituten und von strengen Maßregeln zum Schutze gegen wucherische Creditvermittlung;
29. ein wirksames Eingreifen des Staates zur Verhinderung der weiteren Ueberschuldung und der Entwerthung von Bauerngütern;
30. eine Reform des bäuerlichen Erbrechtes und die Schaffung eines Heimstättengesetzes (executionsfreies Existenzminimum).

XI. Da die Monarchie in Folge ihrer geographischen, politischen und wirthschaftlichen Lage sich nicht auf sich selbst zurückziehen kann, so ist es Aufgabe einer ernsten politischen Partei, auch den äußeren Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und es muß in dieser Beziehung gefordert werden:

31. Die Erhaltung und dauernde Befestigung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche durch einen Staatsvertrag;
32. die Entfaltung einer kräftigen und zielbewußten Orientpolitik, insbesondere Wahrung der österreichischen Interessen an der unteren Donau und in den Balkanländern;
33. die kräftige Wahrung der maritimen Interessen Oesterreichs, insbesondere im Mittelmeere und in den Mittelmeerländern;

XII. Zur Durchführung der **angestrebten Reformen ist die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerläßlich.**

Denkspruch: „Bewahren wir den Bauernstand, diesen Schatz, diesen Reservefonds unserer nationalen Zukunft, mit gebührender Sorgfalt! So schwer das Erhalten oft sein mag, so ist es doch immer noch viel leichter als das Wiederherstellen. **Der Bauernstand ist die Wurzel des Volksbaumes.** Die Blüthen, Blätter und Zweige der Krone, ja selbst der Stamm können absterben und, wenn die Wurzel gesund ist, wieder ersetzt werden. **Aber wo die Wurzel nichts taugt, da geht der ganze Baum zu Grunde.**"

Deutscher Bauerntag

im Sofiensaale zu Wien am 20. März 1886.

Einberufer und Vorsitzender:

G. Ritter von Schönerer

Gutsbesitzer, Reichsraths-Abgeordneter, Schloß Rosenau, N.-Oest.

Kundgebungen.

(Einstimmig beschlossen von über 3000 Grundbesitzern.)

I.

1. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die jetzige traurige Lage des Bauernstandes und besonders die Verschuldung des bäuerlichen Besitzes zu einem beträchtlichen Theile dadurch bewirkt wurde, daß der Zerstückelung und Ueberbürdung des Grundbesitzes gesetzlich keine Schranken gesetzt sind.

2. Die Versammlung hält es im Interesse des Bauernstandes für dringend geboten, daß ehethunlichst Gesetze erlassen werden, durch welche der Fortdauer des jetzigen verderblichen Zustandes ein Ende gemacht wird; insbesondere wären folgende Verfügungen zu treffen:

a) Jedes Bauerngut mittlerer Größe, welches nicht höher als bis zum zwölffachen Betrage des Katastral-Reinertrages mit grundbücherlich einverleibten Schulden belastet ist, ist auf Verlangen des Eigenthümers oder der in erster Linie erbberechtigten Personen oder der gesetzlichen Vertreter derselben von dem zuständigen Bezirksgerichte als Heimstätte zu erklären und im Grundbuche als solche auszuzeichnen.

b) Als mittleres Bauerngut im Sinne der vorstehenden Bestimmung ist jeder ackerbaufähige Grundbesitz im Ausmaße von 6 bis zu 60 Hektaren nebst dazu gehörigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, Viehstand und Wirthschaftsgeräthen anzusehen, welcher vom Besitzer selbst bewirthschaftet wird und dessen Katastral-Reinertrag nicht weniger als 100 und nicht mehr als 600 Gulden beträgt.

c) Die Heimstätte ist untheilbar. Sie kann vom Eigenthümer nur als Ganzes und nur mit Zustimmung der in erster Linie erbberechtigten Personen verkauft, desgleichen nur als Ganzes und nur an Einen Erben vererbt und wegen Schulden nicht executiv veräußert werden.

d) Die Vereinigung einer Heimstätte mit einem Großgrundbesitze oder mit einer anderen Heimstätte ist unzulässig, und Verträge, welche eine solche Vereinigung bezwecken, sind für ungiltig zu erklären.

e) Der Eigenthümer der Heimstätte ist berechtigt, dieselbe noch bei Lebzeiten einer der in erster Linie erbberechtigten Personen zu übergeben, desgleichen steht ihm das Recht zu, diejenige erbberechtigte Persönlichkeit zu bezeichnen, welche nach seinem Tode die Heimstätte übernehmen soll.

f) Unterläßt der Eigenthümer die Namhaftmachung eines Uebernehmers, so gilt das Vorrecht des höheren Alters und des männlichen Geschlechtes vor dem weiblichen. Sollte sich jedoch keine der in gerader Linie erbberechtigten Personen zur Uebernahme der Heimstätte bereit erklären, so ist dieselbe als Ganzes an den Meistbietenden zu verkaufen und der Erlös zu gleichen Theilen unter sämmtlichen Erben zu vertheilen.

g) Als Werth der Heimstätte im Erbfalle ist der vom zwanzigfachen Katastral-Reinertrage nach Abzug der darauf haftenden Schulden verbleibende Restbetrag anzusehen. Von diesem Werthe erhält der Uebernehmer die Hälfte als Vorantheil zugesprochen; die zweite Hälfte des Werthes erhalten, wenn nicht eine anderweitige letztwillige Verfügung vorliegt, zu gleichen Theilen sämmtliche Erben zugewiesen.

h) Die Heimstätte kann zur Hereinbringung von Schuldforderungen keiner anderen Art des Vollzugsverfahrens, als der Abmeierung (Sequestration) unterzogen werden. Die Person des Meiers (Sachwalters, Sequesters) ist auf Verlangen des Gerichtes von der Gemeinde zu bestimmen.

i) Aufgabe der Landesvertretungen ist es, die Bildung von Heimstätten, insbesondere durch Zusammenlegung von Grundstücken nach Thunlichkeit zu fördern. Sie haben in dieser Hinsicht den Gemeinden mit Rath und That an die Hand zu gehen und insbesondere denselben im Bedarfsfalle in der Erlangung billiger Geldvorschüsse zu diesem Zwecke behilflich zu sein. In gleicher Weise ist es die Aufgabe der Volksvertretung, die Bildung von bäuerlichen Heimstätten auch durch Beschränkung der Großgrund-

besitz-Fideicommisse zu fördern und sind keine neuen derartigen großen Fideicommisse ins Leben zu rufen.

k) Alle Rechtsgeschäfte, Rechtshandlungen und Rechtssprüche, welche die Heimstätte betreffen, mit Ausnahme des Verkaufes derselben, sind von Stempeln und Gebühren zur Hälfte befreit.

l) Das Vollzugsverfahren auf Bauerngüter, welche nicht als Heimstätten erklärt sind, ist, soweit es sich nicht auch auf Fahrnisse zu erstrecken hat, auf die Anmerkung des executiven Pfandrechtes im Grundbuche und auf einen einmaligen, bei Gericht selbst abzuhaltenden Feilbietungstermin zu beschränken. Als Schätzungs-, beziehungsweise Ausrufungspreis hat stets der zwanzigfache Katastral-Reinertrag zu gelten.

m) Wird bei der Feilbietung ein den Schätzwerth erreichendes Anbot nicht erzielt, so hat das Gericht das Vollzugsverfahren für geschlossen und sämmtliche den Schätzungswerth übersteigende Forderungen für erloschen zu erklären. In diesem Falle ist die Gemeinde, in deren Gebiet das betreffende Bauerngut gelegen ist, verpflichtet, dasselbe zu übernehmen und die auf demselben noch bis zur Höhe des Schätzwerthes haftenden Schulden mit drei vom Hundert jährlich zu verzinsen. Die gleiche Verpflichtung obliegt der Gemeinde, wenn einzelne Grundstücke in ihrem Umkreise zur Versteigerung gelangen.

n) Die Gemeinden haben die Pflicht, aus den auf solche Weise erworbenen Besitzungen nach Thunlichkeit Heimstätten zu bilden und dieselben unbemittelten oder armen aber fleißigen, rechtschaffenen Gemeindegenossen entweder in Pacht oder gegen mäßige Jahresabzahlung ins Eigenthum zu übergeben. Zur Bestreitung der mit der Erfüllung dieser Obliegenheiten verbundenen Auslagen ist den Gemeinden im Bedarfsfalle ein mit drei von Hundert verzinslicher, je binnen dreißig Jahren tilgbarer Vorschuß zu gewähren.

o) Das Vollzugsverfahren auf beweglichen Gütern ist in der Weise einzuschränken, daß die zum Betriebe der Wirthschaft erforderlichen Bestandtheile, als: Vieh, Geräthschaften, Saatkorn, sowie ausreichende Lebensmittel für die Familie des Schuldners bis zur nächsten Ernte in die Pfändung nicht einbezogen werden dürfen. Die Execution selbst ist in der Weise vorzunehmen, daß die Pfändung und Schätzung gleichzeitig und die Feilbietung an einem einzigen Termine erfolgt.

p) Es ist gesetzlich eine Grenze festzustellen, über welche hinaus ein Bauerngut nicht mit Schulden belastet werden darf.

q) Bei Uebergabe eines Bauerngutes auf einen Erben werden die anderen Erbberechtigten, wenn nicht anderweitige Güter oder Vermögenstheile vorhanden sind, durch einseitig unaufkündbare Schuldverschreibungen auf das Gut entschädigt; die Zinsen dieser Schuldverschreibungen dürfen aber keine solche Höhe erreichen, daß hiedurch dem Bewirthschafter dieses Gutes bei mittleren Verhältnissen ein seinem Fleiße entsprechender Ertrag nicht

erwachsen würde; dafür haben alle erbberechtigten Familienmitglieder im Falle der Erwerbsunfähigkeit Anspruch auf Erhaltung von Seite des Heimstättenbesitzers.

3. Die Versammlung erklärt die Aufhebung des Wechselrechtes für den Bauernstand für nothwendig und sollen daher Executionen wegen Wechselschulden gegen Angehörige des Bauernstandes überhaupt nicht vorgenommen werden.

4. Die Ausschlachtung von Bauerngütern ist als eine gemeinschädliche Haltung strafgerichtlich zu verfolgen.

II.

1. Die Versammlung drückt die zuversichtliche Erwartung aus, daß sowohl Regierung als Volksvertretung mit Rücksicht auf die allgemeine mißliche Lage und die überaus gefährdeten und drückenden Verhältnisse, in welchen sich die Landwirtschaft befindet, und mit Rücksicht auf die besonders seit der Zeit der letzten Grundsteuer-Regulirung stetig sinkenden Preise fast aller landwirtschaftlichen Producte eine ausgiebige Ermäßigung der Grundsteuer als eine gerechte, unabweisbare Maßregel anerkennen und zur Durchführung bringen werden. In gleicher Weise erscheint eine Herabminderung der Gebäudesteuer, sowie eine Ermäßigung des Salzpreises dringend geboten, und wird eine gerechte Reform des Systems der Gemeinde-, Schul-, Straßen- und Bezirksumlagen als Bedürfnis anerkannt.

2. Eine progressive Besteuerung des mobilen Capitales (Capital-Rentensteuer, Börse- und Luxussteuer 2c.) und wirksame Vorkehrungen gegen Steuerumgehungen dieses beweglichen Capitales sind, besonders auch mit Rücksicht auf eine gerechte Vertheilung der Lasten, ebenso unbedingt erforderlich, wie die Einführung des Branntwein-Monopoles.

III.

1. Die Versammlung hält es im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes für dringend nothwendig, daß mit thunlichster Beschleunigung die Ablösung der Grundschuld durch den Staat ins Werk gesetzt, und daß durch Errichtung einer Reichs-Bauernbank und von Landesbauern-Banken für einen billigen Realcredit, und durch zweckentsprechende Einführung von landwirthschaftlichen Vorschußvereinen in allen Gemeinden, für einen billigen Personalcredit des Bauernstandes Vorsorge getroffen wird.

2. Die Schaffung eines strengen Gesetzes gegen Wucher jeder Art, mit festem Zinsfuß und mit hohen empfindlichen Strafen erscheint unerläßlich.

3. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß bei der Steuerbemessung die Schuldzinsen von dem Reinertrage in Abzug gebracht werden.

IV.

1. Die Versammlung erblickt in einer Zolleinigung zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche mit gemeinsamen Schutzzöllen gegen die auswärtige Concurrenz ein wirksames Mittel gegen die Nothlage der einheimischen Landwirthschaft.

2. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die entsprechende Regelung des Tarifwesens zur Förderung der landwirthschaftlichen Production, sowie die Herstellung geeigneter Wasserstraßen, insbesondere des Donau-Oder-Canales, sind gerechte Forderungen des Bauernstandes.

V.

1. Dem Vagabundenwesen zu steuern, erscheint in erster Linie als eine ernste Aufgabe des Staates.

2. Gegen erwiesenermaßen arbeitsfähige, aber unverbesserliche und arbeitsscheue Vagabunden soll die Gesetzgebung in vollster Strenge einschreiten und nur gegen Diejenigen wäre milder vorzugehen, welche durch Gebrechen erwerbslos geworden oder die durch Arbeitsmangel zeitweilig zu herumstreifendem Leben gezwungen sind.

3. Die Errichtung, beziehungsweise die Vermehrung von Zwangsarbeits- und Correctionshäusern, sowie von Rettungshäusern für verwahrloste Kinder erscheint geboten.

4. Die derzeit bestehende Freizügigkeit wäre rücksichtlich der notorisch der Landstreicherei obliegenden zuständigen Zigeuner zu beschränken; rücksichtlich der dem ungarischen Staatsverbande angehörigen Zigeuner wäre ein Verbot des Ueberschreitens der Grenze der diesseitigen Reichshälfte zu erlassen und die Uebertretung dieses Verbotes strenge zu bestrafen.

5. Eltern, welche die häusliche Zucht und die Erziehung ihrer Kinder vernachlässigen und dieselben an dem Besuche der Schule während ihres schulpflichtigen Alters hindern, sollen ihrer elterlichen Rechte für verlustig erklärt werden; für solche Kinder wären Vormünder zu bestellen und die Kinder selbst gegebenen Falles zur Aufnahme in Rettungshäuser für geeignet zu erklären.

6. Eine dem Zwecke der öffentlichen Sicherheit entsprechende Organisation und eine den Bedürfnissen genügende Vermehrung und Vertheilung der Gendarmerie, sowie im Bedarfsfalle die Unterstellung derselben unter die Gemeindevorstände erscheint geboten.

7. Die Erwerbung eines geeigneten Landstriches zur Errichtung von Strafcolonien, behufs Unterbringung und Beschäftigung gemeinschädlicher unverbesserlicher Individuen erscheint als dringendes Bedürfnis.

8. Eine entsprechende Reform der Heimatsgesetzgebung und die Armenpflege ist unerläßlich.

VI.

1. Die Versammlung sieht es als nothwendig und nützlich in wirthschaftlicher und sittlicher Hinsicht an, daß ein vertrauenswürdiger ehrenwehrter Stand von Rechtsanwälten (Advocaten) bestehe.

2. Es wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die jetzigen Einrichtungen und die Stellung der Advocaten einer zweckentsprechenden Beschaffenheit des Standes nicht günstig ist, indem die Advocten gezwungen sind, aus der Rechtsvertretung ein Gewerbe zu machen.

3. Das immer steigende Eindringen des Judenthumes in den Advocatenstand aber läßt mit Recht befürchten, daß bei der bekannten

diesbezüglichen Denkungsart dieser Stand in Zukunft immer beträchtlicheren Schaden leide.

4. Die Versammlung stellt es deshalb als Pflicht jedes ehrlichen Volksfreundes hin, daß er die Verstaatlichung der Rechtsanwaltschaft (Advocatur) erstrebe. Dadurch würden die Rechtsanwälte Beamte des Staates, von diesem ernannt und besoldet, während die Vertretungsgebühren an den Staat selbst (etwa durch Stempel) gezahlt würden.

5. Durch diese Verstaatlichung würde aber erreicht:

a) Der Rechtsanwalt wäre nicht abhängig von dem Ertrage seiner Vertretungen; er wäre nicht genöthigt, oft Sachen gegen seine Ueberzeugung zu führen und könnte oft bei aussichtslosen Streitsachen vermittelnd wirken;

b) es wäre der Ueberhandnahme von Rechtsanwaltschaften gesteuert, durch die, ähnlich wie bei einer Gewerbefreiheit, mancher ehrenwerthe Advocat zu allerlei Mitteln gezwungen wird, will er von seinen Geschäftsgenossen nicht zu Grunde gerichtet werden.

6. Für die Gegenwart und als Uebergang zur Verstaatlichung erscheint die Aufstellung eines Tarifes zur Regelung der Vertretungskosten der Advocaten als eine gerechte Forderung des Bauernstandes.

7. Die Einführung von Schiedsgerichten erscheint geboten.

VII.

Die Versammlung fordert:

1. Jede Verpachtung der Verzehrungssteuer für Wein und Fleisch auf dem Lande im Nichtabfindungsfalle werde für immer ausgeschlossen.

2. Die Verzehrungssteuer für Wein werde dem Werthe desselben entsprechend herabgesetzt und eingehoben.

3. Die Verzehrungssteuer für Wein werde an den Linien geschlossener Orte jener auf dem flachen Lande vollkommen gleichgestellt.

4. Die Auftheilung der Abfindungssumme werde nach Ortsgemeinden und nicht nach Gerichtsbezirken vorgenommen.

5. Die Ueberreichung von Steuer-Anboten für einzelne Verzehrungssteuerbezirke bei den k. k. Finanz-Bezirks-Directionen und deren Annahme durch dieselben vor Ablauf der bezüglichen Abfindungstermine und vor der Abfindungsverhandlung zwischen den Steuerbehörden einerseits, und den steuerpflichtigen Gastwirthen und Fleischhauern anderseits, werde strenge verboten.

6. Die Einhebung der Verzehrungssteuer für Wein und Fleisch auf dem Lande werde der autonomen Ortsgemeinde übertragen.

VIII.

1. Im Interesse des Bauernstandes erscheint die Einführung einer nur zweijährigen Militär-Präsenzdienstpflicht für jene Wehrpflichtigen wünschenswerth, welche durch das Entlassungszeugnis aus der Volksschule genügende Kenntnisse im Lesen, Schreiben, Rechnen, Turnen und in der deutschen Sprache nachweisen.

2. Die Befreiung von der Militärpflicht erscheint geboten für jene einzigen Söhne von Bauern, denen die Führung der elterlichen Bauernwirthschaft übertragen ist.

3. Der dem Abgeordnetenhause vorliegende Entwurf eines Gesetzes betreffend den Landsturm für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder erscheint in seiner dermaligen Fassung nicht annehmbar.

IX.

Die Versammlung verlangt:

1. Daß die k. k. Regierung die weinbautreibenden Bezirke von erprobten Sachverständigen durchforschen und hiedurch das etwaige bis heute unbekannt gebliebene Auftreten der Reblaus unter gleichzeitiger Anordnung der gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln amtlich feststellen lasse, und daß ferner die Regierung alljährlich Sachverständige in die von der Reblaus inficirten Weinbaugebiete anderer Staaten entsende;

2. daß in nächster Zeit von der k. k. Regierung eine aus Vertretern derselben, aus Männern der Wissenschaft, aus Sachverständigen und aus Vertretern des Weinbaues zusammengesetzte Reichscommission einberufen werde, welche über die Mittel zur Bekämpfung und Vertilgung der Reblaus zu berathen und die nöthigen Verfügungen in Vorschlag zu bringen habe;

3. daß die Errichtung amerikanischer Rebschulen an geeigneten Orten auf Kosten des Reiches vorgenommen, sowie daß die unentgeltliche Verabfolgung widerstandsfähiger, amerikanischer Rebsetzlinge an die Besitzer bedrohter und zerstörter Weingärten ermöglicht wird;

4. daß die k. k. Regierung die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichsrathes zur Ausschreibung eines Staatspreises für den Entdecker eines wirksamen und sich bewährenden Mittels zur vollkommenen Vertilgung der Reblaus einholen solle;

5. daß die k. k. Regierung den Landtagen jener Kronlande, in welchen Weinbau betrieben wird, Gesetzentwürfe vorlege, durch welche die Bestimmungen des § 6 des Gesetzes vom 27. Juni 1885, betreffend die Uebernahme von wenigstens einem Drittheile der zugesprochenen Entschädigung auf den Landesfond, ihrer Verwirklichung zugeführt werden, und

6. daß die Lehrer an den Volksschulen Weinbau treibender Bezirke zur Ertheilung des Unterrichtes über das Auftreten der Reblaus, über das Erkennen derselben und über die in der Verbreitung derselben liegenden großen Gefahr, endlich über die Mittel zur Bekämpfung und Vertilgung derselben verhalten werden.

X.

1. Die zweckentsprechende Einführung landwirtschaftlicher Fortbildungsschulen für die der Volksschule entwachsene bäuerliche Jugend wird als nothwendig anerkannt.

2. Die Errichtung landwirtschaftlicher Ortsvereine für das Gebiet der einzelnen Pfarrgemeinden wird bei den Angehörigen des Bauernstandes warm befürwortet.

3. Das Institut der landwirthschaftlichen Wanderlehrer, welche zur Belehrung des Bauernstandes, zur Hebung des landwirthschaftlichen Vereinswesens, zur Bildung von Genossenschaften und zur Anregung in Bezug auf Verbesserung des Wirthschaftsbetriebes eine hohe Bedeutung haben, ist in allen Ländern zur zweckmäßigen Einführung zu bringen.

4. Zur Förderung des Meliorationswesens empfiehlt sich in den einzelnen Ländern die Bestellung von Landescultur-Ingenieuren mit dem erforderlichen Hilfspersonale.

5. Zur Hebung der Landescultur empfiehlt sich die Einstellung höherer Beträge zu Subventionszwecken in die Voranschläge der Länder und des Reiches.

Die Errichtung culturtechnischer Aemter bei den Landesausschüssen wird als Bedürfnis anerkannt.

XI.

Die Versammlung spricht sich für eine dringendst nothwendige zweckdienliche Organisation der Landwirthe aus, und zwar:

1. Für die Gründung von obligatorischen landwirthschaftlichen Genossenschaften als den untergeordneten Organen der Landwirthschaftspflege, und

2. zur Vermittlung zwischen Genossenschaften und dem Ackerbauministerium

a) für die Errichtung von Landesculturräthen als den eigentlichen gesetzlichen Organen, betreffend das Meliorationswesen;

b) für die Schaffung von **Ackerbaukammern** mit getrennter Section für Großgrundbesitz und Bauernstand, als den Organen zur Einleitung und Durchführung der so dringend nothwendigen Agrar-Reformen.

XII.

Die Versammlung gibt sich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die in diesen Kundgebungen zu Tage tretenden Wünsche und Forderungen der Vertreter des deutschen Bauernstandes in Oesterreich seitens der k. k. Regierung und seitens der Volksvertretungskörper die gebührende Beachtung finden werden und beschließt daher, die gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis der k. k. Regierung, der beiden Häuser des Reichsrathes und der Landesausschüsse in den Provinzen Oesterreichs zu bringen.

Schließlich stellt die Versammlung an alle wahren Freunde des Bauernstandes die dringende Bitte, das Zustandekommen der in diesen Kundgebungen bezeichneten Gesetze und Einrichtungen nach Kräften fördern helfen zu wollen.

Zur Sprachenfrage.

Am 21. März 1898 wurde folgender Antrag im Abgeordnetenhause überreicht:

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten **Schönerer** und Genossen.

I. In der Erwägung, daß Verordnungen nur auf Grund eines Reichsgesetzes erlassen werden können;

in der Erwägung, daß ohne Gesetz überhaupt keine Staatsbehörde zur Erlassung einer Verordnung befugt ist;

in der Erwägung, daß gesetzliche Verordnungen über die Sprachenfrage nicht von der Kundmachung durch das Reichsgesetzblatt ausgeschlossen sind;

in der Erwägung, daß etwaige Präcedenzfälle gegen ein Gesetz keine schmälernde, beeinflußende oder aufhaltende Kraft haben;

in weiterer Erwägung, daß die Regelung der Sprachenfrage zur Competenz der Gesetzgebung und nicht zur Competenz der Regierung gehört,

und in schließlicher Erwägung, daß die k. k. Regierung nicht in der Lage ist, ein Gesetz anzuführen, welches ihr das Recht gibt, die Bestimmung der Amtssprache im Verordnungswege zu verfügen, wird beantragt:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Die von der k. k. Regierung am 24. Februar 1898 verlautbarten, gesetzwidrigen Sprachenverordnungen für Böhmen und für Mähren werden für ungiltig erklärt und somit sofort außer Kraft gesetzt.““

II. In der Erwägung, daß es im Interesse des Zusammenhaltens der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs gelegen ist, daß die deutsche Sprache ausschließlich Sprache des Heeres, dann der Vertretungskörper und der öffentlichen Aemter sei, und daß niemand eine Staatsanstellung oder sonst ein öffentliches Amt bekleiden könne, der nicht der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist,

und in der Erwägung, daß als unerläßliche Voraussetzung für die gesetzliche Regelung der Sprachenfrage vorerst die deutsche Sprache als Staatssprache in gesetzliche Geltung gesetzt werden muß, wird beantragt:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„„Die Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die deutsche Sprache als Staatssprache (Staats-, Verkehrs-, Parlaments- und Armeesprache) gesetzlich sichergestellt wird.

Für das Gebiet Dalmatien, Galizien, Lodomerien, Krakau und Bukowina können Ausnahmsbestimmungen in Bezug auf die Geltung der deutschen Sprache festgesetzt werden.““

III. Behufs Feststellung der staatsgrundgesetzlichen Bestimmung, durch welche die Gleichberechtigung wohl anerkannt, aber nicht gawährleistet erscheint, wolle das hohe Haus beschließen:

„„Es werde die Sprachenfrage einer Regelung durch Sprachengesetze unterzogen, welche Gesetze aber stets nur mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von drei Viertheilen aller Mitglieder giltig beschlossen werden können.““

Beitritts-Erklärungen

zum

Bunde

deutſcher Landwirthe

in der Oſtmark

können geſendet werden an den

Ehrenvorſtand des Bundes, Herrn

Georg Schönerer,

Gutsbeſitzer in Schloß Roſenau bei Zwettl (Nied.-Oeſterr.)

(Jahresbeitrag 1 fl.)

(Nur **deutſche Grundbeſitzer** können beitreten.)

Einladung zum Bezuge

der Zeitschrift

„Unverfälschte Deutsche Worte."

(16. Jahrgang.)

Gegründet von

Georg Ritter von Schönerer.

(Herausgeber: **Karl Iro.**)

Erscheint monatlich 2 mal.

Preis ganzjährig 4 fl.

Versandtstelle: Wien, IX., Währingerstraße 53.

In Druck erschienene Reden des **Abg. Ritter von Schönerer**, dann das Programm der deutschnationalen Antisemiten (Linzer Programm) können von Gesinnungsgenossen gegen Einsendung der zum Versandt nöthigen Briefmarken bezogen werden vom Adjunkten **M. Bruckmeier in Schloß Rosenau** bei Zwettl (Niederösterreich).

DB 85 .S36 1898 C.1
Reden des Reichsrathsabgeordne
Stanford University Libraries
3 6105 040 502 218

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIE
CECIL H. GREEN LIBRARY
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6
(415) 723-1493

All books may be recalled after 7 da

DATE DUE

MAY 1 2 1999
APR 3 1999